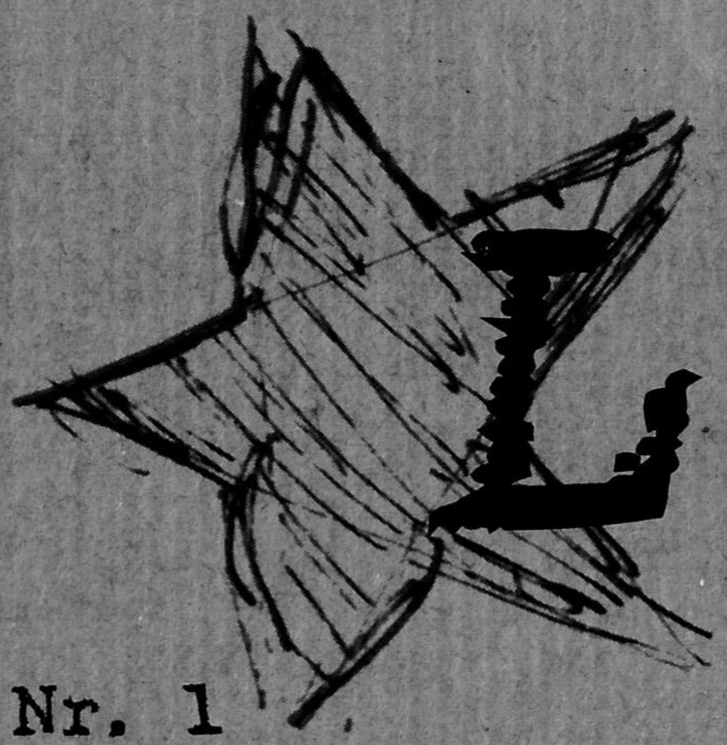
3/A172



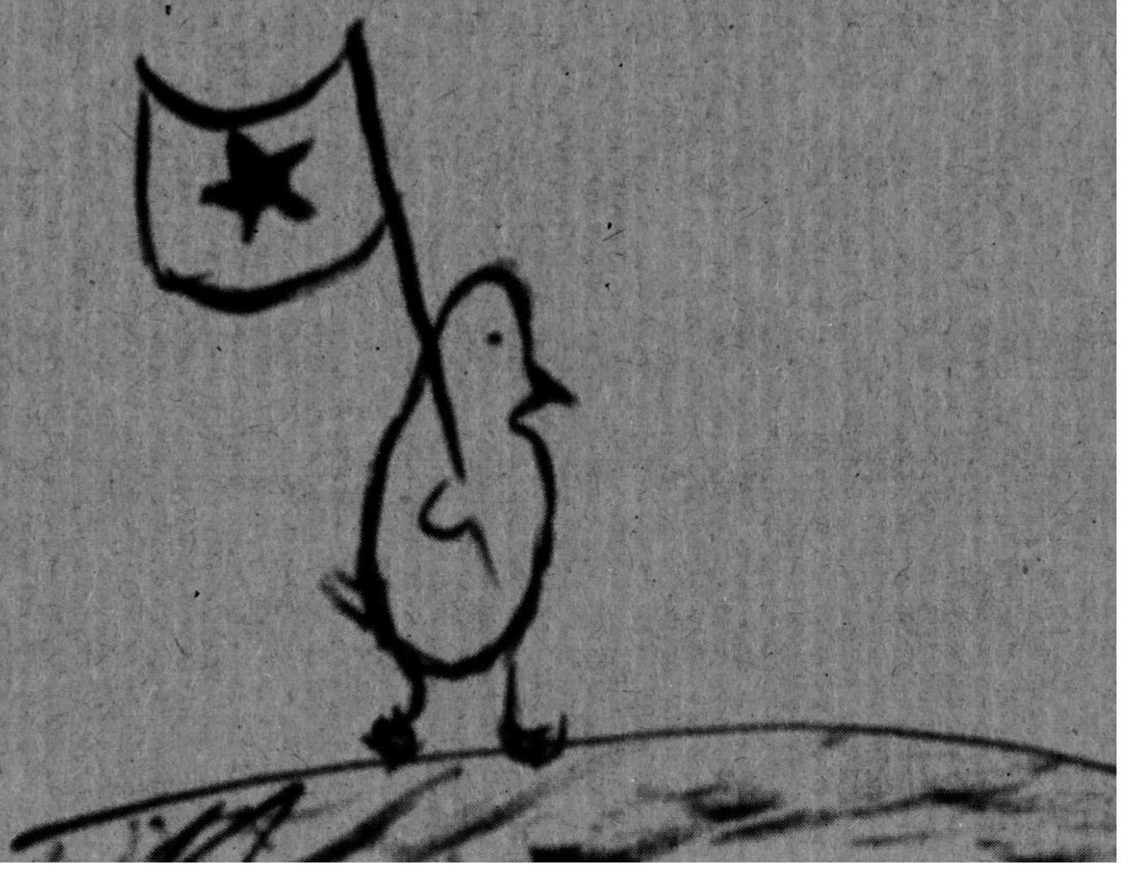
LOTTA

Nr. 1
Nov.'99

antifaschistische Zeitung aus NRW

4 Muck

Kann Kung Fu



So liebe Leute, vor Euch liegt die erste Ausgabe der ***LOTTA.*** Sie soll als antifaschistische Zeitung aus Nordrhein-Westfalen ein Forum für antifaschistische, antirassistische Politik und Kultur sein.
Unserem politischen Selbstverständnis nach, ist eine einseitige inhaltliche Positionierung um gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge verändern zu können eher hinderlich, eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichsten Themen hingegen notwendig, .
Dementsprechend breit gefächert soll das Themenspektrum dieser Zeitung sein. Gerade in einer Zeit, in der es in NRW keine anderen überregionale Zeitungsprojekte mehr gibt, soll diese Zeitung die durch die Einstellung anderer Publikationen entstandene Lücke füllen. Neben Informationen über die rechtsextreme Szene in NRW und über antifaschistische Aktionen, werden wir versuchen Diskussionen über Perspektiven antirassistischer, antipatriarchaler und antifaschistischer Politik aufzugreifen.
Wir werden nicht auf eigene Stellungsnahmen und Analysen verzichten. Werden aber nicht den Anspruch erheben, mit unserer Einschätzung immer richtig zu liegen.
Diskussionen leben von der Beteiligung möglichst vieler. So verhält es sich auch mit der ***LOTTA***. Sie ist angewiesen auf Unterstützung. Deshalb ist dies eine ausdrückliche Aufforderung diese Zeitung zu nutzen - was nicht nur das Lesen, sondern ebenso die Zusendung von Beiträgen betrifft. Von Zeitungsausschnitten aus der Lokalpresse, über Diskussionsbeiträge, bis hin zu ganzen Artikeln ist alles erwünscht.
Bleibt noch die Anmerkung, daß wir uns freuen würden von Euch zu hören: Positives wie Negatives.

Eure ***LOTTA***

Impressum

V.i.S.d.P.: R. Meier

Kontakt:
LOTTA
c/o Geschichtswerkstatt
Wellinghoferstr. 44
44263 Dortmund

Auflage: 1000

Erscheinungsweise: 3 monatlich

Alle Rechte an den Fotos und Artikeln liegen bei den FotographInnen und AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

INHALT

Seite 2 : Editorial
Seite 3-4 : Expo
Seite 5-6 : Die Kontinuität des antisemitischen Denkens
Seite 7-9 : Rechtsruck in der Schwulenbewegung
Seite 10-13 : Neonazis in Bewegung
Seite 14-15 : FAP Kameradschaft
Seite 16 : Beruf Neonazi
Seite 17 : Bertelsmann
Seite 18 : Revanchismus
Seite 19 : 1.10.´99 - Köln
Seite 20 : Hamminckeln
Seite 21 : Rostock / Holger
Seite 22 : VS - Anwerbeversuch
Seite 23-26 : Städteberichte
Seite 27 : Schwarzer Samstag in Rom
Seite 28 -32 : Interview mit holländischen Antifas
Seite 33 : Buchbesprechungen
Seite 34-36 : Service

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habenahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Die größte Lüge seit den Sex Pistols

So schön grün und human hat sich der Kapitalismus noch nie selbst inszeniert, wie er es in Hannover im Jahr 2000 machen wird. Hurra, es gibt eine Lösung gegen „Überbevölkerung" „Gentechnik. Yeah, mit optimierten Reaktoren für saubere und sichere Energie. Andere trendy zukunftsfähige Modelle zur Rettung der industriellen Mülllkippe Erde von Siemens, Daimler Chrysler und multinationalen Konsorten inbegriffen.

Vom 1. Juni bis zum 31. Oktober soll die Expo 2000 in Hannover stattfinden, eine Weltausstellung, die in der Tradition der vergangenen derartigen Industrieschauen steht. Schon die erste Expo im Jahre 1851 in London stellte eine Werbeveranstaltung für den aufkeimenden industriellen Machbarkeitswahn, Technikfetischismus und eine Ideologie der Ausbeutung von Mensch und Natur dar. Die Methode, mit erlebnisparkähnlichen Propagandashows Akzeptanz und Identikfikation mit der kapitalistischen Weltordnung zu schaffen, besitzt Kontinuität. Das Motto der Expo 1958 in Brüssel (deren Wahrzeichen das Atomium war) etwa lautete: „Bilanz der Welt für eine menschlichere Welt". In die gleich Kerbe des Karitativkapitalismus schlug 1967 Montreal oder 1970 Osaka („Mensch und Erde" bzw. „Menschlicher Fortschritt in Harmonie"). Die Expo 2000 wird dieser Tradition in gigantomanischem Gestus Rechnung tragen. Auf einem 160 ha großen Areal wollen die größtenteils aus VertreterInnen der Industrie bestehenden OrganisatorInnen unter dem Motto „Mensch-Natur-Technik" eine futuristische Erlebniswelt inszenieren, welche allein ihrem Zukunftsverständnis entspricht. In sogenannten Pavillons werden sich Staaten oder Konzerne präsentieren (Bertelsmann, Megakonzern mit brauner Vergangenheit, hat bereits einen eigenen Pavillon angemeldet), in einem „Themenpark" wird die Expo GmbH in elf Bereichen den eben erwähnten Slogan mit Inhalt füllen. Diese Unterthemen, an deren Gestaltung nur finanzstarke Gruppen mitwirken - „Förderer" eines Unterthemas etwa müssen schlappe 10 Mio DM bezahlen, um den Titel weltweit nutzen zu können und auf dem Sponsorboard der Expo erwähnt zu werden - sind z.B.: Ernährung, Zukunft der Arbeit, Umwelt: Landschaft, Klima oder Energie.

Ein Novum bei der Inszenierung der Expo 2000 sind die „Weltweiten Projekte". Dieses sind Repräsentationsobjekte der Expo in ganz Deutschland und dem Rest der Welt, welche zwar nicht von der Expo direkt initiiert sind, sich aber von der Beteiligung an der Weltausstellung einen Imagezuwachs erhoffen. Voraussetzung für die Zertifizierung als weltweites Projekt ist das Befolgen der in der Agenda 21 (Das Legitimationsinstrument und ideologische Rückendeckung der Expo schlechthin) postulierten Nachhaltigkeitsideen. So wundert es nicht, absolute Öko-Hämmer wie Transrapid-Teststrecke oder Bio-Techfirmen oder unter den Projekten zu finden...

Die Expo wird sich also als Schaufenster für beispielhaft umgesetzte Agenda-/Nachhaltigkeitsideologie darstellen. Das bedeutet die Präsentation von Lösungskonzepten für nicht weniger als „alle drängenden Probleme der Welt", seien sie ökologischer oder sozialer Natur, wobei die hohe „Lösungskompetenz von Unternehmen" unterstrichen wird. Als drängende Probleme werden Rohstoffverknappung, Verschärfung der Umweltzerstörung, Hunger und Armut in der sogenannten dritten Welt strapaziert. Allerdings werden diese Mißverhältnisse keineswegs als die Folgen jahrhundertelanger (neo)kolonialer Ausbeutung oder eines global wütenden Kapitalismus benannt, sondern in Begriffen von „Unterentwicklung" oder „Strukturschwäche" begründet. Zum kapitalen Problem schlechthin wird das Konstrukt der „Überbevölkerung" stilisiert, was Geburtenkontrolle oder den massiven Einsatz gentechnisch manipulierter Getreidearten, die mit maximiertem Ertrag die „explosionsartig steigende Weltbevölkerung" ernähren soll, legitimiert.
Unter Ausblendung oder Verschleierung der wirklichen Gründe für Elend und Hunger wird Akzeptanz für menschenverachtende aber profitable Praktiken/Technologien gewonnen. Das Weltbild und die Lösungskonzepte der Expo entpolitisieren, vernebeln die Realität und genügen allein den Interessen der Industrie.
Dies zeigt sich im Besonderen am vielfach propagierten „Technologie-Transfer". Scheinbare Strukturhilfen, die die regionale Infrastruktur in Gebieten des Trikont stärken und effizienter gestalten sollen, entpuppen sich als die Zerstörung von traditioneller Wirtschaftsweise zu gunsten importierter Technologie, woraus eine Zuspitzung der Abhängigkeit der ansässigen Ökonomie vom Weltmarktdiktat resultiert. Diese Maßnahmen finden in Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Weltmarktchancen ihre Rechtfertigung. Das Liberalisierung und Globalisierung die noch gewissenlosere Ausbeutung (trikontinentaler) Arbeitskraft und die Zementierung der herrschenden Verhältnisse bedeuten, wird geleugnet.

Von ähnlicher Substanz wie die sozialen sind auch die ökologischen Strategien der Expo. So wird zum Beispiel die Atomenergie als integrale Komponente eines zukunftsweisend umweltfreundlichen Energiemix aus Solarenergie, fossilen Brennstoffen und Atomkraft abgefeiert. Erlebnisgewichtig in Szene gesetzte Science-Fiction-Romantik a la „mit dem Fusionsreaktor fliegen wir dann ohne tanken zu müssen zu den Vulkaniern“ ersetzt die Diskussion um Austieg, CO_2-Emission oder die ökologische/militärische Bedrohung durch Kernkraft.

Die Expo ist nicht Urheber der angesprochenen Mißverhältnisse und Widersprüche, sondern nur ein Spiegelbild neoliberaler Entwicklung und Ansprüche.
„Die Expo hat lediglich die Funktion, für diese „neue Weltordnung“ zu werben, Akzeptanz zu schaffen, die Weltsicht der Mächtigen in Millionen Hirnen zu verankern - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Großkonzerne und Regierungen präsentieren uns mit immensem Aufwand einen kompletten Zukunftsentwurf, der die verschiedenen Aspekte der herrschenden Politik in Zusammenhang setzt - ein Entwurf, der sämtliche gesellschaftliche Bereiche umfaßt.“ - aus dem Falter „Expo No - denn die Welt sieht anders aus, Tipp-Ex, Ende 98.
Da in ihr damit ein Sammelsurium kapitalistischer

Argumentationsweise in so komprimierter und umfassender Form zu finden ist, das dazu eine breite mediale Präsenz besitzt, ist sie ein ideales Angriffsobjekt. Eine radikale Kritik an der Expo impliziert immer auch eine Kritik an den bestehenden Verhältnissen.
Aufgrund ihres hohen Stellenwertes im öffentlichen Diskurs ist die Möglichkeit gegeben, zu intervenieren und nicht nur Kritik, sondern auch Zukunftsentwürfe jenseits von Industriechauvinismus und modernisierter Herrschaftssicherung nach außen zu tragen.

Die üblichen Parolen am Ende einer linken Hetzschrift entfallen diesmal zu gunsten von ein paar Kontaktadressen und Literatur-Tips...

Infos / Kontakt / ReferentInnen

Gruppe Landfriedensbruch
Ludwigstr. 11
355447 Reiskirchen-Saasen
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de
Scherpunkt emanzipatorischer Umweltschutz vs. Expoideologie

Innen!Stadt!Aktion!
c/o Asta Uni Hannover
Welfengarten 2c
301667 Hannover
Arbeitet schwerpunktmäßig zu Innenstadtvertreibung/Repression im Zeichen der Expo

Büro für mentale Randale
Wickingstr. 17
45657 Recklinghausen
antifa-re1@koma.free.de
Redaktion des EXPO-Rundbrief
Bestelladresse für das Expo No!-Infopaket

Anti-Expo-AG
c/o Asta Uni Hannover
Welfengarten 2c
301667 Hannover
Anti-Expo Realer 1&2 gegen jeweils 2 Mark und Porto
Wichtige Infoadresse

mamba.
(AG feministische Expo-Kritik)
c/o Asta Uni Hannover
Welfengarten 2c
301667 Hannover

Literatur:

Expo 2000 - Sprüche und Widersprüche
Bestelladresse:
BI Umweltschutz e.V.
Umweltschutz-Zentrum Hannover
Stephanusstr. 25 30449 Hannover

Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz,
Autor Jörg Berstedt, erschienen im IKO-Verlag, ISBN 3-88939-613-5, knappe 40 Mark

Nachhaltige Weltbilder - Hinter den Kullisen Nachhaltiger Enwicklung,
Reader zum Kongreß über Ökologie und Autonomie vom 18.-21. 9.97, zu beziehen über AStA Uni Hannover

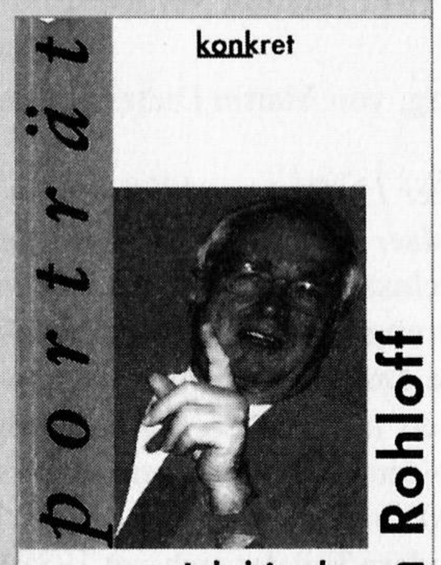
Über die Kontinuität antisemitischen Denkens in Deutschland

Eine kleine Abhandlung über Martin Walser, die Proteste gegen die „Wehrmachtssausstellung", über das geplante Mahnmal für die ermordeten europäischen Juden in Berlin und das Recht auf Entschädigungszahlungen

Die Beteiligung von Soldaten der Bundeswehr an militärischen Auslandseinsätzen - so zuletzt die seit 1945 erste Teilnahme deutscher Soldaten an einem Angriffskrieg, dem Kosovokrieg - ist nur ein Teil eines Prozesses in welchem das wiedervereinigte Deutschland nach neuem Selbstbewußtsein strebt. Einem Prozeß, in dem es seine wirtschaftliche und außenpolitische Macht zu vergrößern sucht. Die eigene nationalsozialistische Vergangenheit, besonders der Holocaust, werden hierbei als Hindernis angesehen. Es macht sich halt schlecht, daß sich so manche Parallele zwischen der imperialistischen Politik welche zum zweiten Weltkrieg führte, und der jetzigen Großmachtpolitik der BRD finden läßt.
Um mögliche Kritik diesbezüglich abzufertigen, versucht man sich der nationalsozialistischen Vergangenheit zu entledigen, die Geschichte zu entsorgen.

Diese Bemühungen sind keineswegs neu. So leugnete bereits in den 80er Jahren ein Kreis um den Historiker Ernst Nolte, im sogenannten „Historikerstreit", die geschichtliche Einzigartigkeit des Holocaust und versuchte über den Vergleich zu anderen Verbrechen, die Verantwortung Deutscher und ihrer Gesellschaftsstrukturen für den industriellen Massenmord an Millionen von Menschen herunterzuspielen. Auch die Debatte um das Buch „Hitlers willige Vollstrecker" des amerikanischen Historikers Goldhagen zeugte von der vorherrschenden Mentalität, die Verantwortung für die deutsche Geschichte und Gegenwart zu negieren.
In der sich gerade konstituierenden „Berliner Republik" sind als Beispiele vor allem die Diskussionen um die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" des Hamburger Instituts für Sozialforschung, sowie die Rede Martin Walsers am 11. Oktober 1998 zur Verleihung des Friedenspreises des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels zu nennen.
Die Ausstellung zeigt, was schon lange bekannt war: Die Beteiligung der Wehrmacht an dem Völkermord an den Juden im Osten, an der Verwüstung der besetzten Gebiete und an der millionenfachen Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener. Sowie ihrer als Partisanenkrieg getarnten systematischen Vernichtung der sowjetischen Zivilbevölkerung und ihrer Unterstützung der Deportation Hunderttausender. Die Ausstellung greift damit den nationalen Mythos einer „sauberen Wehrmacht" an, mit dem eine ganze Generation sowohl von ihrer individuellen als auch ihrer geschichtlichen Verantwortung sich befreien wollte. Das genau ließ die Ausstellung zur Zielscheibe jener unheilvollen Allianz aus Konservativen, neuen und alten Rechten, Geschichtsrevisionisten und Neonazis werden, die an fast jedem Ausstellungsort ihre dumpfe Parole *„Unsere (Groß-)Väter waren keine Verbrecher."* ertönen ließ. Wobei letztere ihre wahre Gesinnung offenbarten, als sie auf den Demonstrationen immer wieder die Parole *„Ruhm und Ehre der Waffen-SS"* , unbehelligt von der Polizei, skandierten.
Auch der Schriftsteller Walser, der sich als Jugendlicher freiwillig zu den Gebirgsjägern gemeldet hatte, konnte sich mit der Ausstellung nicht abfinden. Zu der Ausstellung befragt, erklärte er: *„Es gibt da einen Satz, den ich damals zum Historikerstreit gehört habe, der mir auch nicht einleuchtet. Da wurde die Wehrmacht angegriffen, weil durch ihren Einsatz der Betrieb von Auschwitz weiterhin möglich gewesen sei. Verstehen Sie, diesen Zusammenhang herzustellen. Die Soldaten die sich haben erschießen lassen, die haben doch gar nicht gewußt, daß es Auschwitz gibt, die haben doch nicht das Gefühl gehabt, daß sie Auschwitz verteidigen sollen. Denen hat man beigebracht, daß sie ihre Familien gegen Russen oder Sowjets oder Kommunisten oder Bolschewisten verteidigen."* Da die Ausstellung genau diese Annahme schonungslos als Konstrukt deutscher Verdrängungspolitik entlarvt, indem sie wissenschaftlich fundiert darlegt, das Rassismus und Antisemitismus die Grundlage der militärischen Strategie der Wehrmacht waren, das die Wehrmacht beseelt vom Vernichtungsgedanken an allem „Undeutschem" als Motor faschistischer Expansion ihren Beitrag zum Vernichtungskrieg gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung geleistet hat, mußte ein Mensch wie Walser dagegen protestieren. Walser hatte schon 1985 die deutsche Kriegsschuld am zweiten Weltkrieg bestritten, indem er den ersten Weltkrieg als *„Mutterkatastrophe"* bezeichnete, nach der *„Versailles (..) dann kein Friedensvertrag."* ist." *Hitler ist ganz und gar eine Ausgeburt von Versailles..."*. Da wundert es nicht, das nach Martin Walser der Nationalsozialismus nicht aus *„Germanenkult, sondern durch Versaillesdiktat"* entstand und der *„zweite Weltkrieg eine Folge des ersten"* ist. So stellte er denn auch fest, die Ausstellung schneide dem deutschen Landser seinen Schneid ab.
Wer diese Kritik Walsers kennt, den verwundert es nicht, daß er in seiner Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels der Verdrängung das Wort redete.
Der Holocaust ist für Walser nicht einfach ein Verbrechen, sondern eine *„Schande"*. Denn *„jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird."*. Für Walser ist die Shoah also nicht ein Teil der Geschichte, der er sich als hier geborener Mensch mit Antworten, mit Ver-antwort-ung, zu stellen hat. Die Shoah und die Erinnerung an sie ist eine Belastung für ihn. Sogar mehr. Sie ist eine Belastung für *„uns"*, also für das große Zwangskollektiv namens Nation oder Volk. Und das was er *„Schande"* nennt, ist er nicht mehr bereit ist zu dulden. Schon 1979 hatte er erkannt, daß *„Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden."* Wenn Walser auch darauf besteht, daß der Satz im Konjunktiv steht, so läßt er doch erahnen, warum er in seiner Rede davon sprach, *„daß sich in mir etwas gegen diese Dauerrepräsentation unserer Schande wehrt."*. Nicht nur, daß er von Schande sprach, nein, er meinte sogar eine

Ich bin das Volk
Martin Walser, Ausschwitz und die Republik
von Joachim Rohloff



„Wenn wir Ausschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden."
Dieser Gedanke, 1979 von Martin Walser formuliert, ist zwanzig Jahre später zum Programm der Berliner Republik geworden. Das sich neu formierende Deutschland bewältigt in der Debatte um Walsers Friedenspreisrede und das Holocaust-Mahnmal nun endgültig seine Vergangenheit, und Gerhard Schröders neue Mitte macht sich, ausgestattet mit der Gnade der ganz späten Geburt, daran, die Aufgaben der Nation mit den traditionellen Mitteln der Nation zu bearbeiten.
Daß Martin Walser ein „rechtsextremer Intellektueller" (Ignatz Bubis) ist, hätte man auch vor seiner Frankfurter Preisrede wissen können. Dieses Buch verfolgt den politisch-literarischen Werdegang Walsers, beschreibt und analysiert die von ihm ausgelöste vergangenheitspolitische Diskussion und nennt die Gründe für die „befreiende" (Walser) Wirkung, die sein Reden von der „Moralkeule" Ausschwitz in der deutschen Öffentlichkeit hat.

Konkret texte 21, Preis: 22,80 DM

„Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ ausmachen zu können. Auschwitz als *„Moralkeule“*. Das er dies zu einem Zeitpunkt sagte, an dem Ansprüche von ZwangsarbeiterInnen gestellt werden, stößt übel auf, auch wenn Walser bestreitet, diesen Zusammenhang bedacht zu haben.
Es verwundert nicht, daß Walser mit dieser Rede von der gesamten extremen Rechten - angefangen bei Freys „Nationalzeitung“ und der „Junge Freiheit“ der neuen Rechten, über Organe der Vertriebenen wie dem „Ostpreußenblatt“, bis hin zu Publikationen der militanten Rechtsextremen wie der „Deutsche Stimme“ der NPD - als „Tabubrecher“ gefeiert wurde. Die Konservativen und Schröders „neue Mitte“, hatten schon in der Frankfurter Paulskirche frenetisch geklatscht. Mit Ausnahme von Ignatz Bubis. Erst nach dessen öffentlicher Reaktion, in der er Martin Walser zurecht als geistigen Brandstifter und *„rechtsextremen Intellektuellen“* bezeichnete, fand eine „kritische“ Auseinandersetzung mit der Rede statt. Doch gerade in dieser zeigte sich, wie viele Deutsche Walsers Reden von der *„Moralkeule“* Auschwitz als *„befreiend“* (Walser) empfunden hatten. Während Walser Zustimmung erntete, wurde Bubis vorgeworfen, Walser mißverstanden zu haben. Das er ein durchaus richtiges Verständnis der Rede hatte, bewies nicht zuletzt Walser selbst, als er sich erdreistete, Bubis vorzuwerfen: *“Herr Bubis, da muß ich ihnen sagen, ich war schon in diesem Feld beschäftigt, da waren sie noch mit ganz anderen Dingen beschäftigt. Sie haben sich diesen Problemen später zugewendet als ich.“* Sicher, als der aufrechte Deutsche Walser sich mit dem Holocaust beschäftigte, war der Jude Bubis, von dem einige Mitglieder seiner Familie der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer fielen, noch aufs Geschäftemachen aus. Ein typisch antisemitisches Ressentiment wurde hier durch Walser reproduziert.
Wie tief verwurzelt der deutsche Antisemitismus immer noch ist, wurde in der Diskussion vor allem an einem Punkt deutlich. Walser hatte selbstverständlich auch die Diskussion um das geplante Mahnmal für die ermordeten europäischen Juden aufgegriffen. Diese Auseinandersetzung hatte schon in der Vergangenheit zu so unglaublichen Reaktionen wie der von Bundeskanzler Schröder geführt. Dieser meinte anscheinend allen Ernstes, er wünsche sich ein Mahnmal, *„wo die Leute gerne hingehen“*. Als handele es sich bei einem Shoah-Denkmal um einen Vergnügungspark. Walsers Rede gipfelte in der Bezeichnung des geplanten Mahnmals als *„Monumentalisierung unserer Schande“*.
Doch auch in diesem Punkt wurde ihm beigepflichtet. So von dem Herausgeber des Spiegels, Rudolf Augstein. Dieser sprach ebenfalls im gleichen Zusammenhang von *„fortwährender Schande“* und stellte die Behauptung auf, das Mahnmal werde nur *„mit Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand“* gebaut. Rücksicht auf jene, die seit jeher eine Stimmungsmache gegen Deutschland betrieben, *„der schon Konrad Adenauer Anfang er fünfziger Jahre mit den Worten Ausruck gegeben hatte: „Das Weltjudentum ist eine große Macht.“* Von dem typischen antisemitischen Vorurteil, der (jüdischen) New Yorker Presse und der in dem Begriff der *„Haifische in Anwaltsroben“* gegenwärtigen Vorstellung einer Vormachtstellung von JüdInnen im internationalen Handels- und Finanzwesen ist es nicht mehr weit bis zur jüdischen Weltverschwörung. Einer Weltverschwörung, welche schon die Nationalsozialisten wähnten und die momentan bei den militanten Neonazis unter der Rubrik „ZOG-Zionist occupied Government“ läuft. Dies sagt einiges über den nach wie vor tiefverwurzelten Antisemitismus in Deutschland. Einem Antisemitismus dessen häßliche Fratze sich schon seit langem wieder in Form von Friedhofsschändungen und ähnlichem zeigt und der in letzter Zeit auch wieder Eingang in wissenschaftlich-intellektuelle Kreise gefunden hat.
Dazu paßt es, daß Ende des letzten Jahres 63% aller BundesbürgerInnen in einer Umfrage angaben, einen Schlußstrich unter die Diskussion um die Judenverfolgung in der Nazizeit ziehen zu wollen. Gerade einmal 31 % sprachen sich dagegen aus. Zudem wurde in der gleichen Untersuchung nachgewiesen, daß ca. 20% aller Befragten „latent antisemitisch“ eingestellt seien.
Das Bemühen einen Schlußstrich zu ziehen, dauert momentan in der Auseinandersetzung um die Entschädigungszahlungen für Zwangs- und SklavenarbeiterInnen an. Auch diesen Komplex hatte Walser in seiner Rede angeschnitten. Wenn gleich er nach einiger Bedenkzeit dementierte, diesen Zusammenhang gemeint zu haben, so spielte er dennoch mit dem niederträchtigsten aller antisemitischen Klischees, als er die *„Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“* anprangerte. Wenn auch indirekt behauptete er damit, die JüdInnen machten aus allem Geschäft, sogar aus ihrer eigenen Leidensgeschichte.
Das den ZwangsarbeiterInnen, von denen es im Deutschen Reich über 10 Millionen gab, erst mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus eine Entschädigung gewährt werden soll - zu einem Zeitpunkt also, an dem der Großteil diese selber gar nicht mehr in Anspruch nehmen kann - ist empörend genug. Betrachtet man dann den Streit um Bewilligung und das lächerliche Angebot Schröders von 6 Milliarden DM, so fällt es schwer, diese „Bemühungen“ als etwas anderes als das Ziehen eines „Schlußstrichs“ zu sehen. Besonders, da der Anstoß von der Opferseite kam.
Doch auch an diesen Ansprüchen wird kritisiert, werden etwaige Zweifel angemeldet. Oder wie sonst soll man Gerhard Schröder verstehen: *„ Für einen gemeinsamen Fonds zur Entschädigung gerechter Ansprüche von Zwangsarbeitern aus,“ „Genauso deutlich: Wo es nicht um den Ausgleich erlittenen Unrechts geht, werden wir unseren Unternehmen(..) im Inland, aber auch im Ausland Schutz gewähren.“* Dieser Argumentation nach gibt es also auch unberechtigte Ansprüche.

So läßt sich festhalten, das Antisemitismus in Deutschland nach wie vor aktuell ist. Erschreckend bei der abschließenden Betrachtung der genannten Beispiele ist besonders die Affinität der Gedanken. Unterschiede zwischen militanten Rechtsextremen und der „neuen Mitte“ sind teilweise kaum auszumachen.
Ob es sich bei Walsers Rede nun um eine Art Gründungsfest der Berliner Republik handelt, oder nicht, läßt sich vielleicht noch nicht richtig abschätzen. Aber das sie Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus in intellektuellen Kreisen wieder hoffähig gemacht hat, das läßt sich jetzt schon sagen.

Endlich ein normales Volk?

Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers
- Eine Dokumentation -

Hrsg. von Martin Dietzsch, Siegfried Jäger und Alfred Schobert

„Der 11. Oktober 1998 wird in die Geschichte eingehen. Die Rede von Martin Walser war der Beginn der Befreiung Deutschlands“, jubiliert der Rechtsterrorist Manfred Roeder - eine der Stimmen aus der Publizistik der extremen Rechten, die hier dokumentiert werden.
Die Dokumentation zeigt unwiderleglich, daß die äußerste Rechte Walsers Rede mit großer Begeisterung vereinnahmen kann, ohne dazu sich oder Walsers Text verbiegen zu müssen. Und sie zeigt, warum das so ist: Walsers Rede ist kein über den gesellschaftlichen Diskurs erhabenes „Dichter“-Werk, sondern Teil des sich seit 1989 intensivierenden diskursiven Prozesses, in dem der Rechtsdruck der politischen Mitte und der RechtsDruck in die Mitte einander zuarbeiten.
Auf dem Spiel steht dabei das grundsätzliche Selbstverständnis der sogenannten „Berliner Republik“. Wie auch immer diese Debatte ausgehen wird, ist eines jetzt schon festzuhalten. Walser hat mit seiner Rede dem antisemitischen Diskurs im neuen Deutschland zugearbeitet.
Das dokumentierte rechte Verständnis der Walser-Rede ist zugleich eine eindrucksvolle Momentaufnahme der rechtsextremen Publizistik in ihren verschiedenen Strömungen.

zu beziehen bei: DISS
Realschulstr. 51
47051 Duisburg

Preis: 25,-DM

Wenn Identitätspolitik antisemitische Blüten treibt.

Wenn Identitätspolitik antisemitische Blüten treibt.

Von Eike Stedefeldt

Der ewige Schwule?

Am 25. Juni beschloß der Deutsche Bundestag die Realisierung des „Mahnmals für die ermordeten Juden Europas“. Nur einen Tag später wurde auf dem Berliner Christopher Street Day Widerstand sichtbar; Mitte Juli bemühte der „Gay Express“ zu dessen Rechtfertigung antisemitische Stereotypen, im August legte das Berliner Szenemagazin „Sergej“ und im September die Kölner „Queer“ nach.

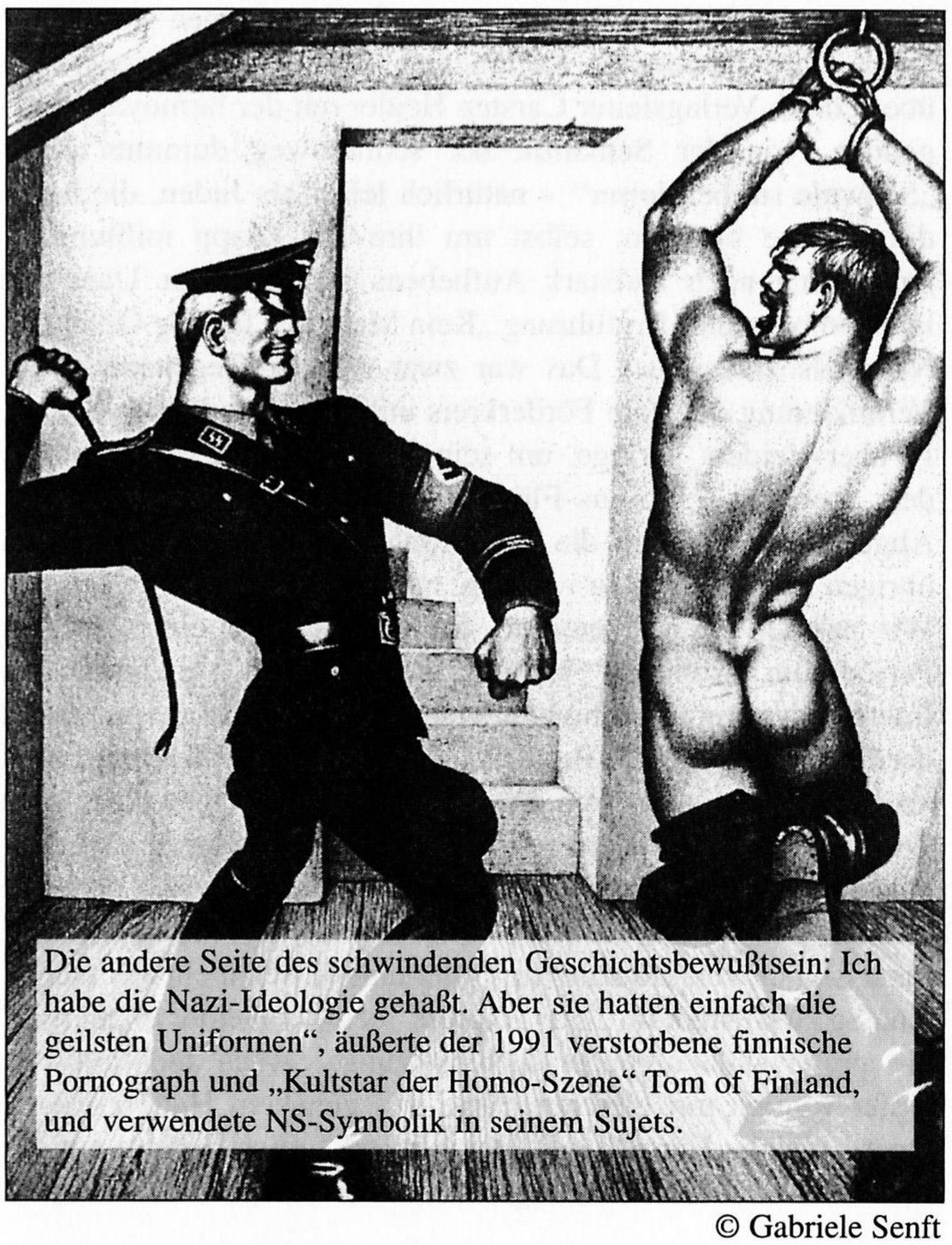
Berufsschwule, Funktionäre und Wortführer der veröffentlichten schwulen Meinung interessieren sich plötzlich für dieses Mahnmal. Ihr ganzes Sinnen und Trachten gilt der Sorge, daß *wir Schwulen* bei seiner Errichtung vergessen werden könnten. Klassische Identitätspolitik betreibend, verfechten sie den historischen Status der Schwulen als *gleichermaßen* verfolgte Gruppe. Trägt er doch nicht allein bei zur Legitimation ihrer privaten beruflichen Existenz, sondern sichert darüber hinaus strategische Vorteile im Kampf um Bürgerrechte und erleichtert die Teilhabe am großen Kuchen Staat: Mit gesichertem Opferstatus im Rücken läßt sich eine Homo-Ehe, jede noch so marginale Antidiskriminierungsklausel viel nachdrücklicher einfordern. Die Tötung eines Menschen wird in diesem Kontext zweitrangig; wichtiger ist, welcher Opfergruppe dieser Mensch zugehörig war. So instrumentalisiert man den Massenmord für eigene Zwecke.

Das in Berlin geplante Mahnmal steht der Ausübung dieser perfiden Art von Lobbypolitik entgegen. Es war von Anfang an den Hauptbetroffenen des Hitlerfaschismus gewidmet – einer nach Millionen zählenden Gruppe schuldloser Menschen, die durch simplen Willkürakt zur „Rasse“ umdefiniert, kategorisiert, vermessen und als solche der rest- und möglichst auch spurlosen Eliminierung mit industriellen Mitteln zugeführt wurde. Die Juden Europas wurden von Subjekten zu totalen Objekten degradiert und jeder Möglichkeit beraubt, sich der allumfassenden Entwertung ihres Lebens zu entziehen. – Etwas, das Schwulen oder Kommunisten, Zeugen Jehovas oder Sozialdemokraten in beschränktem Maße noch zur Verfügung stand. Es gibt bisher in Deutschland kein Mahnmal, das der Schwere des Verbrechens an den Juden auch nur annähernd gerecht würde. Wie kann man überhaupt auf die Idee kommen, ausgerechnet hier die übrigen Opfergruppen einbeziehen zu wollen? Mauthausen, Buchenwald und Sachsenhausen, wo viele Schwule umgebracht wurden, sind dennoch nicht Auschwitz, Majdanek und Treblinka.

Jürgen Bieniek vom „Gay Express“ ficht das nicht an. In der Juli-Ausgabe des in Frankfurt/Main, Hamburg und Berlin verteilten Szeneblattes beklagt er ein „Monument der Ausgrenzung“ – und meint damit nicht etwa die jüdischer Menschen während des Faschismus und ihre physische Vernichtung, sondern die angebliche Vernachlässigung Homosexueller bei der Konzipierung des Mahnmals. Den Artikel illustriert das Foto eines Transparents, getragen auf dem letzten Berliner CSD (und Tage später auch auf dem in München) von Männern wie Rainer Schilling, Schwulenreferent der Deutschen AIDS-Hilfe, und Albert Eckert, dem ersten offen schwulen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses und jetzigen Pressechef der grünennahen Heinrich-Böll-Stiftung. Eckert plädierte noch Ende 1996 in einem Interview der „jungen Welt“ klar gegen ein „offizielles“, regierungsamtliches Mahnmal für die homosexuellen NS-Opfer und statt dessen für ein von der „Lesben- und Schwulenbewegung“ getragenes. Keine drei Jahre später transportiert sein CSD-Plakat eine ganz andere Botschaft: Ausgeschnittene Winkel symbolisieren jene – so die „Gay Express“-Bildzeile – „nichtjüdischen Opfer“, die „beim Votum über das Holocaust-Mahnmal“ durchgefallen (!) seien. Nur ein gelber Winkel ist vorhanden, der allein schon grobe Mißachtung bedeutet: Natürlich mußten jüdische Häftlinge keine gelben Winkel, sondern Davidsterne tragen. Aber wen interessieren schon die Details der Shoa, wenn es darum geht, *unsere homosexuellen Opfer*, also *uns* alle, mit den jüdischen auf eine Stufe zu stellen?

Derselben Anmaßung huldigt ein weiterer Beitrag derselben „Gay Express“-Ausgabe. Hervorgehoben durch einen grauen Kasten, wird in einem homophoben Zitat des jetzigen deutschen Kriegsministers „homosexuelle Minderheit“ durch „Angehörige der jüdischen Glaubensgemeinschaft“ ersetzt und polemisch gefragt: „Wäre Scharping noch Verteidigungsminister, hätte er sich so tatsächlich über Juden statt Homosexuelle geäußert?“ Freilich nicht, denn, so der bewußt beim Leser erzeugte Folgeschluß: *Die Juden* werden vom Chef der Hardthöhe (respektive des Bendler-Blocks), also vom deutschen Staat, unverdientermaßen gehätschelt, während *wir* diskriminiert werden.

Dazu paßt drei Seiten weiter, im Kommentar „Monument der Ausgrenzung“, ein Satz, der genau so auch in der „Jungen Freiheit“ hätte stehen können und mit dem Bieniek sein „Hinwegsehenkönnen“ über jene Abgeordneten begründet, die



Die andere Seite des schwindenden Geschichtsbewußtsein: Ich habe die Nazi-Ideologie gehaßt. Aber sie hatten einfach die geilsten Uniformen“, äußerte der 1991 verstorbene finnische Pornograph und „Kultstar der Homo-Szene“ Tom of Finland, und verwendete NS-Symbolik in seinem Sujets.

© Gabriele Senft

es „nicht wagten, gegen die politische Korrektheit zu verstoßen“: „Deutscher und gegen ein Mahnmal für ermordete Juden sein, das geht nicht.“ Schön wär‘s, wenn‘s ginge? – Indem er die beschlossene Gedenkstätte zum bloßen Ausdruck politischer Korrektheit, zum formalen, an sich unsinnigen, opportunen Akt herabwürdigt, begibt sich Bieniek in den Strom der von der Neuen Rechten gegen die Linke gewendeten und vom konservativen Mainstream willig aufgenommenen „PC-Debatte“.
Sein Ressentiment gegen die jüdischen Opfer gipfelt indes in dem Bedauern: „Schwule und Angehörige anderer drittklassiger Opfergruppen werden sich auf dem Mahnmal-Gelände in bester Citylage nicht wiederfinden können.“ Wir haben verstanden: Im Leben schon sind *die Juden* reich und bevorzugt – jetzt nehmen sie *uns* auch noch im Tod die besten Grundstücke weg. Da ist er wieder, der verschlagene Immobilienspekulant mit der krummen Nase. Und sein postumes Opfer ist – „der ewige Schwule“?
Das ist ungeheuerlich. Bieniek – als Mitglied und bekannter Propagandist des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD), einer Rechtsabspaltung des inzwischen aufgelösten Bundesverbandes Homosexualität nicht zuletzt Repräsentant der dominanten schwulenpolitischen Richtung - mobilisiert antisemitische Argumentationsstränge ausgerechnet gegen jenes Mahnmal, das aller Welt die massenmörderischen Konsequenzen eben dieses unterschwelligen Antisemitismus unmißverständlich vor Augen führen soll. Indem er das uralte Zerrbild vom raffenden, Privilegien erheischenden Juden beschwört, reproduziert er genau jene mittelalterlichen und neuzeitlichen Denkmotive, die sich in Deutschland zur industriellen Ausrottung der Juden radikalisiert haben. Selbst wenn Bieniek der antisemitische Gehalt seiner Äußerungen und ihr Nutzen für die politische Rechte nicht bewußt sein sollte – wahrscheinlich sieht er sich noch als edlen Verfechter einer gerechten Sache –: Schwule Identitäts- und Interessenpolitik auf dem Rücken der größten Opfergruppe des Nationalsozialismus zu betreiben, ist nur noch widerlich.
Zu welchen Glanzleistungen bei der Kombination von antisemitischen und antikommunistischen Denkmustern die Schwulenpresse inzwischen fähig ist, beweist indes die August-Nummer des Berliner Terminblattes „Sergej“. Seinen vor rechter Demagogie triefenden Kommentar zum Mahnmalsbeschluß überschrieb Verlagsleiter Carsten Heider mit der larmoyant klingenden, von der Semantik her schlichtweg dummen Zeile „Schwule sterben leiser“ – natürlich leiser als Juden, die heute die Chuzpe besitzen, selbst um ihre nur knapp mißlungene Ausrottung noch lautstark Aufhebens machen! Der Untertitel lautet in bewußter Irreführung „Kein Mahnmal für alle Opfer des Nationalsozialismus“. Das war zwar nur der Gegenantrag zur Verhinderung des vom Förderkreis initiierten „Judendenkmals“, ist aber Heiders Vorlage, um sein Bedauern über die Schlappe des rechten Unions-Flügels kundzutun: „CDU/CSU-Abgeordnete konnten die Forderung, das Mahnmal auch den übrigen Nazi-Opfern zu widmen, nicht durchsetzen.“
Wir erleben eine Premiere: Erstmals erhebt ein schwules Periodikum offen die Nationalkonservativen zur honorigen Interessenvertretung schwuler Männer – und zwar entsprechend der Sitzgeographie des Bundestages gegen *die Linken*, vor allem aber *die Juden* mit ihren elitären Ansprüchen gegenüber *dem deutschen Volk*. Und dem gehört in der zugrundeliegenden national-schwulen Bürgerrechtslogik eben auch die *eigene* „gequälte Minderheit“ an, für die „auf einer zentralen Gedenkstätte kein Platz ist, nur weil die Zahl der Opfer unter ihnen nicht ausreicht“.
Analog zu Bieniek im „Gay Express“ betreibt Heider in „Sergej“ die propagandataugliche Gleichsetzung: „Auch nichtjüdische Opfer wurden mit gleicher Härte und gleichem Haß verfolgt.“ Doch „gleiche Härte“ und „gleicher Haß“ reichen nicht aus, da muß noch ein bißchen dazugeheidert werden: „Schwule wurden in den Lagern zudem oft schlechter behandelt.“ – Fast hätten wir‘s vergessen: Der Jude war ja selbst im KZ noch privilegiert. Diese Tendenz zur Relativierung ist keineswegs neu – schon Anfang der 90er Jahre mußte etwa die jüdische Publizistin Irene Runge bei Veranstaltungen zur Thematik energisch gegen diese ahistorischen Gleichsetzungen von schwuler Seite verwahren –, sie gewinnt aber zunehmend an Kraft. Darauf verweist in der aktuellen Ausgabe der in Berlin erscheinenden sexualpolitischen Zeitschrift „Gigi“ auch Georg Klauda: „Bereits im November 1997 hatte sich“, so Klauda im Aufsatz *Gnadenschuß für die Schwulenbewegung!*, „der rechte schwule Redakteur der „tageszeitung“ und Hof-Journalist des LSVD, Jan Feddersen, eine Geschmacklosigkeit erlaubt, gegen die schon damals niemand protestierte. In seinem Artikel ‚Parias der Hetero-Familie‘ schreibt er in einem Vergleich zwischen Homosexuellen und Juden: ‚Es gibt einen Unterschied zwischen beiden Minderheiten und der ist zentral: Juden wußten sich als Juden familiär geschützt, Schwule oder Lesben nicht.‘ Also noch in den Gaskammern privilegiert!“ Ein ähnlich wohlfeiler, in der Szene gern benutzter Argumentationsstrang ist der, Juden wie Homosexuelle seien nicht für etwas verfolgt worden, was sie *taten*, sondern für etwas, das sie *waren*. Kompletter Unsinn, denn Schwule konnten tarnen was sie waren durch etwas, das sie taten (z.B. heiraten) oder ließen (z.B. Sex mit Männern), Juden nicht. Ihre Herkunft blieb jüdisch, die Herkunft der Homosexuellen aber heterosexuell.
Der Sinn dessen, was sich da in mitnichten einflußlosen Presseorganen abspielt, ist unverkennbar: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas soll als solches gekippt werden. „Noch ist die Diskussion nicht beendet“, hofft Heider. Dazu, daß sie nach Ultimo wieder voll entbrennt, wird derzeit seitens der Opferrepräsentanten nur aus einer Richtung mobilisiert, und zwar der in den Schoß der Volksgemeinschaft drängenden schwulen Sachwalter. Wo man weder auf das Einsehen des Förderkreises zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas e.V. bauen kann, der mit Fug und Recht eine Anfrage der „Sergej“-Redaktion als unseriös abwies; wo einen die *verschlagenen* Kronzeugen von der jüdischen Lesben- und Schwulengruppe Yachad Berlin e.V. *verraten*, deren erster Vorsitzender das vom Bundestag beschlossene Konzept befürwortet, da ist selbst das Mittel der offenen Denunziation nicht zu billig – sei es des Künstlers als Person oder der Gesamtaussage des Mahnmals.

ABO

Ja, gebt´s mir: die Gigi für jährlich 20,- DM (10,23 EUR).
Außerhalb Deutschlands kostet das Jahresabo 25,- DM (12,78 EUR). Sie erscheint alle 2 Monate und wird mir in einem neutralen Briefumschlag zugestellt.

Ich nehme die Gigi im Förderabo für jährlich 30,- DM (15,34 EUR) bzw. 35,- DM (17,90 EUR) im Ausland.

Datum Unterschrift

Lieferadresse:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer oder Postfach

Land PLZ Ort

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens nach Erhalt der Zahlungserinnerung für das nächste Jahr schriftlich gekündigt wird.

„Die Gedenkstätte wird in ihren monumentalen Ausmaßen und ihrer Gestaltung – rechteckige Säulen waren ein bevorzugtes Architekturmerkmal der Nazis – eher an stalinistische Gedenkmaschinen wie in Riga erinnern." Mit frappierender Selbstverständlichkeit relativiert auch der inzwischen bei Gruner+Jahrs „Berliner Zeitung" untergekommene Heider den Nationalsozialismus durch die Synonymisierung mit dem Stalinismus. Der US-Amerikaner Peter Eisenman wird dank „rechteckiger Säulen" kurzerhand zum Jünger Albert Speers (nach demselben absurden Schema ließe sich Daniel Libeskinds Jüdisches Museum als Reminiszenz an die Runen der SS deklarieren), und das 1967 eingeweihte Memorial in Salaspils bei Riga, wo zwischen 1941 und 1944 im größten KZ des Baltikums 100.000 Menschen ermordet wurden (es überlebten 500), wird zur „stalinistischen Gedenkmaschine" abqualifiziert. Letzteres stinkt nach dem „verordnetem Antifaschismus", mit dem die DDR seit zehn Jahren delegitimiert wird (auch Bieniek setzte in früheren „Gay Express"-Beiträgen das *antifaschistische* vor dem Kürzel DDR regelmäßig in Anführungen) und löst die übliche Assoziationskette aus. Getreu dem Motto „semper aliquid haeret" bleibt beim Leser einmal mehr die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung hängen. – Welche wiederum eine pekunäre Seite hat, nämlich die des jüdisch-amerikanischen Finanzkapitals. Der Geldjude, das alte Feindbild, wird eben nicht „mit Füßen getreten" wie die verfolgten Lesben, denen man laut Heider „wegen der geringen Zahl ihrer Opfer" „vielleicht einen Gullideckel in Spandau widmen" werde.

„Die Umsetzung des Holocaust-Mahnmals bleibt umstritten/Homosexuelle ausgeschlossen" lautete in der September-Nummer auch die Unterzeile eines Beitrages in „Queer", der auflagenstärksten aller deutschen Homo-Gazetten. Das bundesweit verteilte Zentralorgan der neuen schwulen Mitte, das bereits 1998 in einem Kommentar ihres Kolumnisten Michael Sollorz den Massenmord an den europäischen Juden verharmloste, schlägt sich darin indirekt auf die Seite von Schröders Kulturstaatssekretär Naumann. Dieser hatte der Initiatorin des Mahnmals, Lea Rosh, Naivität vorgeworfen. Sie solle ihm erklären, wie sie des Holocausts gedenken wolle, wenn – auf dem Gelände zum Gedenken an die Shoa-Opfer! – die ermordeten Behinderten, Homosexuellen und politisch anders Denkenden „ausgespart würden". Statt anzumerken, daß „Holocaust" und die Vernichtung nichtjüdischer Menschen in der Nazi-Ideologie einen qualitativ ganz unterschiedlichen Stellenwert hatten und jede Vermischung eine unzulässige Relativierung darstellt, betitelt „Queer" den von ihrem Hausanwalt Markus Danuser verfaßten Artikel mit der im aktuellen Klima nur als Forderung zu verstehenden Parole „Gleiches Recht für alle Opfer". – Und wieder richtet sich die schwule Meinungsclique gegen Juden und ihre Repräsentanten.

Wie wertvoll schließlich „die Juden" für „die Schwulen" und ihre heutigen Ziele sind, veranschaulichte in der September/Oktober-Ausgabe von „Gay Express" noch einmal Jürgen Bieniek, der in kaum mehr einem Kommentar ohne sie auszukommen scheint. Daß sich im emanzipatorischen Flügel der Schwulen- und Lesbenszene plötzlich vernehmbarer Widerstand gegen die konservative Homo-Ehe regt, kontert er nach ähnlichem Schema wie in der Bundeswehr-Frage: „Niemand käme auf die Idee, Juden wegen ihres Glaubens oder Türken wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit das Heiraten zu verbieten. Genau das passiert den Schwulen und Lesben wegen ihrer sexuellen Orientierung." – Was inhaltlich ausgemachter Blödsinn ist, denn nicht aufgrund der sexuellen Orientierung dürfen Schwule nicht heiraten, sondern weil generell Ehen Gleichgeschlechtlicher vom Staat nicht vorgesehen oder unerwünscht sind; zwei heterosexuelle Männer dürfen einander auch nicht heiraten. Der Skandal besteht aber darin, daß Bieniek nicht nur „Juden" mit „Glauben", also Religion, in eins setzt und damit offenbart, daß er sich für sie als solche, für ihre Kultur überhaupt nicht interessiert; denn es gibt eben auch säkularisierte. „Juden" – das ist für ihn ein verfügbarer Gebrauchswert wie „Türken", etwas, das man als Gewicht in die Waagschale der gesellschaftlichen Debatte werfen, ein Werkzeug, das man politisch benutzen, sprich: gewinnbringend verwerten kann. So sieht er aus, der praktizierte schwule Antisemitismus im Dienste der Volksgemeinschaft.

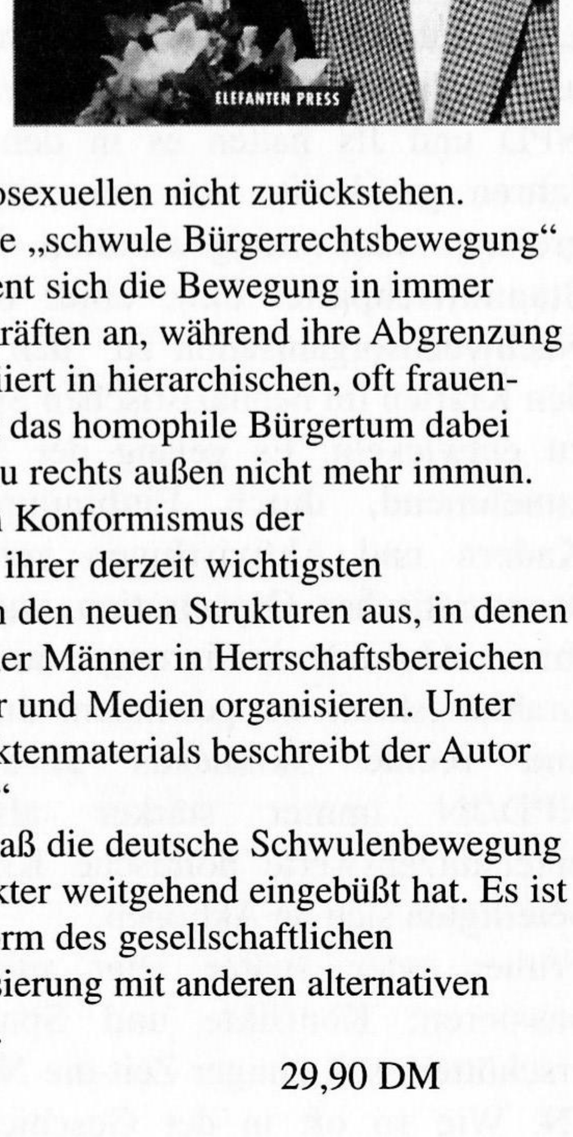
„Symbolträchtig" ist all das gewiß, wenngleich weniger im Sinne des oben zitierten Heider „für den Umgang mit den totgeschwiegenen und" – Vorsicht, Geldjuden! – „immer noch nicht finanziell entschädigten Minderheiten unter den Opfern", sondern vielmehr als Reifezeugnis der neurechten Bürgerschwulen für die Aufnahme in den Schoß der wiedererstarkten „Selbstbewußten Nation".

Eike Stedefeldt lebt Journalist in Berlin. Derzeit leitet er die Redaktion von „Gigi – Zeitschrift für sexuelle Emanzipation" und ist ständiger Mitarbeiter von „Ossietzky", des Folgeblattes der „Weltbühne". 1998 erschien in der Antifa-Edition bei Elefanten Press sein Buch „Schwule Macht oder Die Emanzipation von der Emanzipation" über den Rechtsruck der deutschen Schwulenbewegung seit 1989. Der oben stehende Beitrag entstand unter Mitarbeit von Udo Badelt.

Eike Stedefeldt

Schwule Macht

oder Die Emanzipation von der Emanzipation



Schwule in die Bundeswehr - in eine Institution, die seit Wochen für negative Schlagzeilen sorgt? Gleichgeschlechtliche Ehen - wo sich immer mehr Heterosexuelle gegen diese patriachale Lebensform entscheiden?

Die deutsche Schwulenbewegung befindet sich nicht mehr am links-alternativen Rand der Gesellschaft, sondern agiert voller Stolz in deren Mitte. Bei dem großen Ruck nach rechts, der die deutsche Gesellschaft insgesamt kennzeichnet, wollen auch die Homosexuellen nicht zurückstehen. Verbrämt durch Schlagworte wie „schwule Bürgerrechtsbewegung" und „schwule Lobbypolitik" dient sich die Bewegung in immer stärkerem Maße konserativen Kräften an, während ihre Abgrenzung nach links schärfer wird. Assoziiert in hierarchischen, oft frauenfeindlichen Männervereinen, ist das homophile Bürgertum dabei selbst gegen eine Öffnung hin zu rechts außen nicht mehr immun.

Der Autor untersucht den neuen Konformismus der Schwulenbewgung am Beispiel ihrer derzeit wichtigsten Politikfelder und geht dabei von den neuen Strukturen aus, in denen sich die Interessen homosexueller Männer in Herrschaftsbereichen wie Parteien, Wirtschaft, Militär und Medien organisieren. Unter Verwendung umfangreichen Faktenmaterials beschreibt der Autor die Wege zur „schwulen Macht"

„Schwule Macht" weist nach, daß die deutsche Schwulenbewegung ihren emanzipatorischen Charakter weitgehend eingebüßt hat. Es ist bezeichnend, daß auch diese Form des gesellschaftlichen „Anschlusses" eine Entsolidarisierung mit anderen alternativen Bewegungen hervorgerufen hat.

Elefanten Press, 29,90 DM

Pierre Briegert:

„Standfest für`s Vaterland“? - Neonazis in Bewegung

Eine Menge Bewegung ist 1999 in die Neonaziszene in der BRD gekommen. Dieses drückt sich nicht nur durch Aktionen aus, sondern auch durch erbitterte Strömungskämpfe und daraus resultierenden Umstrukturierungen. Auch in NRW haben die internen Streitigkeiten bereits ihre ersten „Opfer“ gekostet: Die komplette Führungsmannschaft des Landesverbandes der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ kehrte der JN den Rücken und trat im Mai diesen Jahres aus der Organisation aus. Seitdem ist die Neonaziszene um eine Organisation „reicher“: Das **„Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG)**.

„Hier spaltet sich der Nationale Widerstand“

Wer kennt sie nicht, NPD/JN-Aufmärsche, Kundgebungen und Veranstaltungen mit bis zu 5.000 TeilnehmerInnen? München, Passau, Leipzig und Rostock stehen exemplarisch und eindrucksvoll für diese Entwicklung. NPD und JN hatten es in den letzten Jahren geschafft, sich von einer vergreisten rückwärtsgewandten braunen Stammtischpartei bzw. einer biederen Nachwuchsorganisation zu den führenden Kräften im neonazistischen Spektrum zu entwickeln. Es gelang der NPD/JN zunehmend, durch Einbindung von Kadern und AktivistInnen verbotener neonazistischer Organisation und durch ihre Aktionsorientierung an Ausstrahlungskraft zu gewinnen. Jungnazis und rechte Skinheads akzeptierten NPD/JN immer stärker als eine unterstützenswerte politische Kraft und beteiligten sich an Aktionen.

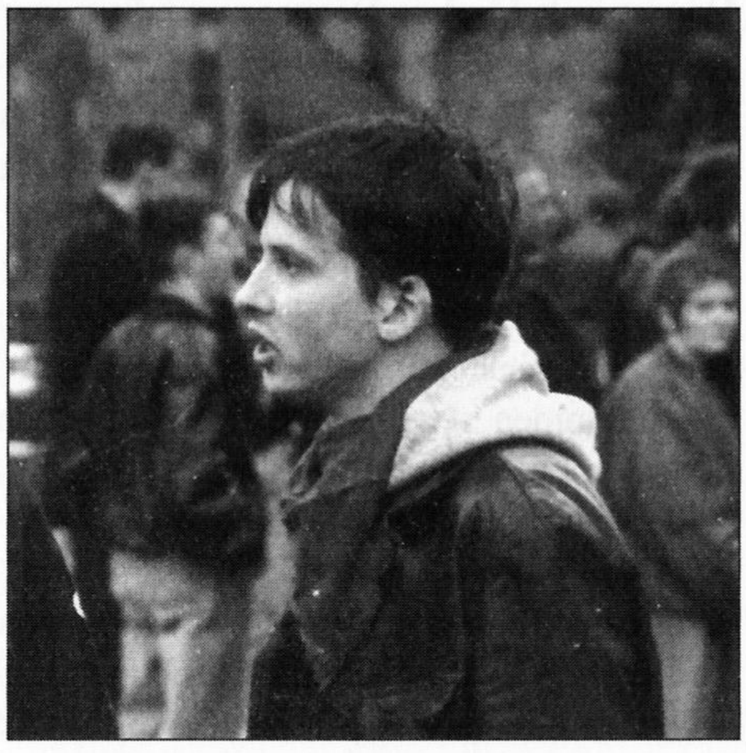
Früher oder später aber mußte es passieren: Konflikte und Spaltungen erschüttern seit einiger Zeit die NPD und JN. Wie so oft in der Geschichte der extremen Rechten wird eine im Aufwind befindliche Partei durch Macht- und Geldgier, persönliche Feindschaften und politische Kontroversen gestoppt. Vor allem in den ostdeutschen NPD-Landesverbänden kriselt es. Gerade hier wird der Dauerspagat zwischen prügelnden Stiefelnazis und Möchtegern-seriösen und bürgernahen NPD-Biedermännern immer schwieriger. Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Thüringen kam es zu Abspaltungen, die einen nicht unwesentlichen Teil der Mitglieder mit sich rissen.

Auch im zahlenmäßig größten NPD-Landesverband in Sachsen geht es hoch her. Hier möchten die NPD-Oberen weg von ihrem „Schmuddel-Glatzen“-Image. Zwar ist ihnen auch hier bewußt, daß Jugendliche ihr größtes Potential sind, viel stärker aber tritt in Sachsen die Erkenntnis in den Vordergrund, daß mit einem von Skinheads dominierten Image und Auftreten keine neuen WählerInnenstimmen im bürgerlichen und rechtskonservativen Lager zu gewinnen sind. Darum spricht sich der sächsische Landesverband gegen martialische Massenaufmärsche aus und macht lieber auf „nette Jungs und Mädels von nebenan“, also auf bürgernah und engagiert sich lokalpolitisch für „saubere Spielplätze“. Die Gesamt-NPD aber hält noch an ihrem aktionistischen Konzept fest.

Nach Auffassung des NPD Landesverbandes Sachsen ist der Kurs der Gesamt-NPD auch nicht „antikapitalistisch“ genug. Hauptsächlich auf Initiative sächsischer NPD-Funktionsträger wurde am 1.5.99 der Arbeitskreis „Sozialisten in der NPD“ gegründet, der als „Gegengewicht gegen den globalen, zunehmend volks- und kulturzerstörend wirkenden Kapitalismus“ das „Prinzip des Sozialismus, der in Deutschland auf patriotische Impulse bis zum frühen 19. Jahrhundert zurückgeht“, stellen möchte. Eine „DDR-Nostalgie“ lägen den Initiatoren „genauso fern wie eine Nostalgie gegenüber dem Dritten Reich“, heißt es in dem Gründungsprotokoll des Arbeitskreises.

Die JN – Sodom und Gomorrha?

Der Streit um die wahre Linie hat auch die JN erwischt. Hintergrund für den längere Zeit tobenden Disput in der JN waren neben völlig unpolitischen persönlichen Anfeindungen und den üblichen Machtspielchen unter den Führungsfiguren hauptsächlich Differenzen bei strategischen Fragen. Kernfrage war, ob die JN ein eigenständiges Profil pflegen und weitgehend unabhängig von der NPD agieren sollte oder ob alle Kräfte auf die Mutterpartei konzentriert werden sollten. Der von **Achim Ezer** (Köln/Eschweiler) und **Frank Amberg** (Burscheid) geleitete JN-Landesverband NRW, der sich neben dem vom ehemaligen Kölner JN-Stützpunktleiter **Oliver Händel** geleiteten Landesverband Sachsen federführend für eine eigenständig agierende JN einsetzte, zog bei der den Streit entscheidenden Wahl des neuen JN-Bundesvorsitzenden



Frank Amberg

am 10. April 1999 in Klingenberg (Baden-Württemberg) knapp den kürzeren. Als Nachfolger von Holger Apfel wurde der ehemalige bayerische **„Nationaler Block“**-Aktivist **Sascha Roßmüller** gewählt.
Es folgte die in solchen Fällen übliche Schlammschlacht. In einem Rundschreiben vom 24.4.99 „an alle Kameraden“ erhob Achim Ezer den Vorwurf, die Wahl sei „zu Gunsten von Sascha Roßmüller manipuliert worden“, indem kurzfristig unter Mißachtung von Aufnahmefristen Roßmüller-freundliche „Kameraden“ aus Bayern und Rheinland-Pfalz in die JN aufgenommen und zudem gezielt Unwahrheiten über ihn selbst verbreitet worden wären. Als einen der Hauptunterstützer Roßmüllers benannte Ezer den JN-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, **Sascha Wagner** (Herzogenrath bei Aachen/Koblenz). Ezers Forderung nach einer Neuwahl wurde erwartungsgemäß nicht erhört, so daß er und andere nordrhein-westfälische JN-Kader am 21.5.99 ihre Ämter niederlegten und aus der Organisation austraten. Kurze Zeit später, am 7.6.99, meldete sich auch der siebenköpfige JN-Landesvorstand Sachsen mit einem Rundschreiben an „alle Mitglieder / Anwärter der JN Sachsen“ zu Wort und erklärte den JN-Landesverband und alle „Stützpunkte“ in Sachsen für aufgelöst. Wer weiterhin für die NPD/JN arbeiten würde, mache sich „schuldig vor unserem deutschen Vaterland“. In seinem Rundschreiben wirft der sächsische JN-Landesvorstand der neuen JN-Führung in Einklang mit Ezer Wahlbetrug vor. Die Palette der darüber hinaus erhobenen Vorwürfe reicht von der satzungswidrigen Aufnahme des gebürtigen Bosniers und Doppelpaßinhabers **Safet Babic** in die JN und dem Blockieren des notwendigen Ausbaus der Schulungsarbeit zur „weltanschaulichen Festigung“ der Mitglieder und Mitgliedsanwärter über Konzeptlosigkeit bis hin zu rufschädigendem Verhalten. Das rufschädigende Verhalten der als „Volksschädlinge“ bezeichneten JN-Bundesvorstandsmitglieder reiche von schlechtem Benehmen über Trunksucht bis hin zum vorzeitigen Verlassen eines „Liederabends“ im Rahmen einer JN-Bundesvorstandssitzung, um ein Bordell aufzusuchen. „Wir hoffen, daß S. Roßmüller wenigstens im Puff Standfestigkeit bewiesen hat“ kommentierte die sächsische JN diesen Vorfall zynisch. Oliver Händel, Schreiber dieser Zeilen, war bereits im Februar 1999 vom Bundesvorstand seines Amtes als JN-Bundesgeschäftsführer enthoben worden, nach Auffassung seines Mitstreiters Ezer, um freie Bahn bei der Vorbereitung des Wahlbetruges zu haben. Die NPD dagegen spricht von „finanziellen Unregelmäßigkeiten in fünfstelliger Höhe“, die Händel zu verantworten hätte. Seinem endgültigen Rausschmiß aus der Partei sei Händel nur zuvorgekommen, nicht ohne ordentlich mit Dreck zu werfen. Was auch immer tatsächlich geschehen ist, so macht das „Niveau“ der Auseinandersetzungen deutlich, wie es um die JN bestellt ist.

Wechsel in der Führungsrolle der Neonaziszene?

Es tut sich also einiges im NPD/JN-Sumpf. Hinzu kommt, daß NPD/JN 1999 auch auf der Straße nicht sehr erfolgreich waren. Der Großaufmarsch am 1.5.99 in Bremen z.B. wurde verboten; ein Ersatzkonzept für den Verbotsfall gab es nicht, so daß tausende von Neonazis ziellos durch die Republik irrten oder gejagt wurden. Am 22.5.99 in Köln wurden die “Kameraden” gar nach weniger als 150 Meter gestoppt und stundenlang von GegendemonstrantInnen mit vitaminreichen Spenden ortsansässiger GemüsehändlerInnen beworfen. Trotz der erfolgreichen Aufmärschen am 2.10. in Köln und am 9.10. in Osnabrück bewirken derartige Schlappen natürlich, daß NPD und JN an Attraktivität insbesondere bei jüngeren Leuten verlieren. Immer öfter wird ihnen Unflexibilität und Legalismus vorgeworfen. Im Gegensatz zur NPD/JN gewinnt zunehmend das Netzwerk der **“Freien Kameradschaften“**, das immer stärker und erfolgreicher als die NPD/JN die Naziglatzen- und Rechtsrockszene einbindet und in manchen Regionen kaum noch von den dort ansässigen **“Blood & Honour”**-Strukturen unterscheidbar ist, an Bedeutung, Attraktivität und Mobilisierungsfähigkeit. Es ist ein starker Zulauf von der NPD/JN aus zu beobachten. Die „Freien“ um die Hamburger **Christian Worch** und **Thomas Wulff** (“Steiner”) gelten als “revolutionärer”, härter, kompromißloser, militanter, eben als konsequenter und authentischer im Kampf gegen das „System“. Zunehmend gelingt es ihnen, aus dem Schatten der NPD/JN herauszutreten und eigene Aktionen zu organisieren, bei denen sie allerdings meistens noch auf Unterstützung bei der Anmeldung angewiesen sind. Währenddessen gelingt es aber zunehmend, Demonstrationen, die eindeutig von “Freien” organisiert worden sind und nur von einem NPD`ler, JN`ler oder einem Funktionsträger des **“Nationaldemokratischen Hochschulbundes” (NHB)** angemeldet wurden, vor Gericht durchzusetzen. Am 5.6.99 mußte die in Hamburg geplante Demonstration der “Freien” gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht aufgrund eines Verbotes noch in einen Spontanaufmarsch in Ludwigslust umgewandelt werden, aber bereits fünf Wochen später, am 10.7.99, gelang es mit richterlicher Genehmigung, in Hamburg-Bergedorf aufzumarschieren. Am 6.11. in Götingen erlitten die “Freien” allerdings vorerst einen Rückschlag, da ihre Demo gegen “linken Terror und Justizwillkür” verboten wurde.
Obwohl es unüberhörbare Stimmen in der NPD/JN gibt, denen eine zu offene Zusammenarbeit mit den “Freien” nicht schmeckt, hält die Partei an einer engen Kooperation fest. Zu stark ist die NPD/JN bei ihrem aktionistischen Kurs auf die “Freien” angewiesen, als daß sie ihnen den Rücken zuwenden könnte. Hochkarätige Redner der “Freien” sind seit Sommer 1998 auf NPD/JN-Aktionen selbstverständlich geworden. Auch ein Großteil des Ordnerdienstes bei Großdemonstartionen wird seit 1998 von den “Freien” gestellt.

Achim Ezer

JN in NRW am Ende?

Ob die nordrhein-westfälische JN trotz Abwanderung ihrer aktivsten Leute weiterhin politisch in Erscheinung tritt oder wieder zu einer inaktiven Parteijugend der von **Udo Holtmann** (Oberhausen) geleiteten NPD in NRW verkommt, läßt sich derzeitig noch nicht absehen. Personell dürfte es aber eng geworden sein. Der notdürftig eingesetzte neue Landesvorstand dürfte lediglich ein Provisorium darstellen. Neuer Landesvorsitzender ist der altgediente JN-Kader **Andreas Weber** (Wuppertal), der bereits Anfang der neunziger Jahre Mitglied des damals von **Martin Laus** und **Dieter Koch** geleiteten JN-Landesvorstandes war. Weber betätigte sich in den letzten Jahren als Schatzmeister des

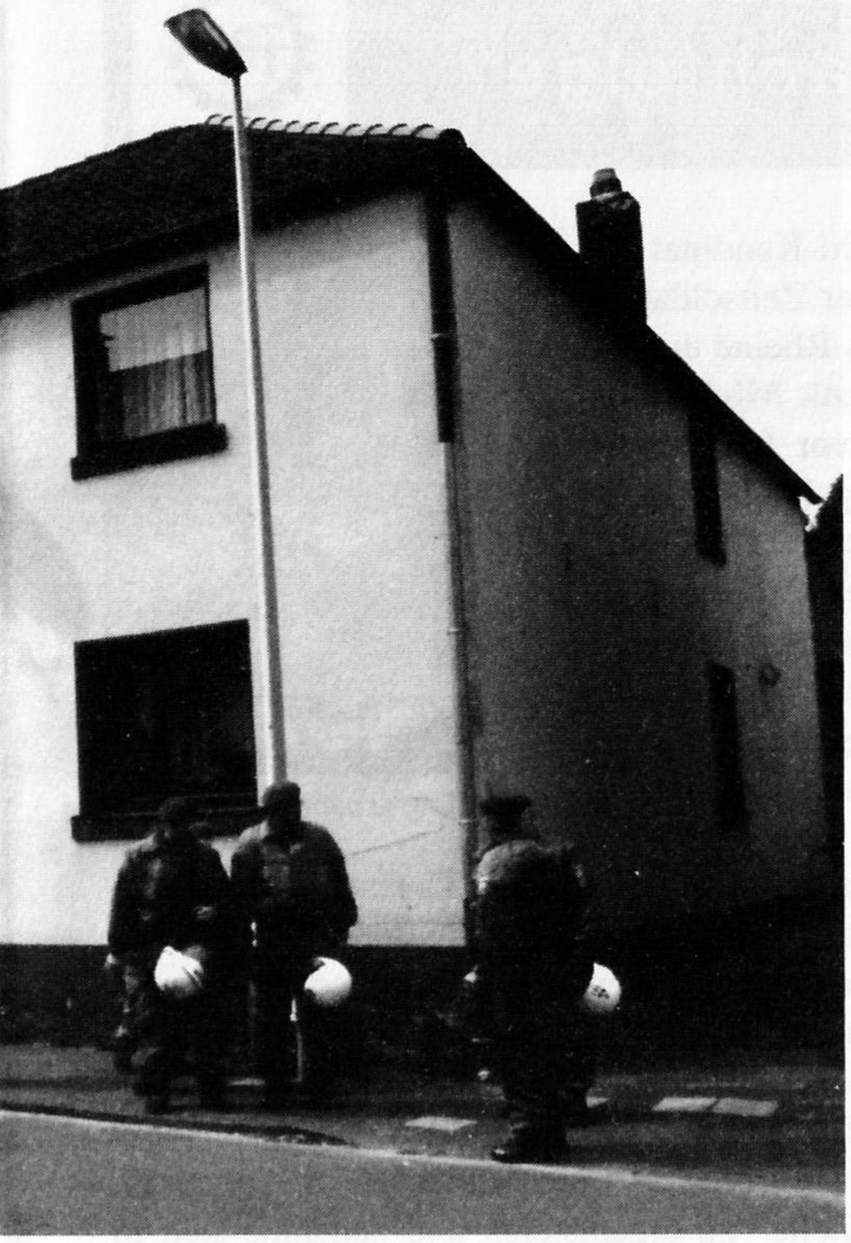
den letzten Jahren als Schatzmeister des JN-Bundes- und Landesvorstands, hielt sich ansonsten aber im Hintergrund. Einer seiner Stellvertreter wurde der ehemalige Bundesvorsitzende des NHB, **Stefan Lux** (Heiligenhaus, Kreis Mettmann), der auch Mitglied des NPD-Landesvorstandes ist. Aber nicht nur personell hat die nordrhein-westfälische JN Federn lassen müssen. Die Abtrünnigen um Ezer und Amberg haben sowohl die JN-Zeitschrift **„Schwarze Fahne“** und den angegliederten **„Schwarze Fahne Versand“** mitgenommen, als auch die erst im Herbst 1998 angemietete Landesgeschäftsstelle in Eschweiler-Dürwiß. Zur Spaltung des JN-Landesverbandes NRW wußte der NPD-Bundespressesprecher **Klaus Beier** in der Juli-Ausgabe der NPD-Zeitung **„Deutsche Stimme“** zu berichten, „daß auch die ehemaligen JN-Funktionsträger **Lars Käppler** und Achim Ezer aus der Partei ausgeschlossen worden seien, da sie im Bunde mit Händel eine Spaltergruppe namens Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) gegründet hätten, die sich in ‚parteischädigender Weise, eindeutig gegen NPD und JN richte. ... Auch gegenüber dem ‚schlechten Verlierer, Ezer prüft die Rechtsabteilung der NPD die Einleitung juristischer Schritte, da vermutet wird, daß sich auch Ezer ... in den Besitz von erheblichen JN-Vermögenswerten gebracht hat.“

Wer doof bleibt, bekommt kein „neues Reich“! – Das „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“

Bei dem BDVG handelt es sich um ein Projekt, das ursprünglich unter dem Dach der JN gestartet werden sollte. Schon seit längerer Zeit waren Ezer und Co. auf der Suche nach Räumlichkeiten, die sowohl als JN-Landesgeschäftsstelle als auch als Schulungszentrum genutzt werden sollten. In einem im Sommer 1998 von Ezer und der JN-Landesschatzmeisterin **Nicole Römer** verschickten Rundschreiben wird als Hauptproblem der NPD “der Mangel an Führungskräften” genannt sowie die Einschätzung vertreten, daß “nur durch ein Zentrum ... junge Männer und Frauen weltanschaulich (zu) festigen und auf ihre Aufgaben in der NPD vor(zu)bereiten” seien. Gleichzeitig wurde in diesem Rundschreiben Vollzug gemeldet. “Eine uns nahestehende Person” sei bereit, gegen “etwa 1.800 Miete” monatlich “ein Objekt in NRW an uns zu vermieten.” Zusätzlich müßten einmalig “15.000 DM Kosten, um die Versammlungshalle, sowie die anderen Räumlichkeiten, in unserem Sinne herzurichten” aufgebracht werden. Und so geschah es: Das Gebäude in Eschweiler-Dürwiß, in dem schon 1996 der Kölner **“Europa Vorn”** Herausgeber und Funktionär der **“Deutschen Liga für Volk und Heimat”**, **Manfred Rouhs**, vorübergehend seinen Verlagssitz eingerichtet hatte, wurde im Herbst 1998 angemietet. Die Redaktionsanschrift der “Schwarzen Fahne”, der “Schwarze Fahne Versand” und die JN-Landesgeschäftstelle wurden nach Eschweiler verlegt. Ezer richtete sich in dem Gebäude häuslich ein und ließ sich auch nicht durch die Spaltung der JN vertreiben. Unmittelbar nach seinem Austritt aus der JN und NPD gab Ezer die Gründung des BDVG bekannt, ein Schritt, der offensichtlich für den Fall einer Niederlage bei der Wahl des neuen JN-Bundesvorsitzenden schon früh geplant war. Aus dem gescheiterten JN-Bundesvorsitzenden in spe wurde der “BDVG-Bundesleiter, Herr Achim Ezer”. Um keine Mißverständnisse bei der Eigentumsfrage beim “Schwarze Fahne Versand” aufkommen zu lassen, benannte “Herr Ezer” diesen in “Achim Ezer Versandhandel Schwarze Fahne” um. Die Räumlichkeiten der bisherigen JN-Landesgeschäftstelle werden nun als BDVG-Schulungszentrum genutzt. Hier sollen „Funktionäre und Mitglieder für die weltanschaulich-geistige Auseinandersetzung mit einem politischen System, das seine Grundlage in den wirren Theorien über das Menschenbild des 18. Jahrhunderts sieht“ geschult und gerüstet werden. Das bereits im Internet mit einer eigenen Homepage auftretende BDVG setzt auf eine langfristige Strategie, auf Schulung und auf Hilfestellungen beim Aufbau von weiteren „Ausbildungszentren“. Man wisse um die Erfolglosigkeit „nationaler

4.Sept.´99

Demo in Dürwiß



Parteien und Organisationen“ und lehne es ab, „Luftschlösser zu bauen und in Tagträumen das neue Reich herbeizusehnen.“ Darum ziehe man die Strategie „Schulung in Verbindung mit politischer Aktion“ vor. “Die Grundlage unseres politischen Wollens sind die Naturgesetze und die neuesten wissenschaftliche Erkenntnisse der Erblehre (Genetik) und Verhaltensforschung (Ethologie)” wissen die BDVG-Gründer unmißverständlich mitzuteilen. Der Aktivitätsgrad des BDVG beschränkt sich bis heute allerdings auf einige Informationsveranstaltungen, gesellige Zusammenkünfte und der Herausgabe einiger Schulungsmaterialien, z.B. zum Thema “‘Der Mehrwert‘ – Irrtum und Wahrheit seit Vollzug der Industrialisierung im 19. Jahrhundert.” Außer in NRW ist das BDVG schwerpunktmäßig in Baden-Württemberg aktiv. Vo hier aus agieren der ehemalige JN-Funktionär und heutige stellvertretende BDVG-Vorsitzende Lars Käppler sowie der BDVG-“Gebietsleiter Süd”, **Ralf Brunner**, und sein Stellvertreter **Stephan Zimmermann**, Herausgeber des Blattes **“Der Sturmührer”**.

Ausblick

Die neonazistische Szene hat sich in lähmenden Streitigkeiten verloren, die sie handlungsunfähig zu machen drohen. Tatsächlich? Findet nicht vielmehr eine Ausdifferenzierung und eine Neuverteilung der Rollen statt, aus der die Szene auch gestärkt hervorgehen könnte? Was auf den ersten Blick eine Schwächung darstellt, könnte sich längerfristig, der Strategie “getrennt marschieren – vereint zuschlagen”, also dem Prinzip Arbeitsteilung folgend, als Stärkung herausstellen. Der Streit der beiden JN-Flügel ist zugunsten des Roßmüller-Flügels entschieden; die Hauptwidersacher haben die Partei verlassen und es ist wieder Ruhe eingekehrt. Das BDVG könnte die wichtige Rolle einer Scharnierorganisation einnehmen, die strömungsübergreifend agiert und von daher zwischen JN/NPD und den “Freien Kameradschaften” vermittelt und die vorhandenen Gräben nicht zu tief werden läßt. Trotz des Streites in der JN „durfte“ Achim Ezer einen Tag nach seinem Rücktritt auf der NPD/JN-„Demonstration“ am 22.5.99 in Köln als Redner auftreten und unter der Gesamtführung des neuen NPD-Ordnerdienstleiters, **Dietmar Mayer** (Troisdorf), den Lautsprecherwagenschutz leiten. Pack schlägt sich und verträgt sich eben wieder.

Verbunden mit der sich selbstgestellten und für die neonazistische Szene sehr wichtigen Aufgabe, über Schulungsarbeit neue Kader heranzuziehen, müssen die Aktivitäten des BDVG wohl sehr ernstgenommen werden. Das Eschweiler Schulungszentrum steht allerdings finanziell noch auf ziemlich wackeligen Füßen. Immerhin kosten die Räumlichkeiten incl. Nebenkosten monatlich ca. 2.000 DM, die erst einmal aufgebracht werden wollen, von der Existenzsicherung seines Betreibers einmal ganz zu schweigen. Es ist kaum anzunehmen, daß der „Schwarze Fahne Versand“ und die Geldbeutel lernwilliger „Kameraden“ zur Zeit bereits diese Kosten decken können. Ohne finanzkräftige SponsorInnen dürfte trotz Ezers kaufmännischer Ausbildung wenig zu machen sein. U.a. hier gilt es anzusetzen und die Arbeit lokaler Antifa-Gruppen, des „Arbeitskreises gegen Rechts Eschweiler“ und die „Bürgerinitiative ‚Gemeinsam gegen Neonazis,“ zu unterstützen.

Searchlight / Antifaschistisches Infoblatt / Enough is enough/rat (Hg.):

White Noise

Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Musikszene

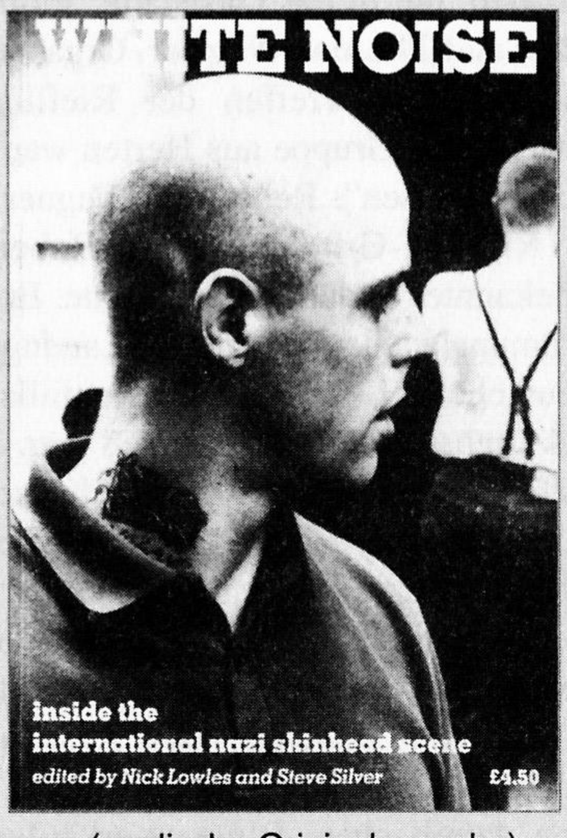
reihe antifaschistischer Texte im UNRAST-Verlag, Münster, 1999

128 Seiten, 19,80 DM

„White Noise“ beschreibt die Bands und Musikszene der militanten Neonazis in verschiedenen europäischen Ländern und den USA. Durch diesen Überblick wird aufgezeigt, wie weit sich die „Internationale des Skinhead-Rock“ bereits vernetzt hat und welche kommerziellen und ideologischen Interessen hinter ihr stehen.

Die in “White Noise“ präsentierten Rechercheergebnisse bieten eine fundierte Basis, um notwendige Einblicke in die Strukturen der internationalen neonazistischen Musikszene und einen Überblick über die daran beteiligten Bands und Neonazi-Netzwerke zu erhalten; eine notwendige Voraussetzung um Gegenstrategien entwickeln zu können. “White Noise“ ist das erste deutschsprachige Buch, das sich umfangreich mit diesem Thema beschäftigt und zugleich empfehlenswert ist. Ein Muß für all diejenigen, die antifaschistische Arbeit leisten und sich auf dem Laufenden halten wollen. Und ebenso ein absolutes Muß für diejenigen, die meinen, bei den immer häufiger stattfindenden Rechtsrockkonzerten handele es sich um harmlose und völlig unpolitische subkulturelle Veranstaltungen.

Das Buch erschien bereits 1998 in England; die vorliegende deutsche Übersetzung wurde vollständig aktualisiert.



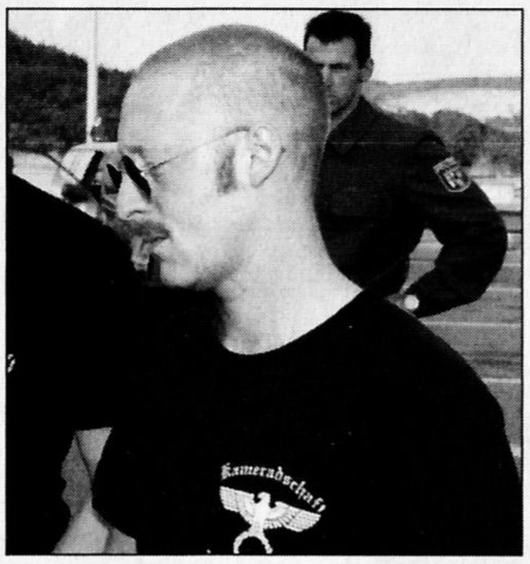
(englische Originalausgabe)

„Kameradschaft Recklinghausen“

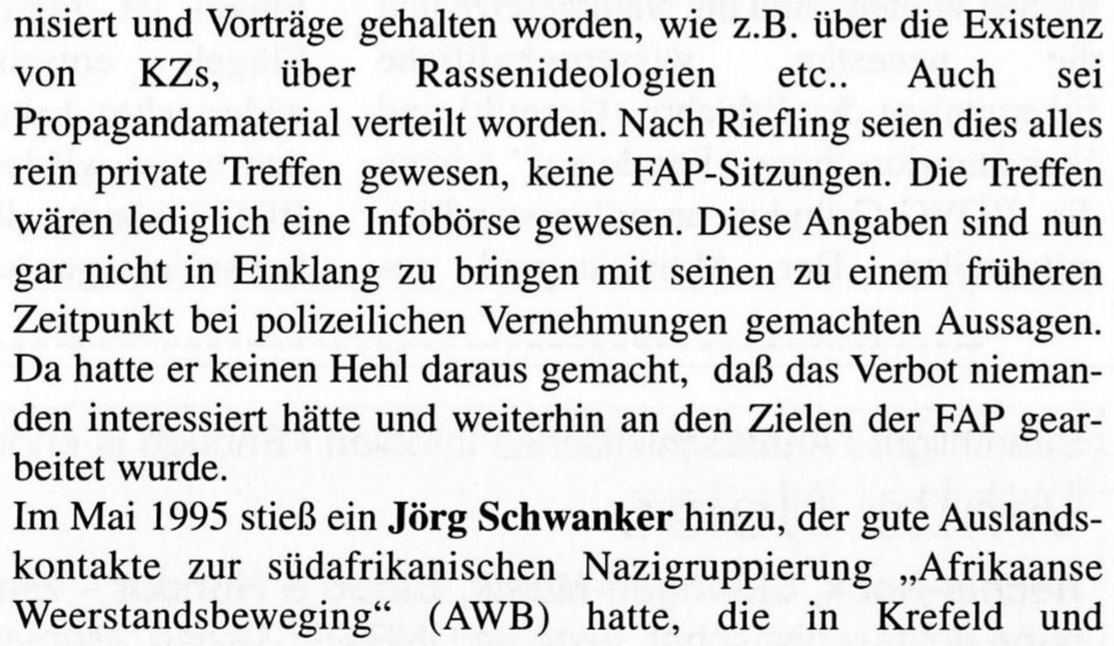
„Kasperletheater“ oder FAP-Nachfolge?

Vom 16. bis zum 30.09.1999 fand vor der 9. Strafkammer des Dortmunder Landgerichts der Prozeß gegen die "Kameradschaft Recklinghausen" statt. Den Angeklagten **Dieter Riefling**, **Heiko Teuber** und den Brüdern **Stefan-Paul** und **Christian Neuhaus** wurde zur Last gelegt, in führender Funktion die Fortführung der am 22.2.1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) in Gestalt der „Kameradschaft Recklinghausen“ betrieben zu haben. Mindestens seit April 1995 sei die FAP in Raum Recklinghausen von acht bis zehn 10 Personen weitergeführt worden. Weiterhin hatten sich die Angeklagten wegen der Leugnung des Holocaust, der Lagerung und Verbreitung von verbotenem Propagandamaterial sowie der Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindllcher Organisationen zu verantworten.

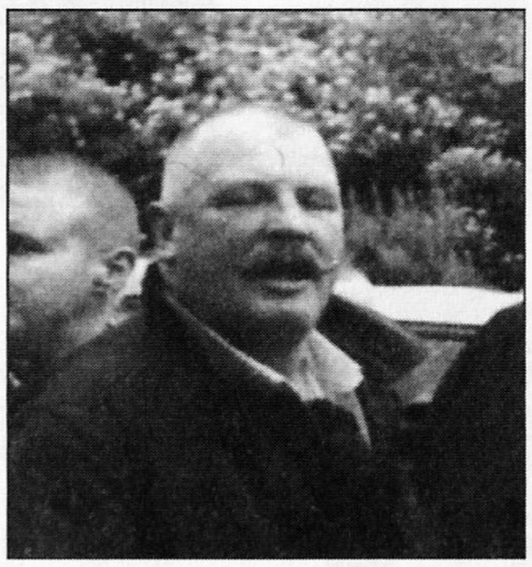
Den Vorsitz des Gerichts hatte einmal mehr der rechtskonservative **Richter Manfred Reichel** inne. Dieser führte schon die Prozesse gegen die „Kameradschaft Witten“ der „Nationale Offensive“(NO), sowie gegen Meinolf Schönborn und weitere Nazis wegen der Fortführung der „Nationalistischen Front“ (NF).
Ein Rückblick: Am frühen Morgen des 16.02.1996 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Dortmund, unterstützt von der örtlichen Polizei, 23 Räumlichkeiten im Kreis Recklinghausen, sowie ein Objekt in Lübbenau. Bei Dieter Riefling, der in der Scene Miesling genannt wird, wurden hierbei u.a. FAP-Propagandamaterial und Hakenkreuz-Armbinden gefunden. Bei Christian Neuhaus stieß die Polizei am 24.04.1996 auf Flugblätter der "Autonomen Nationalisten" mit der Aufschrift "Kein Geld für Deutsche - aber für KZ Opfer". Bei einer weiteren Durchsuchung bei ihm am 10.07.1997 wurden unter das Beschlagnahmegebot fallende JN-Aufkleber mit der Aufschrift "Auch das ist Völkermord" sowie dazugehörige Bestellisten gefunden. Die Kleber seien auch von den Neuhaus-Brüdern in Castrop verklebt worden. Bei einer weiteren Durchsuchung am 04.12.1997 seien abermals zehn dieser Aufkleber bei den Brüdern sichergestellt worden. Bei der Durchsuchung bei Heiko Teuber fand sich eine Reichskriegsflagge und T-Shirts mit dem Aufdruck "Kameradschaft Recklinghausen". Insgesamt wurde damals gegen 49 Personen wegen der Fortführung der verbotenen FAP, sowie der Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“ ermittelt.
Als erster Zeuge sagte **Andreas Jerosch** aus Herten aus. Er gab zu Protokoll, zehnmal an „Kameradschaftsabenden“ teilgenommen zu haben, die in der Gaststätte "Grüne Insel" stattfanden. **Frank Reber** und **Thomas Wagner**, Organisatoren dieser Gruppe, fuhren häufig zu den Treffen der Riefling-Gruppe nach Oer-Erkenschwick. Die Gruppe aus Herten war ein Teil der „Kameradschaft Recklinghausen“. Reber und Wagner waren die Kontaktpersonen zur Riefling-Gruppe. Frank Reber ist alles andere als ein Unbekannter in der Neonaziszene. Er war Vorsitzender der zu den Kommunalwahlen 1994 und Landtagswahlen 1995 angetretenen "Deutschen Liste", die ebenfalls in die „Kameradschaft Recklinghausen“ eingebunden war. Reber trat erstmals 1983 in Erscheinung, als er mit einem „Kameraden“ eine Bombenatrappe baute und diese in den Briefkasten der jüdischen Kultusgemeinde in Recklinghausen legte. Bis Ende 1983 war er Mitglied der "Jungen Union". Im Juni 1986 gründete er zusammen mit weiteren Personen den Verein "Vestische Sportaktivitäten" und später auch den "Mjölnir Versand". Den Zeugen Andreas Jerosch wollte er damals in einem Prozeß entlasten, in dem Jerosch angeklagt war, einen tamilischen Blumenverkäufer zusammengeschlagen zu haben. Auch Jerosch war Mitglied der "Deutschen Liste" und deren Kommunalwahl-Kandidat. Der zweite Zeuge, der Zeitsoldat **Lars Marquardt** aus Rheine und der dritte Zeuge, **Frank Michael Schachtsieg**, hatten vor fünf bis sechs Jahren die Angeklagten in der Oer-Erkenschwicker Kneipe "Tiffany" kennengelernt. Hieraus wurde ein wöchentliches Treffen im "Tiffany" mit Dieter Riefling, dessen Bruder Jürgen, Heiko Teuber u.a.. Dieter Riefling pflegte in dieser Zeit beste Kontakte zur „Kameradschaft Northeim“ um **Thorsten Heise**, zum ehemaligen Bundesvorsitzenden der FAP, **Friedhelm Busse**, zum ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden NRW, **Siegfried Borchardt** (Dortmund), zu **Thomas Kubiak** („Sauerländer Aktionsfront“) und zu **Christian Worch** (Hamburg). Von der Riefling- Gruppe wurde das FAP-Verbot nicht ernst genommen, sondern sogar gefeiert. Die Gruppe kam überein weiterzumachen. Sie beschoß, sich als „Autonome Zelle“ zu organisieren und benannte sich in "Autonome Nationalisten" um. An den ursprünglichen Zielen und an der Arbeit änderte sich aber nichts. Von nun an traf man sich in der Kneipe "Sportler" in Oer-Erkenschwick. Der "Sportler" wurde zum regelmäßigen Treffpunkt der „Kameradschaft Recklinghausen“. Dieter Riefling ernannte sich zum „Kameradschaftsführer“, Heiko Teuber wurde sein Stellvertreter und Christian Neuhaus Kassenwart. Es seien Veranstaltungen organisiert und Vorträge gehalten worden, wie z.B. über die Existenz von KZs, über Rassenideologien etc.. Auch sei Propagandamaterial verteilt worden. Nach Riefling seien dies alles rein private Treffen gewesen, keine FAP-Sitzungen. Die Treffen wären lediglich eine Infobörse gewesen. Diese Angaben sind nun gar nicht in Einklang zu bringen mit seinen zu einem früheren Zeitpunkt bei polizeilichen Vernehmungen gemachten Aussagen. Da hatte er keinen Hehl daraus gemacht, daß das Verbot niemanden interessiert hätte und weiterhin an den Zielen der FAP gearbeitet wurde.
Im Mai 1995 stieß ein **Jörg Schwanker** hinzu, der gute Auslandskontakte zur südafrikanischen Nazigruppierung „Afrikaanse Weerstandsbeweging“ (AWB) hatte, die in Krefeld und Mönchengladbach über eine deutsche Unterstützergruppe verfügte, die u.a. ein eigenes Infotelefon betrieb. Dieter Riefling selber verfügte über eine Vielzahl von Auslandskontakten, z.B. zur FAP in den Niederlanden, nach Belgien und zum notorischen



Dieter Riefling genannt „Miesling“



13.8.´94 Luxenburg: Leicht lädiert durch luxenburgerische Polizisten, aber wie immer pressegeil - Riefling und einige seiner Kameraden -



Siegfried Borchardt

Ewald Steller

Holocaustleugner **Ernst Zündel** nach Kanada. Neonazis aus der Schweiz waren auch schon bei den Treffen der „Kameradschaft Recklinghausen“ zu Gast gewesen. Im August 1995 fuhr die Gruppe zum "Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" ins niedersächsische Schneverdingen. Riefling gab an, lediglich die Autos besorgt und die Telefonnummern der Kontakttelefone des „Rudolf-Hess-Komitees“ gehabt zu haben. Von September 1995 bis zu seiner Inhaftierung im Februar 1996 betrieb Dieter Riefling von seiner Wohnung aus das „Nationale Infotelefon Westfalen“. Rieflings Anwalt **Ewald Steller**, einer der wichtigsten Anwälte der extremen Rechten, bezeichnete den Betrieb des NIT durch seinen Mandaten als bloßes Verlesen von Kommentaren zum politischen Geschehen. Riefling sei also nicht weiteres als eine Art „Co-Kommentar zur Tagesschau“ gewesen. Die auch vom polizeilichen Staatsschutz Recklinghausen explizit nicht beanstandenden Texte seien im übrigen nicht von Riefling selbst verfaßt, sondern nur von ihm verlesen worden.

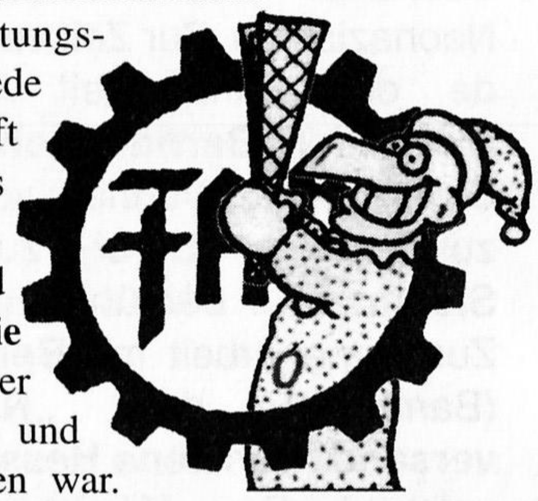
Nachdem Dieter Riefling am 12.02.1996 seine Haftstrafe in der JVA Münster angetreten hatte, wurden die Treffen bei Stefan Schaffner bis zur Durchsuchung dessen Wohnung in Castrop-Rauxel durchgeführt. Heiko Teuber übernahm die Führung der „Kameradschaft“. Er führte das NIT weiter und hatte freien Zugang zu Rieflings Wohnung. Im Sommer 1996 soll sich die „Kameradschaft Recklinghausen“ aufgelöst haben. Diverse Mitglieder tendierten zur JN, so z.B. die Brüder Neuhaus und Heiko Teuber.

Letztendlich kamen bei der Urteilsverkündung alle Angeklagten mit einem blauen Auge davon. Riefling, Teuber und Christian Neuhaus wurden zwar als Rädelsführer und Stefan Neuhaus als Mitglied und Unterstützer der FAP-Nachfolgegruppe „Kameradschaft Recklinghausen“ verurteilt, was aber bei keinem zu Haftstrafen ohne Bewährung führte. Dabei blieb Reichel weit unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft, die u.a. für Riefling zwei Jahre und acht Monate ohne Bewährung gefordert hatte. Insbesondere Riefling kann sich bei Richter Reichel bedanken. Reichel machte es möglich, daß er trotz einer ganzen Palette einschlägiger Vorstrafen mit einer zweijährigen Haftstrafe, die fünf Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde und einer Geldstrafe davonkam. In dieses Urteil flossen sogar noch offenstehende Strafen mit ein. Am 3.7.98 z.B. war Riefling vom Amtsgericht Recklinghausen zu einer zehnmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt worden, da er auf einer privaten Feier einem Polizeibeamten, der einen Streit schlichten wollte, einen Nasenbeinbruch zugefügt hatte. Diese Haftstrafe trat er nie an. „Miesling“, der vor ca. zwei Jahren in seine "alte Heimat" Hildesheim verzogen ist, was sich sofort durch zunehmende Aktivitäten der dortigen Neonaziszene bemerkbar machte, wußte Herrn Reichel zu erzählen, was dieser hören wollte: Er habe jetzt Familie und Beruf und wolle nicht mehr im „aktiven Widerstand“ tätig sein. Pünktlich vor Prozeßbeginn hatte Riefling über einschlägige Zeitschriften seine Verlobung bekanntgegeben: „Eine Haftstrafe würde alles zerstören.“ Aussagen wie „Ich verhehle nicht, was ich war und was ich bin" wirkten sich offensichtlich eher positiv auf das Strafmaß aus. „Ehrliche“ und „willensstarke“ Nazis mag Reichel wohl lieber als „feige Kameraden“, die ihre Gesinnung verleugnen. Heiko Teuber kassierte neun Monate, die drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden, und eine Geldstrafe. Christian Neuhaus, in dessen Urteil ebenfalls noch offenstehende Strafen eingerechnet wurden und der eine Reihe von Vorstrafen wegen Körperverletzung vorweisen kann, muß sich die nächsten drei Jahre zurückhalten, um nicht zwei Jahre gesiebte Luft zu atmen. Darüber hinaus muß er 50 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Sein Bruder Stefan kassierte ein Jahr und drei Monate, die drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden, sowie 100 Stunden gemeinnützige Arbeit. Auch bei ihm wurden offenstehende Strafen verrechnet. Im Gegensatz zu seinem Bruder bewertete ihn Reichel als nicht sonderlich gefestigt und als Mitläufer.

Fazit

Festzustellen bleibt, daß das Landgericht Dortmund seiner Linie treu bleibt, Neonazis und deren Aktivitäten völlig oberflächlich zu bewerten. Die Neonazis hingegen können sich einmal mehr ins schmutzige Fäustchen lachen und sich freuen, relativ ungeschoren davongekommen zu sein. Spätestens in der nächsten Ausgabe der „HNG-Nachrichten“, der Monatszeitschrift der „Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene ...“, wird man aber trotzdem ihr Gejammer über die "verfolgten aufrechten Deutschen" zu lesen bekommen.

Im Prozeß übertrafen sich Richter und Verteidiger gegenseitig, die FAP und damit auch die „Kameradschaft Recklinghausen“ in die Bedeutungslosigkeit zu reden. Es war keine Rede davon, daß die „Kameradschaft Recklinghausen“, die damals aus drei Teilen bestand (Recklinghausen/Castrop-Rauxel, Herten und die Dorstener Gruppe um **Melanie Dittmer**) integraler Bestandteil der neonazstischen Szene in der BRD und auf nahezu jeder Aktion zu finden war.



Keine Rede auch von der zentralen Rolle Dieter Rieflings in der Neonaziszene in der BRD. Riefling dürfte seit einigen Jahren zu den zwanzig wichtigsten Neonazikadern in der BRD zählen. Gemeinsam mit Thorsten Heise (Northeim) ist er heute eine der wichtigsten Schnittstellen zum internationalen „Blood and Honour“-Netzwerk und dessen Ableger in der BRD. Seit seinem Umzug nach Hildesheim arbeitet er an dem Hildeheimer Naziskinzine „Axtschlag“ mit. Dort schreibt er unter dem Pseudonym „Reso“. Von all dem und von vielem anderen war in dem Prozeß keine Rede, stattdessen aber durchgängig von Familie und Beruf der Angeklagten, von der erfolgreichen Einbindung ins soziale Leben, von der Abkehr von der Neonaziszene, von unglücklichen Versäumnissen, Unwissenheit und Mißverständnissen, von den "bösen Nazigrößen", die nie verurteilt wurden und die die "kleine Kameradschaft Recklinghausen“ nur benutzt hätten, von der Willensstärke des Angeklagten Teuber, der es ja geschafft hätte, sich trotz freundschaftlicher Beziehungen von der „Kameradschaft“ loszusagen und in die JN zu wechseln etc.. Die Ausmaße und Bedeutung der Machenschaften der „Kameradschaft Recklinghausen“ wurden entweder bagatellisiert oder völlig ausgeklammert. Jerosch und Reber z.B. saßen erst gar nicht auf der Anklagebank, sondern wurden nur als Zeugen gehört. Von den ehemals 49 Angeklagten blieben bezeichnenderweise nur die vier Angeklagten übrig. Man kam überein, daß die „Kameradschaft Recklinghausen“ nur eine unbedeutende kleine Gruppierung war. Dieses Bild sollte wohl auch der Öffentlichkeit vermittelt werden. Und so war es nur konsequent, daß Richter Reichel in seinem Abschlußplädoyer die „Kameradschaft Recklinghausen“ als "Kasperletheater" bezeichnete. Bei so einem Vorgehen braucht sich niemand zu wundern, wenn das "Kasperletheater" bald wieder seinen nächsten Auftritt in Angriff nimmt.

Beruf Neonazi

"Beruf Neonazi" so hieß der Film von Winfried Bonengel, in dem er den Neonazi Ewald Bela Althans begleitete. Bezog sich der Titel damals auf das jung-dynamische und erfolgreiche Image, welches sich Althans gab, so verdienen inzwischen eine Reihe Neonazis tatsächlich viel Geld mit dem Vertrieb von Nazirock-CD´s, T-Shirts und Bekleidung für die Nazis/Skinheadszene. Dabei kommt es zu einer gefährlichen Wechselwirkung von jugendlicher Subkultur und organisiertem Neonazismus. Zur Zeit versucht gerade der bundesweit bedeutende Nazikader **Bernd Stehmann** aus Bielefeld den Vertrieb von Nazirock zu seinem Beruf zu machen. Stehmann bemüht sich in Zusammenarbeit mit **Bernd Peruch** (Bamberg) den **„Nibelungenversand“** von **Jens Hessler** zu übernehmen. Der „Nibelungenversand“ war der offizielle Versand der Naziskin-Struktur **"Blood and Honour"** in Deutschland, bis die Polizei bei einer Hausdurchsuchung mehr als 8.000 illegale CD´s fand und Hessler inhaftiert wurde. "Blood and Honour" ist die am besten organisierte und wichtigste Struktur der europäischen Nazi-Rock-Szene. Peruch wiederum ist der Vertreter dieser Struktur in Deutschland. Darüber hinaus ist er Kopf der Band **"Hate Society"** und Betreiber von **"Hate Society Records"**. Würde Stehmann es schaffen, diesen Versandhandel zu übernehmen, so entstände ein wichtiger Kristallisationspunkt zwischen der Naziskinszene und dem organisiertem Neonazismus. Stehmann selbst, der sich in den letzten 10 Jahren vom einfachen Schläger zu einer Art "Gauleiter" für Ostwestfalen hochgedient hat, ist selbst kein Skinhead. Früher war er im Umfeld der FAP und der NF aktiv, heute ist bei den "Freien Kameradschaften" zu finden. Schon seit längerem kümmert er sich um die Rekrutierung von Nachwuchs für die rechte Szene. U.a. deshalb unterhält er enge Kontakte in die rechte Skinheadszene und besucht nicht nur Nazidemonstrationen, sondern auch Konzerte einschlägiger Naziskinheadbands. Stehmann ist jedoch nicht nur mit der Rekrutierung und dem Kontakt zur Nazi-Subkultur beschäftigt. Zusammen mit dem Bielefelder **Meinhard Otto Elbing** hat er auch die **"Initiative Widerstand jetzt"** aufgebaut, eine Naziorganisation für Ostwestfalen, welche Treffen, Liederabende und Schulungen organisiert und durchführt. So wurde beispielsweise der Nazi **Peter Naumann** von der "Initiative Widerstand jetzt" zu einer politischen Schulung als Referent eingeladen. Naumann hat in der rechten Szene den Spitznamen "Bombenhirn", da er immer wieder im Zusammenhang mit Sprengstoff auftaucht. Er saß 4 1/2 Jahre wegen mehrerer Bombenanschläge, illegaler Waffendepots und Verabredung zum Mord im Gefängnis.

Seit ca. 2 Jahren gibt Stehmann das Fanzine **"Unsere Welt"** heraus, in dem er eine Mischung aus Subkultur und Neonazismus präsentiert. Laut Eigenwerbung ist Ziel dieses Heftes, "die Szene, in der wir leben zu unterstützen. Jenseits von Kommerz und Gruppenegoismen. Wir werden über nationalistische Konzerte in Deutschland, Europa und in der Welt berichten. Ebenso über politisch wichtige Ereignisse. Auch werden wir uns kritisch mit dem Zeitgeist und seinen Erscheinungsformen auseinandersetzen." So sind im Fanzine neben Interviews und Konzertberichten auch Demoberichte, Hetzartikel, z.B. gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, und die Vorstellung diverser Nazigruppierungen zu finden. Mit der Herausgabe dieses Fanzines konnte Stehmann seine Bedeutung und Stellung in der Naziskinszene erweitern und legte damit den Grundstein für den jetzt geplanten Aufbau von Versand und Label. Um ihm dieses möglichst schwer zu machen, informierte die örtliche Antifa inzwischen die Öffentlichkeit und jene Institutionen, auf deren Unterstützung Stehmann bei seiner Existensgründung hofft. Pressemappen wurden der Lokalpresse, dem Arbeitsamt, der Industrie und Handelskammer und potentiellen Kooperationspartnern aus der Privatwirtschaft übergeben und die zuständigen Stellen über Funktion und Inhalt der Aktivitäten Stehmanns informiert. Das Echo war durchaus positiv. Von überall her war zu hören, daß versucht werden müsse, dieses Projekt zu stoppen und Stehmann der Zugang zu Förderungen verbaut werden solle. In der Lokalpresse erschienen informative Berichte über die nazistischen Aktivitäten Stehmanns. Ob die Kampagne Wirkung hat, wird sich in nächster Zeit zeigen.

Die momentan an vielen Orten festzustellende Tendenz, daß organisierte Nazis im Bereich der rechten Skinheadsubkultur versuchen, ihr Geld zu verdienen, birgt eine doppelte Gefahr. Zum einen ist in diesem Bereich viel Geld zu verdienen, so daß die Nazis Arbeit und Politik verbinden können, zum anderen vergrößert sich der Einflußbereich des organisierten Spektrums auf die Subkultur. Hier gelingt es, an Jugendliche heranzukommen, sie zu agitieren und einzubinden. Die Einbindung von neuen Leuten in das organisierte Nazispektrum ist sicherlich wesentlich erfolgreicher, wenn das Lebensgefühl einer Subkultur angesprochen wird, als das jemals über ein Parteibuch möglich sein wird. Dies gilt es zu erkennen und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Bertelsmann und die Vergangenheit

Der Gütersloher Bertelsmann-Konzern, inzwischen drittgrößter Medienkonzern der Welt (zum Konzern gehören u.a. AOL, RTL, BMG-Ariola), hat Probleme mit der Vergangenheit oder besser mit deren Bewältigung.

Die Bertelsmänner pflegen das Image eines weltoffenen und über alle nationalen Niederungen erhabenen Konzerns. Dumm nur, wenn man dieses Image von einem Mann pflegen läßt, der als Bertelsmann-Haus- und Hofhistoriker schon ganz andere Geschichten, als die eines Konzerns geschönt hat. **Dirk Bavendamm** heißt dieser Mann, der im Auftrag Bertelsmanns Firmengeschichte schreibt. Darin, die Geschichte umzulügen, hat Bavendamm, der sich in allerlei rechten Kreisen herumtreibt, bereits Erfahrung. So schrieb er in seinem Buch "Roosevelts Krieg 1937-1945" die Schuld am 2. Weltkrieg den USA zu. Für jemanden wie Bavendamm, der so dem NS-Staat einen Persilschein ausstellt, ist es ein leichtes, selbiges für einen Konzern zurechtzulügen. So schrieb er, daß Bertelsmann unter dem NS den Betrieb einstellen mußte. Die Wahrheit ist, daß nur ein kleiner Teil des Verlages, in dem evangelische Erbauungsliteratur verlegt wurde, seinen Betrieb einstellen mußte, der restliche Betrieb aber weiterhin seine Geschäfte betreiben konnte. Aufnahme in die Bertelsmann-Firmengeschichte fand die Lüge dennoch. Jetzt, wo die Lüge aufgeflogen ist, hat sich Bertelsmann einen weiteren Historiker zugelegt. **Saul Friedländer**, tatsächlich alles andere als ein Überzeugungstäter des Geschichtsrevisionismus á la Bavendamm, leitet nun eine Kommission, die im Auftrag und Sold Bertelsmanns die Firmengeschichte untersucht.

Peinlich ist es allemal, wenn solche Lügen auffliegen. Wenn dann auch noch herauskommt, daß Hitlers "Mein Kampf" über eine Bertelsmann-US-Tochterfirma weltweit vertrieben wird, dann ist das nicht nur peinlich, sondern auch noch schlecht für's Geschäft. Selbstverständlich werden solche Geschäft nach dem Bekanntwerden schnellstens eingestellt, zumal ohnehin nicht sonderlich viel daran zu verdienen ist. Andere Geschäfte mit rechten Machwerken werden aber weiter verfolgt. So distribuiert Bertelsmann über die zum Konzern gehörende "Vereinigte Verlagsauslieferung" die rechtsextremen Bücher, die in den diversen Verlagen des „Witikobund-Kameraden“ **Herbert Fleissner** erscheinen. Bei der Zusammenarbeit mit Fleissner geht es um Millionen, beim Verkauf des Hitler-Machwerkes allenfalls um einige hunderttausend DM; und so billig verkauft der drittgrößte Medienkonzern eine „demokratische“ Gesinnung eben nicht.

In der Vergangenheit ist man bei Bertelsmann auch schon andere strategische Bündnisse eingegangen, deren Umfang groß genug waren, um unbeschwert von der politischen Couleur des Bündnispartners mit ihm Geschäfte zu betreiben. So spendete man Anfang der 90er Jahre Millionen an den "Verein für das Deutschtum im Ausland" (heute: "Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland"). Immerhin stand dieser Verein auf Platz fünf einer Liste von Organisationen, die die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg verboten hatten. Gleichwohl gründete sich der Verein in den fünfziger Jahren neu. Und er nahm nach 1989 sein altes Geschäft, nämlich die Unterminierung der Staaten Osteuropas für den deutschen Imperialismus, wieder auf. Seit 1989 hält sich im übrigen auch hartnäckig das Gerücht, daß das Kapital der Bertelsmänner hinter den Großaufkäufen der osteuropäischen Presselandschaft durch den eigentlich mittelständischen Zeitungsbetrieb "Passauer Neuste Presse" (PNP) steht. Die PNP (oder eben Bertelsmann) beherrscht inzwischen weite Teile der tschechischen und bis zu Zweidrittel der polnischen Presse. Kein Wunder, wenn man sich bei diesem Investitionsvolumen um Einfluß auf die politischen Rahmenbedingungen in den Investitionsgebieten kümmert. Genau dies ist die Aufgabe des "Centrums für angewandte Politikforschung", einer Forschungseinrichtung, die sich der Bertelsmann-Konzern an der Universität München hält. Hier werden, von den Bertelsmännern finanziert, die Expertisen für das Außenministerium **Joschka Fischers** erstellt. Osteuropa und der Balkan sind die Schwerpunkte der Forschung des CAP. Osteuropa und der Balkan: ein schöner Markt für die Bertelsmänner und ihrem ach so sauberen Image.

Hans Sarkowicz

Rechte Geschäfte

Der unaufhaltsame Aufstieg des deutschen Verlegers Herbert Fleissner

erschienen 1994 im Eichborn Verlag
Preis 10,- DM

"An der deutsch-türkischen Grenze wird wieder geschossen..."

Beim "Tag der Heimat" offenbarte der "Bund der Vertriebenen" (BdV) erneut seine Verstrickung in die neofaschistische Szene der BRD

Alljährlich im Herbst veranstaltet der BdV in vielen Dutzend Städten der BRD seine "Tage der Heimat", sowie ebenfalls alljährlich einen zentralen "Tag der Heimat", an dem sich die bundespolitische Prominenz aller Parteien, ausgenommen der PDS, ein Stelldichein gibt. Und immer wieder dient dieser Anlaß dem BdV dazu, öffentlich Gebiets- und Entschädigungsansprüche gegen die Tschechische Republik, Polen und Rußland zu erheben, in diesem Jahr mit einer besonders perfiden Argumentationsweise. In Übereinstimmung mit der rot/grünen Außenpolitik hat sich der BdV die „Menschenrechte“ auf seine Fahne geschrieben. Was den vertriebenen Kosovo-Albanern recht ist, kann den „vertriebenen" Deutschen nur billig sein. Auf diese einfache Formel läßt sich die derzeitige Agitationslinie der Revanchisten und völkischen Imperialisten bringen. Entsprechend dieser Vorgaben der BdV-Führung organisierten seine regionalen Gliederungen Veranstaltungen, bei denen einmal mehr deutlich wurde, daß sich unter dem Deckmantel der Menschenrechte eine aggressive, imperialistische deutsche Außenpolitik Bahn bricht. Deutlich wurde dies z.B. in Bielefeld, wo der diesjährige Hauptredner Dr. jur. Hannes Kaschkat als "Vertreter aus Ostpreußen", "Vize-Präsident der Würzburger Universität" und "Bundeswehr-Oberstleutnant d. R." den gut 300 VeranstaltungsteilnehmerInnen angekündigt worden war. Das alles ist Hannes Kaschkat sicherlich auch, doch als Hauptredner für den "Tag der Heimat" zeichnete ihn aus, daß ihm durch seine Mitgliedschaft in der völkischen Kameradschaft "Witikobund" jener strenge Stallgeruch anhängt, der keinen Zweifel daran läßt, wessen Geistes Kind er ist. Und Kaschkat, Autor in rechten Zeitschriften wie "Criticon" und Interviewpartner der "Jungen Freiheit", enttäuschte sein Publikum nicht, als er ihm wissen ließ, daß "die Sieger der letzten beiden Weltkriege in tiefe Barbarei" zurückgefallen seien. Hatte die ex-SPD-Oberbürgermeisterin Bielefelds in ihrer Begrüßungsrede noch gewagt, die Schuld am 2. Weltkrieg bei Deutschland zu suchen, wofür sie von den anwesenden Mitgliedern der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) Murren und Hohnlachen erntete, entwarf Kaschkat ein gänzlich anderes Geschichtsbild. Er behauptete, der 1. und 2. Weltkrieg und auch die Zwischenkriegszeit seien der "zweite 30jährige Krieg dieses Jahrtausends gewesen, der gegen Deutschland geführt worden" sei. Dies war so recht nach dem Geschmack der Neonazis aus der JLO, die in Bielefeld personelle Schnittmengen mit der verbotenen "Nationalistischen Front", der Bielefelder Burschenschaft "Normannia Nibelungen" und der "Initiative Hochschulrecht" aufweist. Trotzdem dürfte es die pränatal "vertriebenen" aus der JLO überrascht haben, als Kaschkat davon sprach, daß "an der deutsch-türkischen Grenze wieder geschossen" werde. Von welchem Deutschland, in welchen Grenzen träumt dieser Mann, der in Bayern stellvertretender Vorsitzender der "Union der Vertriebenen in der CSU" ist? Ohne Zweifel wollte Kaschkat damit auf den Krieg im Kosovo eingehen, denn dort verortet er die deutsch-türkische Grenze. Ob Kaschkat wegen solcher Thesen seine Dankesurkunde des "Deutschen Bundeswehrverbandes" für die aktive Vertretung soldatischer Interessen verliehen bekam? Wie seine honorigen Vorredner aus Bielefeld, die im Kosovo-Krieg ein "Fanal für die zukünftige Gerechtigkeit, die auch den deutschen Vertriebenen" zuteil werden solle, sahen, schwenkte auch Kaschkat auf diese zentrale Agitationslinie des BdV ein. Und wer's nicht gleich verstand, was es mit dieser Gleichsetzung auf sich hat, dem dürfte spätestens nach der Feststellung, daß die Anerkennung der Oder-/Neiße-Grenze Nationalverrat sei, dämmern, um was es den "Vertriebenen" geht. Und so forderte Kaschkat dann in Anwesenheit von SPD'lern unwidersprochen ein Heimat- und Rückkehrrecht sowie Wiedergutmachung und Entschädigung für die sogenannten "Vertriebenen". Die Anleitung, wie diese Rechte durchzusetzen seien, durfte sich das Publikum bereits bei Kaschkats Vorrednern abholen: Wenn Polen und die Tschechische Republik in die EU aufgenommen werden wollen, hätten sie zuvor den Deutschen diese Rechte einzuräumen. So einfach erpreßt man von anderen Staaten die Erfüllung deutscher Interessen.

Was ist eigentlich damit gemeint, wenn Revanchisten und völkische Imperialisten wie Kaschkat Entschädigungen und ein Heimatrecht einfordern? Die JLO bezifferte die Entschädigungsansprüche der sogenannten "Vertriebenen" auf einem Flugblatt, das sie am "Tag der Heimat" verteilte, auf 1.500.000.000.000 DM, was nichts anderes bedeutet, als daß alle Polen und Tschechen bis in alle Ewigkeit Fronarbeit für die Ansprüche der sogenannten "Vertriebenen" zu leisten hätten. Und wenn ein Mann wie Kaschkat von einem „Heimatrecht“ spricht, dann sollte man wissen, was der "Witikobund" hierunter versteht: "Heimat ist dort, wo der Nachbar deutsch ist, wo die Gemeindeverwaltung deutsch spricht (...) und wo die Kultivierung der Umwelt deutschen Vorstellungen entspricht". Erst wenn diese Bedingungen in Polen und Tschechien erfüllt sind, ist für den Witikobundvorsitzenden, Horst-Rudolf Übelacker, seines Zeichens Direktor bei der "Deutschen Bundesbank", das Recht auf Heimat durchgesetzt. Damit ist klar: Was so harmlos als "Heimat- und Rückkehrrecht" daherkommt, was für sich reklamiert, ein Teil der allgemeinen Menschenrechte zu sein, ist eine im Dienst eines deutschen Imperialismus stehende Legitimationsbasis für eine aggressive Außenpolitik. Sie geht einher mit einer Volksgruppenpolitik, durch die, wie schon im Nationalsozialismus, deutsche außenpolitische Interessen durchgesetzt und propagiert werden. "Dem Sieg der Nationalisten im Kosovo sollte bald ein Sieg in den deutschen Staaten folgen" (man beachte den Plural!, Anm. d. A.), schrieben Horst Mahler und Reinhold Oberlercher jüngst in einer "Bielefelder Erklärung". Was der Volksgruppe der Kosovo-Albanern recht ist, sollte jener der Schlesier, Ostpreußen oder Sudetendeutschen nur billig sein. Dies ist die Botschaft, die derzeit im rechten Lager verkündet wird.

Nazidemo

am 2.10. in Köln mit Großeinsatz der Polizei durchgesetzt

Organisiert wurde die Demonstration vom Landesverband der NPD und von deren Kölner Lokalstrukturen, die eng mit den „freien Kameradschaften“ verzahnt sind. Der Demoanmelder und –leiter Paul Breuer z.B. führt zusammen mit seinem Bruder Thomas und dem erst 16-jährigen Jung-Nazi Axel Reitz die „Kameradschaft Köln“. Diese „Kameradschaft“ hatte sich Anfang des Jahres dem „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ angeschlossen, einer neonazistischen Splittergruppe um den ehemaligen Vertrauten des 1991 verstorbenen Naziführers Michael Kühnen, Thomas Brehl (Fulda), dem Ex-SEDler Michael Koth (Berlin) und dem Duisburger Michael Thiel.

An der Demonstration in Köln nahmen ca. 600 Neonazis teil, unter ihnen die „Kameradschaft Horst Wessel“ aus dem Saarland, Neonazis aus Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Hessen, eine ca. 15-20-köpfige niederländische Delegation unter der Führung von Constant Kusters sowie ca. 100 „freie Nationalisten“ aus Norddeutschland unter der Leitung von Christian Worch und die obligatorische „Kameradschaft Northeim“ um Thorsten Heise. Heise zeigte sich einmal mehr in Höchstform, indem er eine Person am Demorand als

Thorsten Heise

„Autonomen“ identifizierte, ihn lautstark beschimpfte und mit Unterstützung von Christian Worch aufforderte, seinen Ausweis zu zeigen. Dieser Aufforderung kam der vermeintliche „Autonome“ auch nach, indem er seinen Dienstausweis zückte und seinerseits, aber wesentlich erfolgreicher, die Personalien von Heise verlangte. Man darf gespannt sein, ob sich zu Heises Verfahren demnächst ein weiteres wegen Nötigung und Beleidigung hinzufügen wird. Aus NRW waren nahezu alle bekannten NPD`ler, JN`ler und „freien Kameraden“ vor Ort. Es fehlte eigentlich nur der frischgebackene Chef des neugegründeten „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“, Achim Ezer aus Eschweiler und seine Mannen. Aus NRW war insbesondere der Ruhrpott durch eine Vielzahl von Nazihools, insbesondere aus Essen und Duisburg („u.a. „Kneipenterroristen Duisburg“) vertreten. Im Gegensatz zu bisherigen Naziaufmärschen reisten auffällig viele Nazis mit dem Zug an, darunter viele aus dem Ruhrgebiet. Ca. 300 Nazis wurden nach Demonstrationsschluß im Polizeispalier in den Kölner Hauptbahnhof geleitet und zum Schrecken unbeteiligter Bahnreisender in den NRW-Express Richtung Ruhrgebiet und Ostwestfalen gesetzt.

Während sich zu Demonstrationsbeginn der „Nationale Widerstand“ am Rheinufer aufzustellen begann, startete die Demo der AntifaschistInnen im Süden der Stadt. Die Polizei war darauf bedacht, die Antifas auch nicht ansatzweise in die Nähe der Nazis gelangen zu lassen. Und so wurde der Demonstrationszug schon nach einer guten halben Stunde von den VeranstalterInnen in der Innenstadt wieder aufgelöst. Fast alle der rund 2.000 Teilnehmenden machten sich daraufhin auf ins Kunibertsviertel, mit dem Ziel, sich dem Aufmarsch der Nazis entgegenzustellen. Mehrere frühe Einkesselungsversuche der Polizei mißlangen. Nachdem es die Polizei am 22. Mai hatte hinnehmen müssen, daß es den Demonstrierenden gelungen war, die Polizeireihen zu umgehen und in Kleingruppen "durchzusickern", wollte sie dieses mal ein solches Szenario auf keinen Fall zulassen. Das Viertel, in dem die Nazis aufmarschieren sollten, war schon am frühen Morgen hermetisch abgeriegelt worden. Auch Gruppen, die zum Auftaktkundgebungsort der Nazis gelangen wollten, hatten gegen eine Übermacht von 3.500 eingesetzten BeamtInnen keine Chance. Alle Eventualitäten waren eingeplant worden. Boote der Wasserschutzpolizei schirmten sogar den Rhein gegen die potentielle Gefahr der Antifa zu Wasser ab. Und so mußte selbst das erst kurz zuvor restaurierte

Antifa heißt den Zug wechseln !

„Torpedoboot Potemkin“ der Kölner Antifa unverrichteter Dinge wieder abdrehen.

An mehreren Stellen wurde versucht, trotz Absperrungen in die Nähe der Nazidemo zu gelangen, was jedoch durch Knüppeleinsätze rigoros unterbunden wurde. Unter Zuhilfenahme von Räumpanzern wurde dafür gesorgt, daß niemand mehr in das abgeschottete Viertel gelangen konnte. Selbst AnwohnerInnen wurden nicht hineingelassen. Menschen, die in ihre Wohnungen wollten, wurden angeherrscht, sie sollten später wiederkommen und LadeninhaberInnen angehalten, ihre Geschäfte zu schließen. Dies sorgte im Stadtteil natürlich für erheblichen Ärger. Der Polizeieinsatz wird vermutlich auch im Rat der Stadt

Köln noch ein Nachspiel haben. Auch im Bundestag möchte die PDS eine Anfrage zu diesem Thema stellen.
Letztendlich hat der 2.10. in Köln wieder einmal gezeigt, daß bei einem derartig großen und die Nazis mit allen Mitteln beschützenden Polizeiaufgebot wenig zu machen ist. Was daraus für folgende Aufmärsche folgt, sollte in nächster Zeit weiterhin verstärkt diskutiert werden. Der nächste Aufmarsch kommt bestimmt!

Anmerkung der Red.: Uns und wahrscheinlich auch viele LeserInnen würden die Positionen von Antifa-Gruppen und Einzelpersonen zu diesem Thema interessieren. Falls interessante Beiträge den Weg zu uns finden sollten, werden wir diese in der nächsten Ausgabe abdrucken. Kürzungen behalten wir uns vor.

Raus auf`s Land = Heim in`s Reich?

Am 18. September fand in Hamminkeln bei Wesel unter dem Motto „Lieber raus auf`s Land als heim ins Reich“ eine antifaschistische Demonstration statt. Aufgerufen hatten diverse Antifagruppen aus NRW, Flüchtlings- und Kurdistansolidaritätsgruppen sowie die PDS-Kreisverbände Wesel und Bocholt. Anlaß waren die seit Jahren anhaltenden und zunehmenden Aktivitäten der lokalen Neonaziszene, die sich auch in einer Reihe von körperlichen Angriffen auf ihr mißliebige Personen ausdrückten. Schwerpunkt der neonazistischen Umtriebe ist der Hamminkelner Stadtteil Mehrhoog. Eine von der „Jungen Linken Wesel“ erstellte „unvollständige Chronologie“ zeigt auf, daß lokale Aktionen mit neonazistischen Hintergrund nicht mehr die Ausnahme, sondern währenddessen die Regel geworden sind. Der politische und rechte Hintergrund indes wird einmal mehr von der lokalen Polizeiführung und von den politischen Amtsträgern abgestritten. Erneut wird die Mär von rivalisierenden Jugendgruppen, in diesem Falle Punks und Skins, bemüht, die sich ohne politischen Hintergrund und sich gegenseitig aufstachelnd in die Haare (sofern vorhanden) bekommen hätten und unter Alkoholeinfluß gewalttätig gegeneinander vorgehen würden. Hätten die rechten Glatzen in der Vergangenheit nicht wiederholt lokale Schützenfeste als Ausgangspunkt für ihre Angriffe gewählt und dort den bierseligen „Frieden“ gestört oder gar „unbeteiligte“ FestbesucherInnen angegriffen, so gäbe es nicht einmal Anlaß, sich der Sache öffentlich wahrnehmbar anzunehmen. So aber läßt sich den „besorgten Bürgern“ gegenüber nicht leugnen, daß es ein „Problem“ gibt: „Jugendliche Gewalt“, die zu eskalieren drohe und auch nicht vor „friedlichen Bürgern“ halt mache. Ungünstige Bedingungen für ein Städtchen, das um seinen „guten Ruf“ besorgt ist.
Um festzustellen, daß sich neben der alltäglichen rechten Gewalt und dem braunen Straßenterror nach und nach auch neonazistische Strukturen herausgebildet haben und in Ausweitung begriffen sind, braucht es indes nicht einmal einer aufwendigen Recherche. Großflächig angebrachte NPD-Kleber und sonstige neonazistische Propaganda sind schwerlich zu übersehen und stehen in direktem Zusammenhang mit zunehmenden Aktivitäten des NPD-Ortsverbandes Dorsten und des reaktivierten NPD-Kreisverbandes Wesel. In der diesjährigen Mai-Ausgabe der „Deutschen Stimme“, Organ des Bundesverbandes der NPD, wirbt die NPD Wesel für einen „NPD-Stammtisch im Kreis Wesel“, der jeden ersten Sonntag im Monat, „zum Teil mit interessanten Referenten“ stattfinden würde. Die neonazistische Skinheadszene im Raum Hamminkeln tritt unter der Bezeichnung „Skinheads 88 Niederrhein“ auf und gruppiert sich um Steffen Tscheuschner und die Brüder Marco und Peter Wallet. Tscheuschner muß allerdings zur Zeit pausieren, da er u.a. wegen Körperverletzung eine 18-monatige Haftstrafe absitzen muß. Peter Wallet gibt seit 1998 das rechte Skinzine „Das Wort vom Niederrhein“ heraus, von dem bislang drei Ausgaben erschienen sind. Als Kontaktadresse dient ein Postfach in Rees. Kontakte bestehen u.a. zu Neonazi-Strukturen in Dinslaken, Moers und Duisburg, z.B. zur „Kameradschaft Duisburg“. Diese Kontakte entwickelten sich in den letzten Jahren offensichtlich nicht unwesentlich im Stadion des MSV Duisburg, das als Hauptagitationsfeld der „Kameradschaft Duisburg“ um den ehemaligen FAP`ler Michael Thiel genutzt wird. In letzter Zeit sind Neonazis aus den Raum Wesel/Hamminkeln auch auf NPD-Aufmärschen zu finden, wie z.B. am 12.9.1998 in Münster und am 22.5.1999 in Köln.
Gründe genug, dieser Entwicklung nicht tatenlos zuzuschauen und dagegen auf die Straße zu gehen. In einer Pressemitteilung der VeranstalterInnen der antifaschistischen Demonstration wurde als vorrangiges Ziel genannt, insbesondere Jugendliche zu ermutigen, „sich selbst aktiv gegen Rassismus und Neo-

faschismus einzusetzen.“ An der Demonstration nahmen letztendlich laut Angaben der VeranstalterInnen ca. 200 Personen teil, eine Zahl, die höher hätte ausfallen können, wenn nicht wie so oft im Vorfeld von Polizei und Presse der Eindruck erweckt worden wäre, daß zumindest nicht auszuschließen sei, daß „gewaltbereite Autonome“ das schöne Hamminkeln in Schutt und Asche legen wollten. Ein großes Polizeiaufgebot würde derartigem Treiben aber „mit aller Härte“ einen Riegel vorschieben. Über das „Nationale Infotelefon Hamburg“ (NIT Hamburg) riefen „freie Nationalisten und Menschen aus dem nationalen Widerstand“ dazu auf, am Tage der Demonstration „gewalttätige Übergriffe auf nationale Einrichtungen und Wohnungen zu verhindern.“ Welche „nationale Einrichtungen“ in Hamminkeln hier gemeint waren, wird wohl das Geheimnis der Neonazis bleiben. Eine Neonazi-„Initiative aus den Städten Duisburg, Moers, Wesel und Dinslaken“ suchte via NIT “weitere Aktivisten“, um den „Kameraden“ in Hamminkeln zu Hilfe zu eilen. Vor Ort war freilich wenig von den „deutschen Recken“ zu sehen. Nur etwa 10 bis 12 von ihnen ließen sich zu Demobeginn am Rande blicken, konnten aber laut Pressemitteilung der DemoveranstalterInnen erfolgreich des Platzes verwiesen werden.

Aufgrund der Stimmungsmache im Vorfeld und von Neonazis ausgesprochenen Drohungen muß davon ausgegangen werden, daß es eine nicht näher bestimmbare Anzahl von Leuten vorgezogen hat oder dazu gedrängt wurde, von einer Teilnahme an der antifaschistischen Demo abzusehen. Viele Jugendliche ließen sich aber trotz ihnen von Neonazis im Falle einer Teilnahme angedrohten körperlichen Gewalt nicht davon abhalten, an der Demonstration teilzunehmen. Man darf gespannt sein, ob die neugegründete „Jugendantifa Mehrhoog“ demnächst Verstärkung bekommen wird und sich nach und nach in die Lage versetzt, das Problem vor Ort in die eigenen Hände zu nehmen. Von antifaschistischen Gruppen wurde bereits angekündigt, daß die Demonstration nur „der Beginn einer Reihe antifaschistischer Aktionen“ gewesen sei. Folgen sollen demnächst Konzerte und Informationsveranstaltungen. Auch hierbei scheint man auf die eigenen Kräfte setzen zu müssen. So ist es trotz umfangreicher Bemühungen bislang nicht gelungen, öffentliche städtische oder kirchliche Räume zur Durchführung einer Informationsveranstaltung zur Verfügung gestellt zu bekommen. Frei nach dem Motto: Wo es keine Nazis gibt, braucht schließlich auch nicht über sie informiert zu werden. Oder, wie eine Ablehnung begründet wurde: „Wenn wir Euch das machen lassen, dann müssen wir den Rechten ja auch Räume zur Verfügung stellen!“ Dümmer geht`s nimmer. Dann eben nicht! Der Unterstützung antifaschistischer Gruppen aus NRW können sich die „Junge Linke Wesel“ und die „Jugendantifa Mehrhoog“ auf jeden Fall weiterhin gewiß sein. Und gemeinsam wird sich schon ein Weg finden.

Mordversuch an Antifaschisten ohne Folgen?

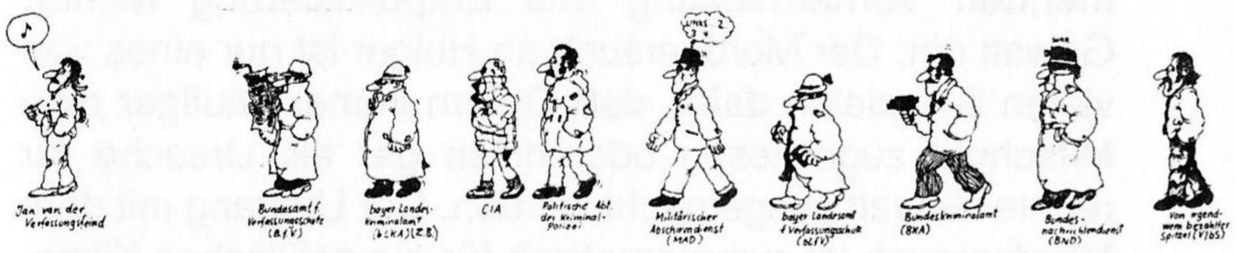
Für den 19.9.1998 mobilisierten NPD und JN als Höhepunkt ihres Bundestagswahlkampfes zu einer Großdemonstration nach Rostock. Während die ca. 4.000-köpfige Demonstration noch in Aufstellung begriffen war, griffen Neonazis ein nur schwach besetztes Informationszelt von Rostocker AntifaschistInnen an. Der Antifaschist Holger S. aus dem Wendland, der gemeinsam mit weiteren Leuten zu Hilfe eilte, wurde auf dem Weg von der antifaschistischen Demo zum Infozelt von einem Nazi absichtlich mit einem Auto angefahren und lebensgefährlich verletzt. Der Täter Marc Westhove aus Lengerich (Westfalen) floh, stellte sich später aber der Polizei. Nach einem wochenlangen Koma kämpft Holger bis heute mit seinen Verletzungen und wird sich auf unabsehbare Zeit Rehabilitationsmaßnahmen unterziehen müssen. Nachdem der Mordkommission in Rostock das Verfahren entzogen worden war, obwohl noch nicht einmal Gutachten und ZeugInnenaussagen vorlagen, ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft von da an nur noch wegen der Verursachung eines Verkehrsunfalls und Körperverletzung. Die politischen Hintergründe wurden zudem komplett ausgeblendet. Nun droht sogar eine Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 2.000 DM. Das Jugendschöffengericht Ibbenbüren lehnte eine Übernahme des Verfahrens vom zur Zeit zuständigen Jugendrichter am Amtsgericht Tecklenburg ab und empfahl eine Einstellung gegen Auflagen. Angeblich träfe Holger eine Mitschuld an dem „Unfall“. Der Fahrer sei in Panik geraten, habe sich bedroht gefühlt und sei auch wegen seiner geringen Fahrpraxis nicht in der Lage gewesen auszuweichen. Die Realität sieht anders aus: Bevor Marc Westhove beschleunigend auf sein Opfer zuraste und ihn mit 80 km/h frontal und ungebremst anfuhr, hatte er – wie er es in speziellen Fahrerlehrgängen gelernt hatte – sein Auto nahezu im Stand gewendet und dann mit quietschenden Reifen Gas gegeben. Wie mehrere ZeugInnen bestätigten, hatte Holger keine Chance gehabt, sich in Sicherheit zu bringen.

Der Vorfall fügt sich nahtlos in die Tendenz einer zunehmenden Verharmlosung und Entpolitisierung rechter Gewalt ein. Der Mordversuch an Holger ist nur eines von vielen Beispielen dafür, daß Opfern immer häufiger eine Mitschuld zugewiesen oder diese gar als Ursache für rechte Gewalt ausgemacht werden. Der Umgang mit dem Mordversuch ist symptomatisch für ein politisches Klima, das u.a. durch Entsolidarisierung, Rassismus, Ausgrenzung unerwünschter bzw. nicht verwertbarer Personengruppen und nationalem Größenwahn gekennzeichnet ist.

Um auf diese Zusammenhänge hinzuweisen rufen WiWa Wendland, das Ya Basta!-Netz und das Münsteraner Bündnis gegen Rechts als ErstunterzeichnerInnen für den **20.11.99** zu einer **Demonstration** nach **Münster / Westfalen** auf. Motto: „Gegen den rassistischen Normalzustand! Für eine offene Gesellschaft, die ohne Sexismus, Rassismus, Faschismus und nationalem Wahn auskommt! Grenzen auf für alle!“ Start der Demo ist **13^{00} Uhr** auf dem **Hindenburgplatz**. Der Demoaufruf und weitere Infos sind im Internet unter **www.nadir.org/aktuell** zu finden.

Anwerbeversuch des Verfassungsschutzes in NRW gescheitert!

Im Juni diesen Jahres versuchte ein Mitarbeiter des Verfassungsschutz (VS) einen Antifaschisten aus NRW anzuwerben. Er meldete sich im Vorfeld der Europawahlen bei ihm und gab an, für ein Meinungsforschungsinstitut eine Umfrage zum Thema „Wahlen und Parteien“ zu machen. Da er weder angeben wollte, woher er Name und Telefonnummer der Person kannte und zudem direkt vorschlug, ein Treffen zu arrangieren, hatte der Betroffene relativ schnell den Verdacht eines sogenannten „Anquatschversuches“. Erst recht, nachdem der Anrufer weder Namen, noch Telefonnummer für einen Rückruf angeben wollte.
Am 21.6. erhielt der Betroffene erneut einen Anruf. Diesmal von einem „Kollegen“ des ersten Anrufers. Dieser gab an, es handele sich immer noch um die Umfrage. Diesmal mit dem Thema „Jugendprotest - auch politisch motivierter“ und fragte, ob denn nun Interesse bestehe. Der Betroffene fragte abermals nach dem Namen des Gegenüber, sowie dessen Arbeitgeber. Erst nach mehrmaligem Nachhaken gab der Anrufer an, er heiße „Kloppstock“ und bei seinem Arbeitgeber handele es sich um „eine Arbeitsgruppe des Innenministeriums“. Die Reaktion des Antifa war, das Gespräch für beendet zu erklären.
Fünf Minuten später meldete sich der gleiche Anrufer noch einmal. Doch das Gespräch wurde sofort von Seiten des Antifaschisten mit dem Kommentar „Kein Interesse.“ beendet. Direkt nach diesen Telefonaten wurde ein mit Plastikvorhängen abgedunkelter VW-Bus mit Dortmunder Kennzeichen neben dem Haus des Antifaschisten gesichtet, welcher sich erst nach Stunden entfernte.
Als Reaktion auf diesen nun offensichtlichen „ Anquatschversuch“ fertigte der Antifa ein Gedächtnisprotokoll an und ging davon aus, die ganze Sache sei damit beendet.
Am 12.8.99 standen dann jedoch zwei Herren mittleren Alters vor der Wohngemeinschaft des Betroffenen. Diesmal nahmen sie kein Blatt vor den Mund, sondern fragten direkt, ob denn jetzt Interesse bestehe, mit ihnen über „politischen Extremismus und was der Staat dagegen unternehmen kann“ zu reden. Dieser bisher letzte Versuch wurde von dem Antifa ebenfalls abgewiesen.



Wozu das Ganze?!

Immer wieder kommt es zu ähnlichen Aktionen des Verfassungsschutzes. Sowohl die Vorgehensweise, als auch das beabsichtigte Ziel können dabei sehr wohl variieren.
Einerseits kann es wirklich im Interesse des VS liegen, Informationen über politische Zusammenhänge zu sammeln, andererseits liegt gerade bei derart dilletantischen Versuchen, wie dem beschriebenen, der Verdacht nahe, daß der/die Betroffene einfach verunsichert werden soll. Verunsichert in zweierlei Hinsicht. Erstens besteht die Absicht, das sich der Angesprochene fragt, warum gerade er ins Visier des VS geraten ist.
Zweitens gehen die VS`ler - und das leider teilweise zu Recht - davon aus, daß mensch sich Gedanken macht, wer aus seinem politischen Umfeld vielleicht auch angesprochen worden sein „könnte“, und nun für den VS arbeitet.
Anderseits sollte mensch nicht vernachlässigen, daß derartige Aktionen meistens dazu dienen, Informationen zu erhalten. Und auch dies kann auf verschiedenen Ebenen geschehen.

Zum Verhalten bei Anquatschversuchen durch den VS, den Staatsschutz, etc.:

Generell gilt: Anwerbeversuche seitens der poltischen Polizei und Geheimdienste sind öffentlich zu machen. Nur die Veröffentlichung schützt eine/n vor weiteren Drangsalierung, warnt andere vor den Bemühungen der Polizei, schafft Solidarität gegen Ausspionierung und belegt die Aktivitäten der Polizei gegen die eigenen Strukturen. Darüber hinaus sind gerade Öffentlichkeit und Transparenz das, was diese „Dienste“ scheuen. Und zwar wie der Teufel das Weihwaser. Gedeiht doch ihre „Arbeit“ nur im Verborgenen und Verschwiegenen.

Generell gilt, daß jede/r von der politischen Polizei für Spitzeldienste angeworben werden kann. Jeder Mensch ist natürlich erst einmal überrascht. Die Reaktion sollte wohlüberlegt sein. Es mag z.B. naheliegen, den Grund der VS-Aktion erfahren zu wollen. Doch ist es ein grundsätzlicher Fehler sich überhaupt auf ein Gespräch mit dem VS einzulassen. Da sie genau wissen, was sie von dir wollen, wer du bist, was du machst und dazu noch den Überraschungseffekt auf ihrer Seite haben, bist du in der schlechteren Position. Wer meint, der Situation gewachsen zu sein, eventuell sogar denkt, selber Aufschlußreiches aus den VS-lern herauszubekommen zu können, der vergißt, daß diese Leute für derartige Gespräche ausgebildet sind. Vermeintlich unverfängliche, private Äußerungen, kleinste unbewußte Reaktionen der Mimik und Gestik oder auch nur Schweigen an gewissen Stellen können für diese Leute Hinweise oder Bestätigung für Vermutungen sein.
Daher: Keinerlei Gespräche mit dem VS, weder über politische, noch über sonstige Themen.
Macht Anwerbeversuche öffentlich!

Neben dem Umgang der Betroffenen spielt auch der Umgang des politischen Umfelds eine relativ große Rolle. Oft ist die Reaktion die, daß sich die Bekannten noch mehr als der oder die Betroffene selbst Fragen stellen. Z.B. „Warum haben die Sie/Ihn angequatscht- ist er vertrauenswürdig?“ oder „Warum haben die Ihn angesprochen, was macht er/sie bloß Geheimnisvolles ?“ Auch solche Verwirrung und Mißtrauen in politische Gruppen zu bringen ist Absicht des VS. Daher sollten sich alle politischen Zusammenhänge mit der Möglichkeit, Ziel von Anwerbeversuchen zu werden, auseinandersetzen.

Anna und Arthur halten das Maul.

STÄDTEBERICHTE

BOCHUM

„Abberufen zur großen Armee“

Schon vor über einem halben Jahr, am 24. April ist im Bochumer Augusta-Krankenhaus die ehemalige stellvertretende KZ-Oberaufseherin von Majdanek, **Hermine Ryan-Braunsteiner**, im Alter von 80 Jahren verstorben. Hermine Braunsteiner wurde 1939 im Alter von 20 Jahren für drei Jahre KZ- Aufseherin in dem Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Anschließend wechselte sie in das 1941 errichtete KZ Majdanek bei Lublin. Das Lager, daß immer mit ca. 25.000 Gefangenen belegt war, verfügte über ein spezielles Frauenlager. 18 Frauen der SS waren hier unter der Oberaufseherin Elsa Ehrich als Aufseherinnen eingesetzt. Hermine Ryan mordete sich in diesem Frauenlager wortwörtlich die Karriereleiter hoch. Sie avancierte zur stellvertretenden Oberaufseherin. Besonders hervor tat sich Hermine Braunsteiner bei der Vergasungs-Selektion jüdischer Kinder. Sie warf sie persönlich auf die Lastwagen und schoß bei einer Selektion einem fliehenden kleinen Jungen in den Rücken. Aufgrund Ihrer Grausamkeiten gaben die KZ-Insassen ihr den Namen „Kobyla“, „die Stute“. Die Nationalsozialisten danken ihr für ihre „Verdienste“ durch Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes 2. Klasse. Zur Bewachung der KZ-Insassen Majdaneks wurden über 1.500 Angehörige der SS eingesetzt. In den Nachkriegsjahren wurde in Polen mehr als 100 dieser TäterInnen der Prozeß gemacht; in Deutschland jedoch im sechs Jahre dauernden Düsseldorfer Majdanek-Prozeß gerade einmal 15, also einem Prozent der TäterInnen. Neun Angeklagte wurden im Jahre 1981 verurteilt, vier der Angeklagten freigesprochen. Eine Angeklagte verstarb und einem Angeklagten wurde Haftunfähigkeit bescheinigt. Als einzige der Angeklagten wurde Hermine Braunsteiner, mittlerweile Hermine Ryan, zu lebenslänglicher Haft verurteilt. 1996 wurde sie aus dem Mülheimer Frauenknast entlassen und zog nach Bochum-Linden zu ihrem Mann, Russel Ryan. Dieser war ebenso wie sie selbst all die Jahre durch die SS-Nachfolgeorganisation **„Stille Hilfe“** unterstützt worden. Als Hermine Ryan am 27. April auf dem Bochumer Hauptfriedhof eingeäschert wurde, durften VertreterInnen dieser Organisation dann auch nicht fehlen. Gemeinsam mit Nachbarn und alten KameradInnen gaben sie der zur „großen Armee abberufenden“ „Kobyla“ das letzte Geleit.

Eine ehrenwerte Gesellschaft gibt das letzte Geleit.

Lübeck läßt güßen

Am 18.März diesen Jahre kam es um 02:40 h im Souterrain und im 2. Obergeschoß eines Hauses an der Straße „Staudengarten“ vor drei Wohnungen, die ausschließlich von Mitgliedern einer türkischen Familie bewohnt werden, zu drei voneinander unabhängigen Bränden. Unbekannte Täter hatten vermutlich unter Verwendung von Brandbeschleunigern die vor den Türen liegenden Fußmatten oder Schuhe in Brand gesetzt. Das Feuer wurde durch die Mieter jedoch frühzeitig bemerkt und konnte selbständig gelöscht werden. Es entstand nur geringer Gebäude- und Inventarschaden. Personen kamen auf Grund glücklicher Umstände nicht zu Schaden.
Und wie nicht anders zu erwarten heißt es auch hier, wie bei dem Brand in der Hernerstr./Bochum, in Hattingen und Lübeck im offiziellen Polizeibericht:“Ein politisch motivierter Tathintergrund ist nicht erkennbar.“

City Bochum - das Streben der Nazis nach Hegemonie

Wie aus der Castrop-Rauxeler WAZ im März diesen Jahres hervorging wurden im Sommer vergangenen Jahres in der Kneipe „Tux“ auf der Kortumstr. in der Bochumer Innenstadt vier Castroper Jugendliche über mehrere Stunden genötigt, auf dem Klo mißhandelt und beraubt. Die Täter stammen zum Teil aus der rechtsradikalen Scene Bochums. Sie wurden zu Haftstrafen, zum Teil auf Bewährung, verurteilt.
Das sich allein die Castroper WAZ um diesen Fall kümmerte und es auch nicht unerwähnt ließ, daß die Täter zum Teil Rechtsradikale waren, verwundert beim Zustand der Bochumer WAZ-Redaktion nicht. Diese hätte aber allen Grund sich des Themas rechtsradikale Gewalt in der Bochumer City anzunehmen. Seit rund einem Jahr entwickelt sich die Brüderstr. und vorwiegend das „Drugstore“ zu einem Treffpunkt von Nazis aller Coleur. So vergeht kein Wochenende, an dem es hier, im Herzen der Bochumer City, nicht zu Pöbeleien, Bedrohungen und Übergriffen kommt. Die Polizei weiß sehr wohl von den Vorfällen in der Brüderstr.. Sie sieht aber ihre Verpflichtung scheints eher in der Nichtbeachtung der Vorgänge. Zudem weigert sie sich den Angegriffenen zu helfen und drangsalieren diese, zumeist ausländische Jugendliche, noch.
Davon auszugehen, daß sich im Bochumer Amüsierviertel „Bermudadreieck“ das Gro der Kneipengängerinnen gegen die Präsenz von Nazis aussprechen würde und darauf zu hoffen, daß sich die Sache auf diese Art klären ließe, ist ein Trugschluß. Können die Nazis doch teilweise mit SS - T-Shirt dort unbehelligt flanieren.
Auch beimStraßenfest auf der Hernerstr. im Oktober diesen Jahres konnten sechs offen rechtsradikale Skins sich vom türkischen Personal der Kulturkneipe „Rauschen“ bedienen lassen.
Dies, sowie die immer öfters unbehelligt auftretenden Naziskins in der Bochumer City, zeigt wie langsam auch in Bochum der rechte Mob sich die öffentlichen Plätze nimmt und nehmen kann.
Soweit man/frau sie läßt.

Braune Zielübungen

Am 30.Oktober feierten im Stadtteil Dahlhausen rund 30 bis 40 Skins und Nazis eine Party an der Ruhr. Grund zum Eingreifen sah die Polizei erst, als einer der „Kameraden“ mit einer Pistole auf Passanten zielte.

Castrop Rauxel

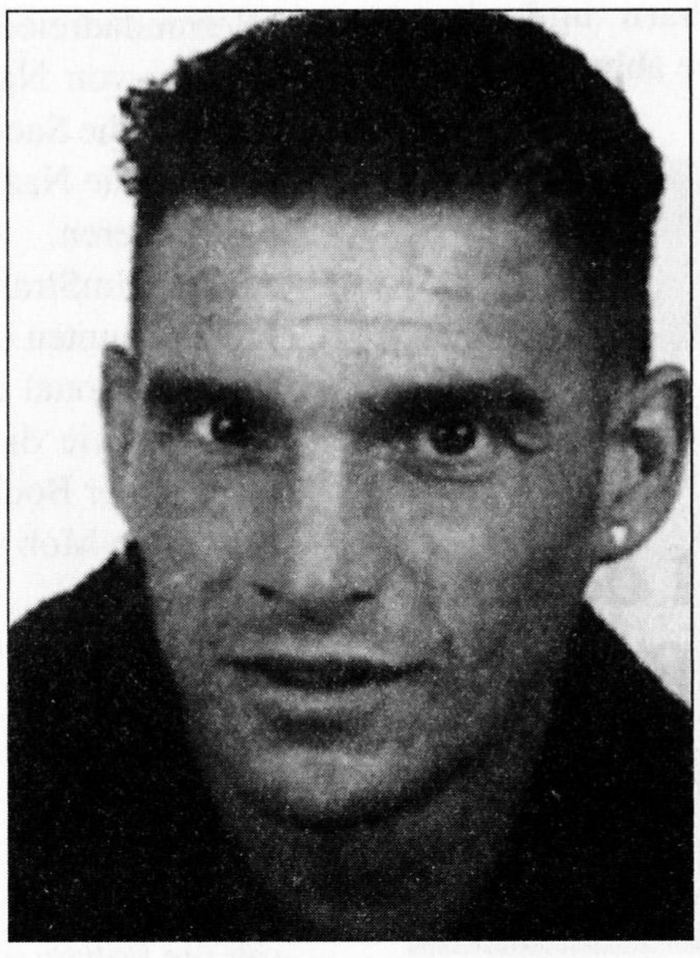
Auf deutschen Schienen

Während des Prozesses gegen die „Kameradschaft Recklinghausen“ (siehe Artikel in dieser Ausgabe) war der Castrop-Rauxler Hauptbahnhof, insbesondere an den Wochenenden ein beliebter Anlaufpunkt von Naziskins geworden. Als Treff diente ihnen nicht nur das Bahnhofsgebäude, sondern auch die gegenüberliegende Gaststätte "Neue Dampflock", die auch heute noch gerne genutzt wird. Unter den sich dort treffenden Faschoglatzen befand sich auch der in Castrop altbekannte ehemalige FAP`ler **Sascha Mollenhauer**. Am Morgen des 2.10. starteten vom Castrop-Rauxler Hauptbahnhof aus sieben Naziskins zum NPD-Aufmarsch nach Köln.

Düsseldorf

Braungebrannt in`s „4. Reich“

Der ehemalige Fraktionsgeschäftsführer der 1994 aufgelösten REP-Abspaltung „Freie Wählergemeinschaft“ und heutige Rechtsrock-Manager **Torsten Lemmer** trat im September diesen Jahres als Kandidat zur Wahl der Vollversammlung der „Industrie und Handelskammer“ (IHK) an. Lemmer ließ nichts ungetan, um seine potentiellen WählerInnen von seinen „Qualitäten“ zu überzeugen. Ausgestattet mit einer Liste aller nicht ins Handelsregister eingetragenen Unternehmen im IHK-Wahlbezirk Düsseldorf, die ihm die IHK zur Verfügung gestellt hatte, nicht ohne sie vorher freundlicherweise nach Straßenzügen zu sortieren, einem Wahlkampftransporter und einem schlag- und wortgewandten Team, ging Lemmer auf Wahltour. Sein Wahlteam konnte sich sehen lassen: Neben einigen Bodyguards bestand es u.a. aus dem Düsseldorfer Stadtratsmitglied der REPS, **Jürgen Krüger**, und dem ehemaligen Vorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Hamburg und heutigem Betreiber des Düsseldorfer Regionalanschlusses des „Nationalen Infotelefons Hamburg“, **Jan Zobel**. Das braune Team besuchte eine stattliche Zahl von Kleinunternehmen und verteilte Flugblätter mit Forderungen, die so manchem Kleinunternehmer zu gefallen wußten: Die Kleinunternehmer als „Rückgrad des Düsseldorfer Wirtschaftslebens“ müßten mehr Gehör finden, betriebsnahe Parkplätze für Unternehmer geschaffen, 630-DM-Jobs und Kleinselbstständigkeit geschützt und Schwarzarbeit bekämpft werden. Lemmer verfehlte sein Ziel wider Erwarten dennoch. Was aber steckte hinter seiner Kandidatur? In der organisierten Neonaziszene gilt Lemmer als Abzocker, als „Hakennase“, dem es nur darum geht, den „Kameraden“ das Geld aus der Tasche zu ziehen. Ein ehemaliger Funktionär der neonazistischen FAP bezeichnete Lemmer einmal sogar als den "Frey unter den Skins". Diese schlechte Ruf wirkt sich zwar geschäftsschädigend aus, führte aber bislang keineswegs zu einer Gefährdung des Betriebs. Doch Lemmer wäre kein guter Geschäftsmann, wenn er seinen schlechten Ruf in der Szene ignorieren würde. Seit 1998 gibt er sich Mühe, den Eindruck zu erwecken, daß er sich aus dem Rechtsrockgeschäft zurückgezogen hätte und seine in der Szene nicht in der Kritik stehenden Geschäftspartner und Mitarbeiter **Andreas Zehnsdorf**, **Mike Beyer**, **Jürgen Drenhaus**, **Jan Zobel** u.a. den Laden übernommen hätten. Tatsächlich wird aber nach wie vor keine einzige wichtige Entscheidung ohne ihn getroffen. Lemmer bemüht sich zur Zeit, weitere gewinnträchtige Standbeine aufzubauen. So hat er z.B. vor einiger Zeit in Düsseldorf ein Sonnenstudio übernommen. Sein Bemühen um ein Mandat in einem IHK-Gremium verfolgte das Ziel, seine „Seriösität“ zu unterstreichen und seine Kontakte in Unternehmerkreisen weiter auszubauen. Und was sagte die IHK dazu? „Da kann man nichts machen“ und „Sie können sich ja denken, was wir von dieser Kandidatur halten“, war alles, was dem aufgebrachten Anrufer gegenüber an eigener Positionierung offenbart wurde. Bei einem derartig ausgeprägtem „antifaschistischen Engagement“ hätte die IHK Lemmer eigentlich ja verdient gehabt ...



Innen und außen braungebrannt: Thorsten Lemmer

Naziveranstaltung in Düsseldorf

Am 18.9.1999 fand in einer Kneipe in Düsseldorf-Hamm ein konspirativ organisiertes landesweites Treffen militanter Neonazis statt. Erschienen waren 76 Personen aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“, die sich zum Zwecke der besseren NRW-weiten Vernetzung in unregelmäßigen Abständen in wechselnden NRW-Städten treffen. Gastgeberin war die „Kameradschaft Düsseldorf“ um **Sven Skoda**, der auch die Anwesenden aus Ostwestfalen, dem Bonn/Rhein-Sieg-Kreis, Köln, dem Ruhrgebiet, dem Sauer- und Siegerland und aus anderen Städten begrüßte. Als Redner waren der Nazi-Kader **Michael Swierczek** aus Bayern sowie die niederländischen Naziführer **Constant Kusters** und **Joop Glimmerveen** nach Düsseldorf gereist.

Gelsenkirchen

Flüchtlingsdemonstration

Am Mittwoch dem 15. September demonstrierten ca 100 Flüchtlinge aus der Türkei/Kurdistan, dem Iran, dem Kongo und Guinea-Konakry gemeinsam vor dem Gelsenkirchener Verwaltungsgericht gegen die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und forderten offene Grenzen, ein generelles Bleiberecht für Flüchtlinge und Abschaffung aller Sondergesetze gegen Flüchtlinge.
Organisiert hatte die Demonstration die „Karawane“. Ein Zusammenschluß verschiedenster Flüchtlingsgruppen und deutscher AntirassistInnen, der seit dem letzten Jahr existiert und sich auf die vielfältigsten Arten für die Rechte der Flüchtlinge einsetzt.
Bei dieser Demonstration viel wieder mal auf, daß 1. deutsche UnterstützerInnen kaum anwesend waren und 2. die Frauen die treibende Kraft des Widerstands sind.

NPD-Infostand in Dorsten

Am 10.07.1999 machte der Kreisverband Recklinghausen (mit Ortsgruppen in Gelsenkirchen, Gladbeck und Dorsten) auf dem Dorstener Marktplatz einen Infostand. Nach eigenen Angaben waren zeitweise bis zu 60 Mitglieder und SympathisantInnen aus Mülheim, Bochum, Oberhausen, Dortmund und anderen Städten anwesend. Als Ordner fungierten nach Angaben der NPD der 25-jährige Vorsitzende des NPD-Ortsverbandes Dorsten, **Matthias Rösgen** und **Markus Rußmann**, der in den letzten zwei Jahren insbesondere durch seine federführende Beteiligung an der neonazi-

stischen Kampagne für die Freilassung des inhaftierten Neonazis **Michael Krick** („Sauerländer Aktionsfront") in Erscheinung getreten ist.

„Deutsches Liedgut"

Am 04.10.1999 fand am Amtsgericht in Gelsenkirchen-Buer ein Prozeß wegen Volksverhetzung statt. Angeklagt war der 22-jährige Kraftfahrer **André L.**. Ihm wurde vorgeworfen, am 2.10.1998 im Rahmen eines „Kameradschaftstreffens" indizierte Texte der neonazistischen Band „ Endstufe" mitgegröhlt zu haben. An dem „Kameradschaftstreffen", das in einem, u.a. von **Bianca Mengelberg** aus Gelsenkirchen-Scholven angemieteten Vereinslokal stattfand, hatten ca. 30 Neonazis aus Gelsenkirchen, Essen und Oberhausen teilgenommen. Der Angeklagte L. wurde freigesprochen, weil der Zeuge **Limberg** (Gelsenkirchen) seine Aussage zurückzog. Dem 21-jährigen wegen Volksverhetzung vorbestraften Metallbauer droht jetzt eine Klage wegen falscher Zeugenaussage bei der polizeilichen Vernehmung.

HERNE

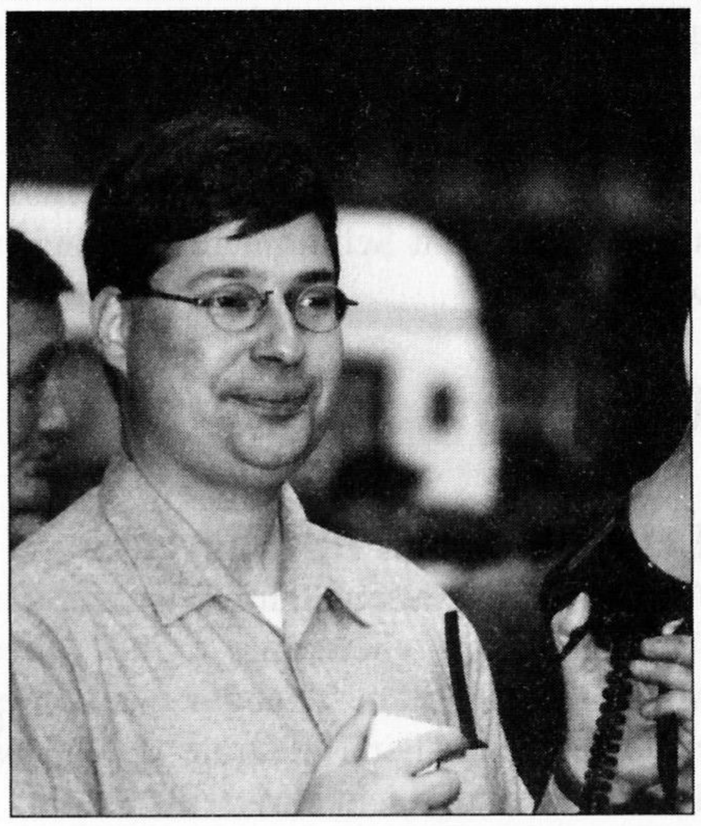
Deutsche Helden

Zwei 26 und 29 alte Personen mißhandelten am 23.10.1999 einen ca. 60 Jahre alten Mann, vermutlich polnischer Nationalität. Während sie auf ihr Opfer eintraten, grölten sie Nazi-Parolen. Erst nachdem sich nach einiger Zeit PassantInnen eingemischt hatten, ließen die Täter von dem Mann ab, dem in dieser Situation die Flucht gelang. Die beiden rechten Schläger wurden festgenommen.

KÖLN

„Deutsche Liga" verheizt ihre „Kameraden"

Im Rahmen des Kölner Kommunalwahlkampfes der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL) fand am 4.9. in Köln-Kalk eine DL-Kundgebung statt. Nicht mehr als 15 „Kameraden" und 3 „Kameradinnen", darunter sogar einige aus dem Siegerland angereiste, nahmen daran teil und lauschten einer einstündigen Rede des DL-Kandidaten **Manfred Rouhs**. Außer ihnen war aufgrund des von ca. 200 GegendemonstrantInnen verursachten ohrenbetäubenden Lärms aber niemand in der Lage, die Rede zu hören, so daß die von starken Polizeikräften geschützte Kundgebung keinerlei



Manfred Rouhs

Außenwirkung erzielte. Eine enorme Wirkung erzielte aber offensichtlich die ordentliche Tracht Prügel, die einige neonazistische Aktivisten nach Beendigung der Kundgebung einstecken mußten, nachdem sie in völliger Fehleinschätzung der Situation im von vielen AusländerInnen bewohnten Stadtteil rassistische Flugblätter verteilt hatten. Dummheit schützt bekanntlich eben nicht vor Strafe.

LIPPSTADT

Naziangriff auf MigrantInnen

In der Nacht vom 23. auf den 24.10.1999 griff auf einer Kirmes in Lippstadt eine ca. 30-köpfige Naziskingruppe eine Gruppe MigrantInnen an. Einer der Angegriffenen erlitt hierbei schwere Verletzungen. Laut der Lippstädter Tageszeitung „Patriot" hatten sich „die Skinheads aus verschiedenen Städten in Nordrhein-Westfalen und ein Holländer" verabredet und „zur Attacke auf die Lippstädter Herbstwoche formiert."
26 Skins wurden von der Polizei festgenommen. Nach Polizeiangaben wird gegen sie wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung ermittelt. Ob ein „rechtsradikaler Hintergrund" existiert, soll durch den Staatsschutz Dortmund geprüft werden. Fragt sich, was es da zu prüfen gibt, hatte die Nazischar nach ihrer Festnahme in der Großraumzelle der Lippstädter Wache doch sogar offenherzig „Sieg-Heil"-Parolen skandiert.

MESCHEDE

SAF mit Wahrnehmungsstörungen

Am 6.10. fand im Meschede eine von der Gruppe „YA BASTA – Junge Linke HSK" organisierte Informationsveranstaltung zur bundesweiten und regionalen Neonaziszene statt. Ein besonderes Augenmerk galt hierbei der „Sauerländer Aktionsfront" (SAF). Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse vor Ort. Aber auch die SAF selbst fühlte sich angesprochen. Sie reiste mit ca. 10 – 12 Personen an und schickte sich an, an der Veranstaltung „teilzunehmen". Unter ihnen waren auch die neuen MöchtegernFührerInnen der SAF, **Martin Scheele** (Siegen), **Andreas Becker** und **Daniela Wegener** (Olsberg) zu finden. Aus ihrem Vorhaben, die Veranstaltung zu stören bzw. zu verhindern, wurde allerdings nichts. An der Eingangstür zum Gebäude wurden sie von AntifaschistInnen empfangen und zur raschen Umkehr „ermutigt". Blutige Nasen schien der SAF ihr Unterfangen dann doch nicht wert zu sein. Und so genoß der „Freie Nationale Widerstand" in einem Mescheder Vorort kämpferisch einige Biere, bevor er wieder zurück in die heimische Städtchen fuhr. Martin Scheele muß das Ereignis besonders mitgenommen haben. Seiner Profilierungssucht folgend versuchte er es

Martin Scheele, Paul Breuer (NPD & KDS) und Mirco Droszella (SAF & KDS)

tatsächlich, am folgenden Tag über seine Homepage die „Aktion“ zu einem Erfolg bzw. zu einer „peinlichen“ Geschichte für die Antifa werden zu lassen.

Anmerkung der Red.:
Nicht schlecht, Martin! Aber eben nicht überzeugend. Daß Du nicht der Klügste bist, hast Du ja schon dadurch eindrucksvoll bewiesen, daß Du nach der Einstellung der „Antifaschistischen NRW-Zeitung“ unter einem Tarnnamen ein Abo geordert und netterweise 30,- DM in bar beigelegt hast. Die GenossInnen haben sich kringelig gelacht und bei einem SAF-finanzierten Besuch eines Biergartens eine Menge Spaß gehabt. Versuch`s doch bitte auch bei uns einmal!

MOERS

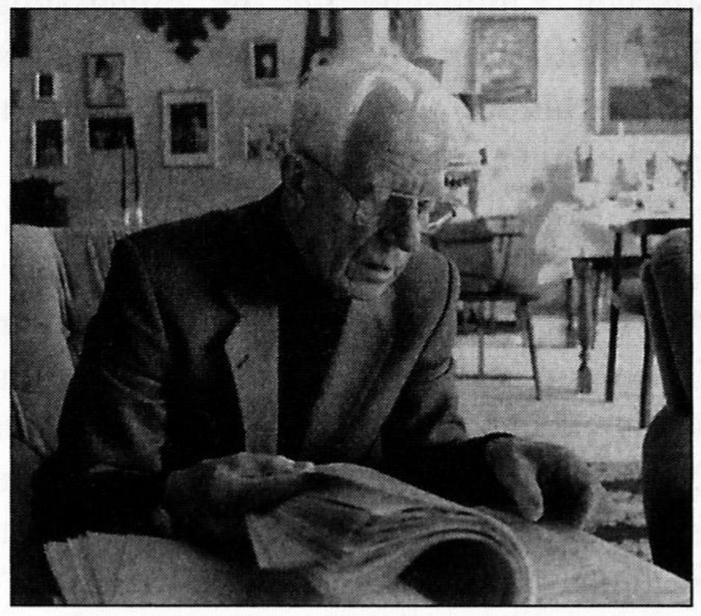
Neonazis überfallen Punkkonzert

Am 11.9.99 kam es in Moers während eines „Punk & Oi Konzertes“ im Kulturzentrum „Südring“ zu einem organisierten und seit längerem geplanten Naziangriff. Angereist waren die Neonazis nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern auch von weiter her, z.B. aus Karlsruhe, Magdeburg und aus Hessen. 40 von ihnen sammelten sich dann an dem Abend vor dem „Südring“. Nachdem zehn von ihnen den Konzertsaal betreten hatten und sich trotz Aufforderung zu verschwinden weigerten zu gehen, beendete die gerade spielende Band ihren Auftritt. Auch eine weitere, dieses mal schon deutlichere Aufforderung zu gehen, ignorierten die Nazis und griffen statt dessen Naziparolen skandierend KonzertbesucherInnen an. Einem Antifaschist wurde mit Stahlkappenschuhen in Gesicht getreten, einer Antifaschistin mit einem Eisenschlagstock die Hand gebrochen. Tränengas zwang die KonzertbesucherInnen dann, das Gebäude zu verlassen. Draußen wurden sie von den dort versammelten restlichen und mit Baseballschlägern bewaffneten 30 Neonazis mit Flaschen beworfen. Ein Konzertbesucher wurde am Kopf verletzt und mußte im Krankenhaus behandelt werden. Trotzdem gelang es den KonzertbesucherInnen, die Neonazis immer wieder zu attackieren und letztendlich in die Flucht zu schlagen.
Die schon früh informierte Polizei erschien erst nach 50 Minuten und hatte nichts besseres zu tun, als neben einigen wenigen Neonazis auch einen Antifaschisten festzunehmen, der sich offensiv gegen den Naziangriff zur Wehr gesetzt haben soll. Ihm wird schwerer Landfriedensbruch und schwere Körperverletzung vorgeworfen.
Letztendlich konnte dank antifaschistischer Gegenwehr Schlimmeres verhindert werden.

Osnabrück

Lebenslänglich für Saevecke

Am 9. Juni diesen Jahres wurde der Altnazi und ehemalige Chef der Mailänder GeStaPo, **Theodor Saevecke**, zu lebenslänglicher Haftstrafe durch das Turiner Militärgericht verurteilt.
Der heute 88 jährige Saevecke war von September 1943 bis April 1945 als SS-Hauptsturmführer der Chef des SD Sicherheitsdienstes von Mailand und Umgebung. Ihm unterlag die Bekämpfung des politischen Widerstands und der PartisanInnen, sowie das Aufspüren und die Deportation der jüdischen Bevölkerung. Unter seiner Egide wurden insgesamt 1200 JüdInnen und 992 PartisanInnen in deutsche Vernichtungslager verschleppt.
Angeklagt wurde Saevecke aber letztes Jahr nicht wegen dieser zahlreichen Verbrechen. Sondern weil er für die Geiselerschießung vom 10. August 1944 auf der Piazzale Loreto verantwortlich gemacht wurde. Diese war selbst nicht von dem Kriegsgericht abgesegnet, daß vorsah, daß für einen erschossenen Wehrmachtsangehörigen 10 Geiseln erschossen werden können. Es hatte zwar zwei Tage zuvor einen Anschlag auf einen deutschen LKw gegeben. Aber der deutsche Fahrer war lediglich verletzt worden. Saevecke ließ daraufhin in eigener Regie 15 Sozialisten und Kommunisten auf der Piazzale Loreto erschießen und deren Leichname einen halben Tag dort liegen. 10 weitere Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand ließ er in deutsche Vernichtungslager deportieren.
Der Turiner Staatsanwalt **Pier Paolo Rivello** gelang es im Prozess Saeveckes Schutzbehauptung, es seien zwei Wehrmachtsangehörige ums Leben gekommen zu widerlegen und ihn eindeutig für den Hinrichtungsbefehl verantwortlich zu machen. Das Gericht schloß sich der Beweisführung des Staatsanwalts an und verurteilte Saevecke zu lebenslänglicher Haft.
Saevecke selbst hat zunächst nichts zu befürchten. Lebt er doch in der BRD, dessen Gesetz, und krotesker Weise auch noch der § 16, verbietet, Deutsche an das Ausland auszuliefern. Doch die italienische Justiz kann nach internationalem Recht ein sogenanntes Exequatorverfahren einleiten. Das heißt, ein deutsches Gericht müsse entscheiden, ob es das Urteil übernimmt und die Strafe vollstreckt wird. Dies verlangt aber die Rechtskräftigkeit des italienischen Urteils. Die dürfte jetzt gegeben sein. Hat doch Theodor Saevecke, der im Kurort Bad Rothenfelde lebt, in den letzten vier Monaten keine Revision gegen das Turiner Urteil angestrebt. So ist der Weg seitens der italienischen Justiz frei, die deutsche Justiz um Amtshilfe zu bitten.
Was dabei herauskommen wird, ist fraglich. War doch schon die Dortmunder Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen nicht sehr hinter Saevecke her. Ihr jetztiger Leiter Oberstaatsanwalt Schacht muß sich neben diverser anderer Fälle auch im Falle Saeveckes vorwerfen lassen, bewußt die Ermittlungen gegen diesen verschleppt zu haben.
Und ob die deutsche Justiz gegen den ehemaligen CIA- und langjährigen BKA-Mitarbeiter Saevecke gewillt ist etwas zu unternehmen ist obendrein fraglich.
So könnte der Fall Saevecke zu einer deutsch-italienischen Unstimmigkeit führen. Und das erst recht, wo es in nächster Zeit noch weitere Prozesse gegen deutsche NS-Kriegsverbrecher in Italien geben wird. So ist vor kurzem erst eine Liste von annähernd 100 deutschen Kriegsverbrechern veröffentlicht worden. Die Namen dieser Liste werden demnächst von einer Kommision überprüft, ob Anklage gegen sie erhoben wird. Zunächst stehen aber gegen einige Nazis Prozesse an, deren Identität und Verbrechen soweit geklärt sind, daß eine Anklage erhoben werden konnte.
So etwa gegen den in Hamburg lebenden 90 jährigen Friedrich **Siegfried Engel**. Dieser war damals als SS-Obersturmbannführer Chef der Sicherheitspolizei von Genua und hat die besonders grausame Erschießung von über 100 gefangenen Partisanen befohlen. Und gegen **Karl Friedrich Titho**. Der heute 87 jährige war der Leiter des Deportationslagers Fossoli gewesen, über das die Transporte in die deutschen Vernichtungslager organisiert wurden, Titho lebt jetzt als Pensionär im ostwestfälischen Horn.



Theodor Saevecke

Schwarzer Samstag in Rom

Beim Nazi-Rock am Kolloseum gaben sich am 26.6.1999 Funktionäre der **Forza Nuova** und der **Alleanza Nazionale** ein Stelldichein ... dazwischen eine Prise „schwarzer Terroristen“ der 80-er.

Trotz Protesten von antirassistischen Organisationen, centri sociali, jüdischen Vereinigungen und der Rifondazione Communista sah die von dem grünen Bürgermeister **Francesco Rutelli** geleitete Stadtverwaltung kein Problem, einer der radikalsten rassistischen Organisationen Italiens, der **Forza Nuova** (FN), den Platz direkt am Kolloseum für ein Nazi-Rock open air zur Verfügung zu stellen (dieselbe Verwaltung versagte kurze Zeit später einem antirassistischen Festival den Zutritt zu allen öffentlichen Plätzen der Stadt). Unter ca 500 anwesenden Faschistinnen machten sich auch ca 100 Naziskins einen heimeligen Faschoabend unter flatternden Keltenkreuzfahnen. Vier Gruppen von Nazi-Rock bis „musica alternativa“, einer Art Parodie auf den italienischen Pop, klampften sich durchs Programm. Auch der FN-Mitbegründer und Rechtsterrorist **Massimo Marsello** brachte dem Publikum und verdatterten TouristInnen eine kleine Kostprobe aus seinem arischen Goldkehlchen dar.

Aktiv unterstützt wurde das Konzert durch diverse Repräsentanten der **Alleanza Nazionale** (AN), der größten faschistischen Partei Italiens, die bei den Wahlen in Rom bei knapp unter 30 % liegt. Darunter der bekannte MSI-alt-Aktivist **Claudio Pescatore** (MSI - movimento sociale italiano, Vorläuferpartei der AN), der Journalist **Massimo Fini** und der Parlamentarier **Teodoro Buontempo**, der auch als Anmelder des Events fungierte. Bei oberflächlicher Betrachtung verwundert die starke Anwesenheit der AN-Funktionäre, deren Chef **Gianfranco Fini** sich als kreidefressender Postfaschist geriert und seinen Gefolgsleuten die Lehre des „nuovo centro“ (der „neuen Mitte“) beizubringen versucht. Tatsächlich aber wird die FN als eine Art Tochtergesellschaft der AN gehandelt, mittels derer die AN versucht, ihren Einfluß unter den militanten faschistischen Aktivisten beizubehalten - trotz des neuen Appetits der AN auf Staatsposten und ein reales Stück vom politischen Kuchen.

Outsourcing faschistisch

Mafiosi und Faschisten stehen in Süditalien in einer traditionellen Konkurrenzbeziehung, denn beide verkaufen sich gerne als die besseren Garanten des „geregelten Geschäftsgangs“. Deshalb setzten z.B. nach der Invasion 1943 die Amerikaner viele Mafiosi, die sich mit gewissem Recht als Antifaschisten bezeichnen durften, in zentrale Stellen der Regionalverwaltung Süditaliens ein. Als Anfang der 90-er Jahre das italienische Parteiensystem wegen Mafiaverstrickungen und Korruptionsfällen implodierte, hatten die Faschisten als eine „mafiafeindliche“ Partei eine günstige Ausgangsposition. Die 94-er Wahlen wurden von der AN in Koalition mit der neugegründeten „Plastikpartei“ **Forza Italia** Silvio Berlusconis (Berlusconi, Italiens Medienzar, war selbst in den 70ern Mitglied der rechten Geheimloge „Propaganda 2“, die auch für Bombenattentate verantwortlich ist.) gewonnen, und trugen der AN die erste Regierungsbeteiligung einer faschistischen Partei in Europa nach dem 2. Weltkrieg ein.

Dem Vordringen in die durch den Zusammenbruch der DC (christlich-konserativ) und PSI (sozialdemokratisch) freigewordenen „politischen Mitte“ trug der AN-Vorsitzende Fini durch eine Mäßigung im öffentlichen Auftreten und eine Öffnung zu „technokratischen Mitteln“ Rechnung: Unvergessen der Fernsehauftritt, in dem Fini den „schäumenden Rassisten“ **Umberto Bossi** von der separatistischen **Lega Nord** als dummen Jungen vorführte, weil dieser gegen das Legalisierungsgesetz für „illegale EinwanderInnen“ hetzte. Dieses Gesetz hatte die inzwischen an die Macht gekommene Mitte-Links Koalition unter **Romano Prodi** mit den Faschisten ausgehandelt. Dem Kalkül Finis, ohne den „Schlußstrich“ der Legalisierung keine effiziente Abschottung gegen weitere Einwanderung, hatte Bossi nur dumpfes Ressentiment aber keine Argumente entgegenzusetzen.

Der Verzicht auf offen faschistische Agitation wird allerdings von den Fascho-Gangs in den römischen oder neopolitanischen Vorstädten mit Sprüh-Parolen wie „Fini - traditore“ (Fini - Verräter) quittiert. Die AN hat jedoch keineswegs die Absicht, mit den faschistischen Milieus zu brechen, zumal die einzige größere „schäumende“ Rassistenpartei, die Lega Nord, wegen ihres Rassismus gegenüber SüditalienerInnen in Mittel- und Süditalien kaum akzeptabel ist. Somit wird die Position der Haß-RassistInnen hier teilweise nicht mehr parteipolitisch repräsentiert.

In die so entstandene „Marktlücke“ wurde die vor rund zwei Jahren aus Splittergruppen, ex-Terroristen und rechten Straßenbanden zusammengewürfelte Forza Nuova plaziert. Die guten Beziehungen der „radikalen Sektionen“ der AN, wie z.B. der AN-Jugendorganisation **Azione Giovani**, zur FN garantieren der AN auch weiterhin Einfluß auf die militante faschistische Basis.

Interview

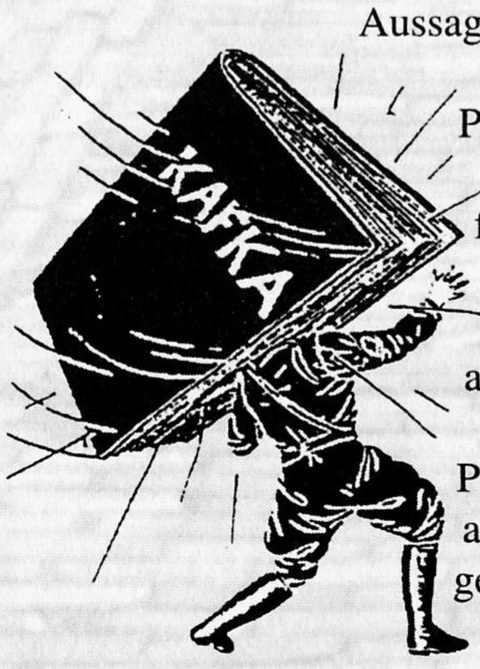
Im September führten wir mit holländischen Antifas ein Gespräch über die Situation in den Nederlanden.
Willem und Jeroem sind von zwei verschiedenen Organisationen: **AFA** und **KAFKA.** AFA steht für „Anti Fascistische Aktie“ und ihre politische Ausrichtung ist vergleichbar mit denen autonomer Antifa-Gruppen in der BRD. AFA´s gibt es in mehreren Städten. Sie arbeiten in einem sich regelmäßig treffenden Netzwerk zusammen und unterhalten in Utrecht ein landesweites Büro. KAFKA hat seinen Sitz in Amsterdam und ist eine Recherche- und Archivgruppe. Alle 2 bis 3 Monate geben KAFKA und AFA Zeitschriften heraus. KAFKA den **„Nieuwsbrief“** und AFA die **„Alert“**.

***Lotta**: Für einen deutschen Durchschnittsbürger ist es erstaunlich, Rassismus und Faschismus in Holland wahrzunehmen, steht Holland doch bei den Deutschen in dem Ruf, ein liberales und tolerantes Land zu sein. Wie würdet Ihr die Nederlande und seine Bevölkerung beschreiben?*

Willem: Der größte Teil der holländischen Bevölkerung ist nicht an Politik interessiert. Die meisten HolländerInnen kümmern sich einzig um „ihre Angelegenheiten“ - die Arbeit, die Familie, das Haus, etc. . Sie möchten nicht in aktive Veränderungen der Gesellschaft und aktive Politik verwickelt werden. Wenn gesagt wird, daß Holland ein liberales und tolerantes Land ist, entspricht das nicht der Wahrheit. Z. B. die Asylgesetzgebung. Sie ist in den Nederlanden sehr restriktiv und viele AsylbewerberInnen sitzen in Gefängnissen ein. Und dieser Rassismus ist nicht rein administrativ. Vielmehr wird er von breiten Teilen der Bevölkerung getragen. Und der Sozialchauvinimus gegen Obdachlose, Drogenkonsumenten usw. nimmt auch immer mehr zu. Dies hat nichts mit Toleranz zu tuen.

***Lotta**: Sind Egoismus, Ignoranz und fehlendes Verantwortungsgefühl gegenüber gesellschaftlichen Prozessen die Basis an der faschistische Parteien und Organisationen anknüpfen können?*

Willem: Ich denke, daß dies so ist.
In der Vergangenheit konnten die faschistischen Parteien Hollands an einigen Punkten ansetzen und ihre Positionen entwickeln. Dennoch scheiterten alle ihre Initiativen an einem gewissen Punkt. Durch die deutsche Okkupation im zweiten Weltkrieg ist die Bevölkerung in Holland sehr empfindlich, was die Verwendung des Hakenkreuzes angeht. Dabei ist es gleich wie rassistisch die Bevölkerung selber ist und teilweise den Nazis ähnelt. Beim Hakenkreuz hört sozusagen „der Spaß“ auf. Wenn die faschistischen Parteien Hollands über die Schwelle der offenen Verwendung faschistischer Symbole traten, wurden sie gesellschaftlich isoliert und /oder verboten. Sie brachen zusammen. Derzeit sind sie am Boden.
Jeroem: Dies ist nicht die ganze Geschichte. Mitte der 80ziger Jahre entstanden rasant anwachsende faschistische Parteien in Holland. Die CD (Centrum Democraten) und die CP´86. Der größte Erfolg dieser Parteien ist, daß einige ihrer faschistischen Aussagen und Forderungen zum Bestandteil der Main Stream Parteien geworden sind. Wenn man nachliest, was sie damals forderten, so sind die Kernaussagen von der rechtsliberalen VVD und auch anderen Parteien übernommen worden. Den faschistischen Parteien sind somit nur noch die absolut radikalen Aussagen geblieben.



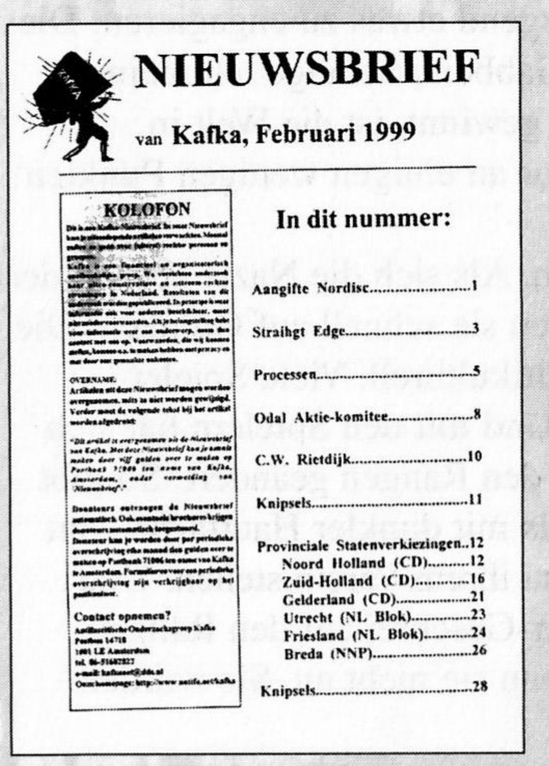
***Lotta**: Was meint ihr damit?*

Willem:Wir sprechen von den Gesetzen bezüglich der Migration. Als die faschistischen Parteien in den 80ziger Jahren starteten, forderten sie die Abschiebung sogenannter “illegaler“ und „krimineller“ Ausländer. Dies wurde damals als die faschistische Variante rassistischer Politik angesehen. Von allen politischen Seiten wurde dies so gesehen und verkündet, dieser Position den Kampf anzusagen. Nie wieder sollte sich so eine Position durchsetzen. Sieht man sich heutige Artikel, Verlautbarungen und Reden der Parteien, auch der Sozialdemokraten, an, so vertreten sie genau diese faschistische Variante des Rassismus und setzen sie auch um.
Heutzutage ist es fast unmöglich als sogenannter „Illegaler“ in Holland zu leben. Die Regierung hat spezielle Gesetze erlassen. Darunter eines, was den Datenabgleich aller Ämter ermöglicht. D.h. Wohn-, Sozial, Ausländeramt, Schulbehörde, Gesundheitseinrichtungen etc.p.p.. So ist es für einen sogenannten Illegalen unmöglich, ein Einkommen zu beziehen, zu arbeiten, die Kinder in die Schule zu schicken, sich in einem Krankenhaus behandeln zu lassen, usw, usf. Und die ganze Zeit besteht für ihn/sie die Gefahr aufgegriffen und abgeschoben zu werden. Die Verhältnisse haben sich sehr verschlechtert.

***Lotta**: Wie kam es zu der Übernahme dieser faschistischen Positionen durch die Main Stream Parteien? Gab es Auseinandersetzungen zwischen den faschistischen Parteien und den normalen Parteien, bis diese die Positionen übernahmen?*

Willem: Die großen Parteien sahen, daß die faschistischen Parteien, z.B. die CD, aufgrund dieser radikal rassistischen Aussagen gewählt wurden. So übernahmen sie diese Programmpunkte. Auch nach der Strategie den Faschisten das Wahlpotential abzugraben. Andererseits entspricht die Propagierung und Durchsetzung dieser radikal rassistischen Positionen der gegenwärtigen kapitalistischen Politik in Europa.
Jeroem: Die gleiche Entwicklung ist in anderen Ländern Europas zu beobachten. Z.B. Frankreich. Die RPR übernahm programmatische Punkte von Le Pen. Das führte aber dazu, daß die Leute das Original statt der Kopie wählten. Ähnlich hier in Holland. Als zu den Wahlen 1994 CP´86 und CD massiv zulegten, d.h. in lokalen Parlamenten von 5 auf 90 Stadtratssitze und im Parlament von 1 auf 3 Sitze kamen, hatte der VVD Chef, Bolkestein, vor der Wahl massiv Wahlkampf mit Antimigrationssprüchen geführt und die Migration zum Wahlkampfthema Nr.1 in Holland gemacht. Die Konserativen schnitten, ebenso wie die Faschisten, bei dieser Wahl gut ab. D.h., wenn respektierte Parteien das Gleiche wie faschistische Parteien fordern, entzieht dies ihnen nicht das Thema, sondern die Leute sehen die faschistischen Positionen von normalen Parteien als bestätigt an. Es verhilft den Faschisten zum Erfolg.

Zum selben Zeitpunkt ihrer Wahlerfolge hatten die faschistischen Parteien aber große interne Probleme. Ein im Amsterdamer Stadtrat sitzendes Mitglied der Faschisten gab vor geheimer Kamera zu, in Bombenanschlägen involviert zu sein. Es wurde bekannt, daß ein anderer exponierter Faschist im Drogenhandel verwickelt ist. Und der Führer der Centrums Democraten machte im Fernsehen sehr dumme verächtliche Attacken gegen Sozialdemokraten, denen er alle den baldigen Tod wünschte. Die darauf einsetzenden parteiinternen Auseinandersetzungen führten zum Kollaps der Partei. D. h. trotz des großen Zuspruchs zu ihren Parolen und dem daraus resultierenden Stimmenanteil bei den Wahlen, waren sie nicht in der Lage dies organisatorisch und personell für sich zu nutzen. So profitierten vorwiegend die Rechtskonservativen von der fremdenfeindlichen Stimmung.



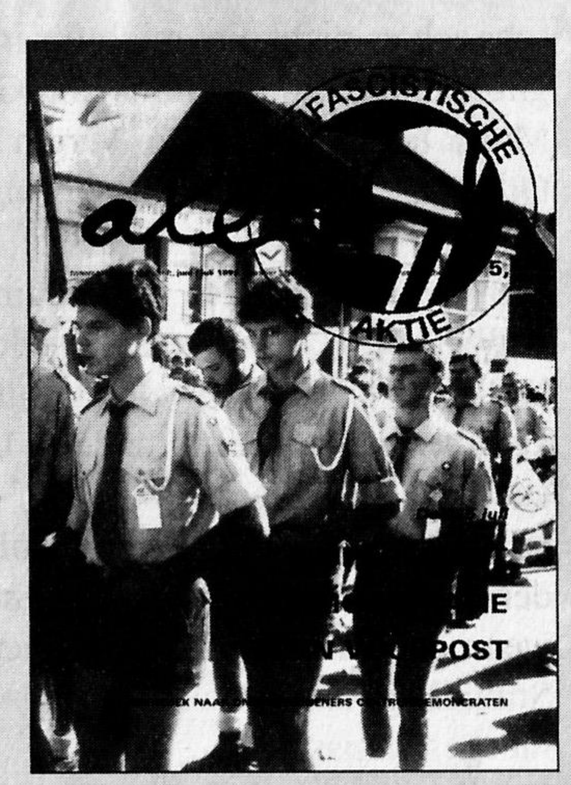
NIEUWSBRIEF

van Kafka, Februari 1999

KOLOFON

In dit nummer:

Aangifte Nordisc....1
Straihgt Edge....3
Processen....5
Odal Aktie-komitee....8
C.W. Rietdijk....10
Knipsels....11
Provinciale Statenverkiezingen..12
Noord Holland (CD)....12
Zuid-Holland (CD)....16
Gelderland (CD)....21
Utrecht (NL Blok)....23
Friesland (NL Blok)....24
Breda (NNP)....26
Knipsels....28

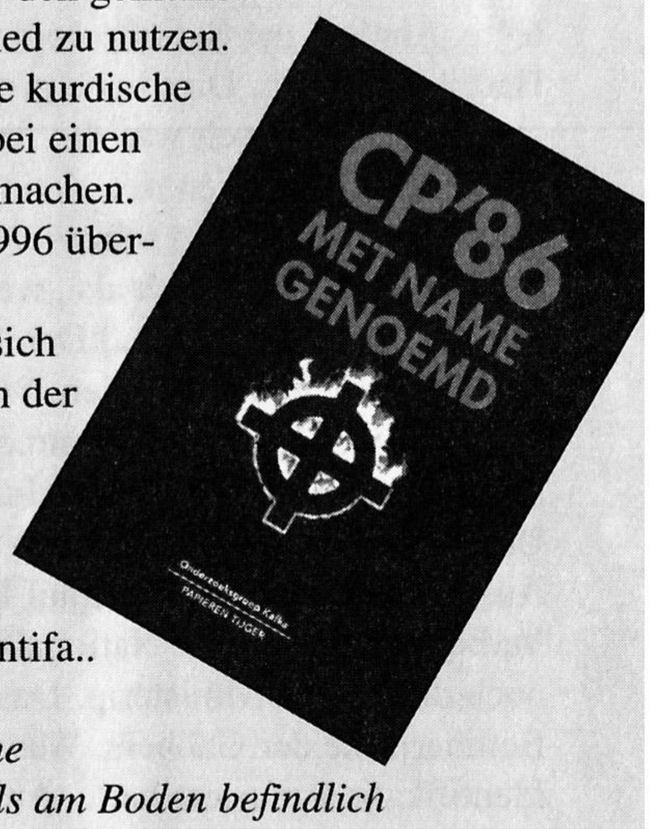


***Lotta**: Gerhard Frey, der Chef der DVU, sagte vor einigen Jahren, anläßlich eines für seine Partei erfolglosen Wahlausgangs, daß er damit leben könne, nicht im Parlament zu sitzen, solange er sähe, daß seine Positionen von den anderen Parteien umgesetzt würden. Sehen dies die holländischen Faschisten ähnlich?*

Willem: Sie sehen sich um ihre fremdenfeindlichen Inhalte gebracht. Aus Propagandagründen seien diese ihnen gestohlen worden. Umgesetzt würden sie nicht. Wären sie an der Macht, würden sie diese Parolen auch umsetzen. Alles in allem sind sie darüber nicht glücklich. Dazu kommt der Zerfall ihrer Parteistruktur und der momentane Verlust ihrer Parlamentssitze, was auch zu einer finanziellen Einbuße führte. Alles in allem verfügen die faschistischen Parteien über keine Identität mehr.
Jeroem: Aber dies gilt auch für die anderen Parteien. Auch sie verfügen über keine politische Identität mehr.
Identitätsstiftend benutzen sie das Thema Migration. Zuerst waren es nur die Konserativen. Jetzt sind es aber auch die christdemokratische, liberale und sozialdemokratische Parteien. Sie sind sich einig in Antimigrationsgesetze, Abschiebeknäste und Abschiebungen.
Ich denke, dies ist nicht wesendlich anders als wie in der BRD.

***Lotta**: Könnt ihr noch etwas mehr zu den kollabierten Parteien CP´86 und CD sagen?*

Jeroem: Die CP´86 ist durch den holländischen Staat verboten worden. Noch bevor dies geschah, spaltete sie sich in drei Gruppen auf. Die eine bestand aus richtigen Hard Core Nazis. Diese kamen auf den Drogentrip und sind in diesem verschwunden. Die beiden anderen Gruppierungen sind die „Nieuve Nationale Partij“ und „Voorpoost“. Die NNP beteiligte sich letztes Jahr in einer kleinen südholländischen Stadt namens Breda an den Wahlen. Aber sie hatte keinen großen Erfolg. Zur Zeit sind sie aber stark im Wachsen. Dabei gehen sie nicht an die Öffentlichkeit. Sie denken, daß es besser ist, sich derzeit ruhig zu verhalten, sich zu schulen und ihre Strukturen zu festigen. Erst dann wollen sie sich verstärkt an Wahlen beteiligen.
„Voorpoost“ vertritt die Ansicht, daß es noch nicht an der Zeit sei, mit einer Partei an die Öffentlichkeit zu treten. Zuerst müßte eine kulturelle Organisation gegründet werden, die die holländische Gesellschaft vorbereite für die Aufnahme radikalen rechten Gedankenguts. So kam es anläßlich der Parteigründung der NNP zu einigen verbalen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Gruppen. Aber auch die NNP hält sich, wie schon gesagt, sehr zurück und versucht ersteinmal eine neue faschistische Bewegung aufzubauen. Ich denke, es ist eine neue Strategie, die aus ihren alten Fehlern Konsequenzen zieht. Zuerst handlungfähige Strukturen schaffen und die Parteimitglieder schulen, dann an die Öffentlichkeit treten. Dies könnte ihnen mehr Erfolg als in der Vergangenheit verschaffen und ist deshalb ziemlich gefährlich.
Zu den Bestrebungen von NNP und Voorpoost kommt hinzu, daß in der letzten Zeit erfahrene Faschisten, die seit ca 5 bis 10 Jahren nicht mehr aktiv waren, zu diesen Gruppen gestoßen sind. Eine Mischung, die gefährlich werden könnte. Aber all dies fängt gerade an und wie es weitergeht ist schwer zu sagen.
Willem: Voorpoost betreibt eine Art Braintrust, Think - tank. Sie versuchen ihre Leute zu schulen und darüberhinaus Kontakte zu rechten Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten zu knüpfen. Aber nicht nur zu rechten Personen. Sondern zu allen Personen, die sie für sich glauben gewinnen zu können. Auch linke Denker, die etwas zur multikulturellen Gesellschaft sagen. Sie versuchen Kontakte zu schaffen und benutzen die Wörter in einem anderen Zusammenhang. Sie suchen überall nach Anknüpfungspunkten. Sei es zum baskischen Unabhängigkeitskampf, zu den Selbstbestimmungs- und Freiheitsbestrebungen der North American Natives oder dem kurdischen Befreiungskampf. Beim kurdischen Befreiungskampf versuchten sie den gemeinsamen Nationalismus als Bindeglied zu nutzen.
Uns ist es aber im Bezug auf die kurdische Community gelungen ihnen dabei einen Strich durch ihre Rechnung zu machen.
Voorpoost existiert seit 1976. 1996 übernahmen aber ex-CP´86 -ler die Führung und Voorpost änderte sich rapide. Bis jetzt sind sie nicht in der Lage, sich zur normalen Gesellschaft hin zu öffnen und auf diese zuzugehen. So focusieren sie sich auf die Schulung ihrer eigenen Leute und Anti-Antifa..



***Lotta**: Wenn Ihr die faschistische Parteienstruktur von Holland als am Boden befindlich beschreibt, die sich gerade in einem Neubesinnungs- und Rekonstruktionsprozess befindet. Sind diese Reststrukturen verbunden mit den faschistischen Teilen der Skin, Gothic- oder Black Metal- Subkultur?*

Willem: In Holland gibt es eine lange Geschichte darin, daß Faschisten mit Gruppen in Kontakt zu treten versuchten, die sie empfänglich für ihre Gedanken ansahen. Die Hooligans, die Skins, die Gabbers und zuletzt die Black Metal Anhänger. Aber alles in allem waren sie nie sehr erfolgreich darin.
Dafür gibt es verschiedene Gründe. Der eine ist mit Sicherheit auch hier das politische Desinteresse. Solange es mir gut geht,

sehe ich es nicht ein, mich für irgend etwas zu engagieren. Dies gilt auch für Hools, Skins und Gabbers. Solange ich meine Musik hören kann, mein Verein gewinnt, ist die Welt in Ordnung. So hatten die Nazis nur an einigen wenigen Punkten Erfolg.
Z.B. bei den Hools in Rotterdam. Als sich die Nazis aber in der Fußballscene ausbreiteten, stießen sie schnell auf Grenzen. Die holländische Fußballwelt ist multikulturell. Viele Spieler kommen aus anderen Ländern. Und mit den Spielern hat sich auch die Zusammensetzung auf den Rängen geändert. So gibt es in Holland nicht wenige Hools mit dunkler Hautfarbe, von denen bekannt ist, daß sie treu zu ihrem Verein stehen. Und wenn die Nazis mit White Power-Geschrei auf den Rängen Stimmung machen wollten, kamen sie nicht an. Sie wurden rausgeschmissen.
Es gibt eine sehr bekannte Geschichte über Tim Mudde, einen langjährigen Organisator der Skinscene, wichtiges Mitglied von CP`86 und jetzt zweiter Mann bei Voorpoost. Er war auch ein Hool von Feyenoord, dem Fußballverein von Rotterdam. Er versuchte die anderen Hools für faschistische Ideen zu rekrutieren. Am Anfang hatte er Erfolg. Aber bei einer Fahrt von Feyenoord nach Reykjavik, Iceland, entrollte er die Fahne von CP´86 und rief White Power-Parolen. Die anderen Hools waren so angenervt von seiner ständigen Agitation, daß sie ihn daraufhin zusammenschlugen, ihn an Ort und Stelle liegenließen und ohne ihn nach Hause fuhren.
Dies war mit Sicherheit keine sehr angenehme Erfahrung für ihn. Auf jeden Fall. so heißt es, sein letztes Spiel mit Feyenoord.
Eine vergleichbare Geschichte, die zuerst für die Nazis erfolgversprechend erschien, war die Geschichte mit den Gabbers. Die Gabberbewegung wuchs in Holland sehr schnell an und war sehr populär. Es war wie die Konkurrenz zwischen den Fußballvereinen von Amsterdam und Rotterdam. Etwas ähnliches spielte sich in der Technoscene ab. Die Amsterdamer Technoscene war sehr nett, teuer, schick, mit etwas komplizierterer Musik und natürlich vielen Drogen. Dagegen entstand in Rotterdam eine Technoscene, die Wert auf harte, simple Musik legte. Ähnlich der Skinideologie: Techno für die Arbeiterklasse. Hart und einfach. Dies hatte großen Erfolg. Um die Scene entstand ein Kult. Auch was das Äußere anging. Kurzgeschorene Haare, Bomberjacken mit Nationalfahne, die gleichen teuren Trainingsanzüge. Und sehr viel Drogen. Und es war eine weiße Subkultur, die sich auch als „weiß“ definierte.
Speziell in Rotterdam und Den Haag gab es sehr viel Ärger mit den Gabbers an den Schulen. Während sich die Gabbers gangmäßig an den Schulen zusammenschlossen, schlossen sich auf der anderen Seite die MigrantInnen - Jugendlichen zusammen. Und ´95 / ´96 kam es zwischen ihnen zu größeren Auseinandersetzungen. Darauf kam es zu einem dummen Verbot des Tragen der Nationalfahne in den Schulen von einer noch dümmeren Ministerin. Das Verbot galt der Fahne auf der Bomberjacke der Gabbers. Was für sie aber den Status einer Identifikationsmusters hatte. An dieser Stelle versuchte die CP´86 zu intervenieren und diese Idiotie für sich zu nutzen. Es war ja auch super simpel: Das Verbot der Nationalfahne in einer öffentlichen Einrichtung. Sie meldeten 2-3 Demonstrationen an. Alle wurden verboten. Trotzdem kamen viele Leute. Wenig Nazis. Aber sehr viele Gabbers. Diese wollten nur die Fahne auf ihrer Bomberjacke, mehr nicht. In dieser Zeit waren wir sehr besorgt, ob das Konzept der Nazis aufgeht. Doch auch hier scheiterte es. Die Gabbers entschieden sich lieber für ihre Parties und Drogen. Und offiziell sind die faschistischen Parteien zudem ja auch gegen Drogen.
Zu den Skins läßt sich nicht viel sagen. In den Nederlanden gibt es keine große Skinbewegung. Nur wenige kleine Gruppen.

__Lotta__: Im Verhältnis zu deutschen Antifazeitungen erscheinen bei Euch recht häufig Artikel zu den „Grauen Wölfen“ und der MHP. Sind die türkischen Faschisten in Holland auch so aktiv wie in der BRD?

Willem: Ja, sie sind sehr aktiv hier. Ganz im Gegenteil zu unserer holländischen Nazi-Scene. Die türkische Faschistenscene ist sehr groß. Drogenhandel, Schutzgelderpressung und andere kriminelle Aktionen gehören hier genauso zu ihrem Alltag wie ihre Parteiaktivitäten. Sie verfügen über eine große, gut ausgebaute Struktur und haben in Holland 55 offizielle Anlaufstellen und Zentren, die teilweise auch noch öffentlich durch die Kommunen im Rahmen von Kulturförderung finanziert werden. Teilweise gibt es auch Überschneidungen der Grauen Wölfe zu den islamistischen Gruppen.

__Lotta__: In Deutschland wird den hier lebenden „AusländerInnen“ zum größten Teil das Wahlrecht vorenthalten. Auch das Kommunale. Ein Alibi für diese rassistische Struktur sind die sogenannten Ausländerbeiräte. Hier haben sich die MHPler sehr stark gemacht, um sich als die Vertreter der türkischstämmigen Menschen zu verkaufen. Gibt es Ähnliches in Holland?

Willem: Hier gibt es ebenfalls offizielle Organisationen, die die jeweilige Migrantengruppe bei der Regierung vertritt. Wir gehen davon aus, das auch hier der Einfluß der MHP größer geworden ist. Sie versuchten schon öfters über eigene Parteien an den Wahlen teilzunehmen. Momentan beobachten wir aber eher den Trend, daß sie bei Parteien eintreten, wie z.B. bei den Christdemokraten, und über diese Posten in den Stadtparlamenten beziehen können.

__Lotta:__ Gibt es, anbetracht dessen, daß ihr in Euren Zeitungen öfters über die MHP berichtet, auch Aktivitäten gegen diese?

Jeroem: Es ist schon öfters vorgekommen, daß normale Journalisten unsere Informationen für ihre Zeitungen übernommen haben. Auf diese Weise wurde dann interveniert. Aber in der türkischen Linken sind die „Grauen Wölfe“ kein großes Thema. Und die holländische Antifascene ist relativ klein. So passiert also nicht wesendlich mehr als Informationspolitik.
Jeroem: Als vor drei Jahren das erste Buch über die „Grauen Wölfe“ erschien, wurde kurz darauf ein Zweites veröffentlicht. Es war von einem türkischen Mann und einer holländischen Frau. Sie hatten die MHP infiltriert und die Informationen veröffentlicht. Ich halte das Buch nicht für sehr gut. Aber es bekam eine große Publizität. Die Grauen Wölfe hatten als Reaktion auf die Veröffentlichung auf die beiden AutorInnen einen Killer angesetzt. Die Sache flog auf und der gedungene Killer noch auf dem Flugplatz verhaftet. Die beiden Bedrohten kamen daraufhin in ein staatliches Schutzprogramm. Das schlug natürlich hohe Wellen. Es stand in allen Zeitungen und die „Grauen Wölfe“ wurden auch zum Thema der normalen Parteien. Vor allem da dies auch noch zu Wahlkampfzeiten geschah. Dies wirkte sich sehr negativ für die „Grauen Wölfe“ aus.
Der holländische Verfassungsschutz BVD, Binnenlandse Veiligheids Dienst, beurteilt die MHP als sehr gefährlich für die Integrationsbemühungen des holländischen Staats und für die Migration. Und so werden die „Grauen Wölfe“ sehr genau beobachtet.

***Lotta**: Das ist das genau Gegenteil zu unseren nordrheinwestfälischen Staatsschutz. Er befindet die türkischen Nazis als ungefährlich und hat sie, wie im letzten Jahr schon angekündigt, aus dem Verfassungsschutzbericht für 1998 herausgenommen.*

Jeroem: Hier werden sie genau überwacht. Real hat sich aber an ihren Strukturen und Zentren nichts geändert. Auch an der Bezuschussungspolitik seitens der Kommunen für angebliche kulturelle Arbeit nicht. Wir haben schon einige Versuche unternommen diese staatliche Bezuschussungspolitik in einigen Kommunen zu stoppen. Bisher leider ohne Erfolg.

***Lotta**: Nun haben wir einiges über die faschistischen Organisationen und Strukturen in Holland erfahren. Wie organisieren sich die holländischen AntifaschistInnen gegen diese?*

Jeroem: Man kann die antifaschistische Bewegung in Holland ganz grob in drei Bereiche aufteilen.
Die offiziell wohl Bekannteste und am besten organisierte Struktur sind die Antirassismus Büros, die ADBs. Bei Fällen rassistischer Diskriminierung schreiten sie ein. Sie sind aktiv in Öffentlichkeitsarbeit, leisten Aufklärungsarbeit an Schulen, etc.. Sie sind gut vernetzt und verfügen über ein nationales Koordinierungsbüro. Es ist im traditionellen Sinn Sozialarbeit und die Mitglieder werden zum Teil vom Staat bezahlt. Ich halte nicht sehr viel von dieser Struktur. In einigen Städten, z.B. in Rotterdam machen sie sehr gute Arbeit. In anderen Städten aber, z.B. in Amsterdam, kämpfen sie nur gegeneinander. Zu diesem Bereich gehört noch das LBR, das die ADBs unterstützt. Das LBR, Landelijk Buro Racismebestrijding, ist das Nationale Büro zur Bekämpfung von Rassismus. Dies kümmert sich vorwiegend um die Einhaltung von Gesetzen, verklagt Parteien, versucht auf die Änderung von Gesetzen hinzuwirken und macht Druck auf Parteien, Behörden und Polizei, gegen faschistische Parteien vorzugehen. Sie hatten darin sogar Erfolg: z.B. das Verbot der CP´86. Ein anderer Erfolg war die Änderung eines Gesetzes, das der Wahlzulassung diente. Die Anzahl der Namen, die der Wahlzulassung dienen, wurde stark erhöht. Da die faschistischen Parteien nicht über soviel Mitglieder verfügen und ihre Wähler die Unterschriften scheuen, da diese öffentlich zugänglich sind, ist dies eine weitere Hürde für die Nazis, an Wahlen teilzunehmen.
Zum zweiten Bereich der Antifabewegung gehört die Anne Frank - Stiftung. Mit verschiedenen anderen jüdischen Organisationen kümmert sie sich um die Fälle von Antisemitismus und macht Öffentlichkeitsarbeit. Die Anne Frank - Stiftung unterhält auch das Anne Frank - Museum in Amsterdam. Sie wird staatlich unterstützt und bezieht Teile ihrer Gelder auch aus den Eintrittsgeldern des Museums, das sehr gut besucht ist. Neben der Focusierung auf Antisemitismus veranstaltet die Anne Frank - Stiftung Kongresse zum Thema Rassismus/Antirassismus, Faschismus/Antifaschismus, usw.
Den dritten Teil stellen sozusagen wir dar. Den radikalen Teil der antifaschistischen Bewegung. KAFKA, AFA, FOK und andere lokale Gruppierungen. Dies ist die aktivistische Scene. Wir machen Zeitungen wie „Alert“, „Nieuwsbrief“, organisieren Aktionen und Demos, etc. Machen in Vorfeld zu Wahlen Öffentlichkeitsarbeit. In diesem Moment, wo die Faschisten nicht sehr aktiv sind, gibt es auch bei uns nicht sehr viel Aktivitäten.

Willem: AFA hatte z.B. letztes und dieses Jahr jeweils nur eine größere Aktion. Letztes Jahr war es eine landesweite Demonstration in Delft gegen Voorpoost, die einen Gedenkmarsch für Wilhelm von Oranien abhalten wollten. In Deelft liegt er begraben. Es gelang uns nicht sehr, die Bevölkerung zu stimulieren, daß sie aus sich heraus mehr gegen die Nazis machte. Für uns war diese Demo aber sehr gut. Auch weil die ganzen Antifas aus Holland mal wieder zusammenkamen.
Dieses Jahr machten wir wieder eine große Aktion gegen Voorpoost. Zu dieser konnten wir aber nur intern und nicht öffentlich mobilisieren. Und diese Aktion war sehr erfolgreich.

Wir stürmten das Pfingstcamp (Pinksterkamp) von Voorpoost. Sie hatten Glück, das sie unser Kommen fünf Minuten vorher mitbekamen. So konnten sie noch rechtzeitig fliehen.
Jeroem: Als die Nazis noch aktiver waren und Demonstrationen machten, machten wir natürlich immer Gegendemos. Auch wenn die faschistischen Demos verboten waren, trauten wir dem nicht und mobilisierten dagegen. Oft wurden wir auch inhaftiert. Wenn die Nazis nicht demonstrieren konnten, frustrierte sie das natürlich. Aber für uns war das auch eine starke Belastung. Immer wieder den Nazis hinterher zu fahren, verhaftet zu werden, etc.. Diese Verhinderungsstrategie machte uns sehr müde, Leute blieben fern und einige lokale Gruppen brachen auseinander. Sie jagten nur den Nazis hinterher und waren nicht mehr fähig auf lokaler Ebene zu arbeiten.
Willem: Dies war 1995/96. Am Ende dieser Zeit war es sehr frustrierend. Oft verhaftet zu werden und dann die Nazis doch marschieren zu sehen. Wie z.B. in Rotterdam Und dann eine Woche später in Utrecht, als die Polizei jeden auf der Straße festnahm, der aussah als sei er links. Dafür wandten sie ein Gesetz aus der Zeit vor dem 2 Weltkrieg an, was sich gegen faschistische Gruppen richtete. Und wie bei dem Putsch in Chile, sperrten sie die Verhafteten in ein Fußballstadion ein. Die Nazis hingegen konnten marschieren. Obwohl diese Zeit uns sehr ermüdete und frustrierte, wirkte das antifaschistische Engagement auf einer anderen etwas seltsamen Art und Weise. Dadurch, daß die Nazis nie in Frieden demonstrieren konnten, ihre Aufmärsche immer

mit Bildern von Polizeieinsätzen, Auseinandersetzungen und Inhaftierungen verbunden waren, wurden die faschistischen Parteien immer in Verbindung mit Gewalt gebracht. In der Öffentlichkeit gab es keinerlei Differenzierung zwischen Nazis und Antifas. Sie sahen nur Gewalt. und diese assoziierten sie mit den faschistischen Parteien. Aus dieser, zugegebener Weise etwas schrägen, Sichtweise waren wir erfolgreich.

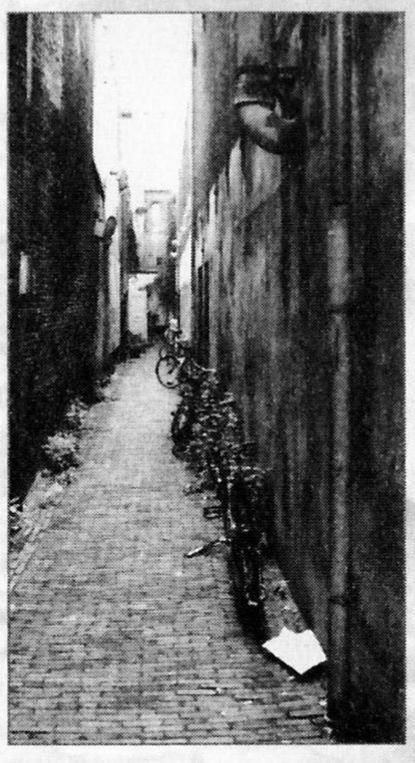
***Lotta**: Was ihr da als Gleichsetzung von Nazis und Antifas erzählt ähnelt in etwa dem Bild, was die deutsche Öffentlichkeit von Nazis und Antifas hat. Dies heißt ja auch, daß im Endeffekt du als Antifa kein Element der Gesellschaft bist.*

Willem: Das ist in Holland auch so. Zumindestens wenn du demonstrierst. In Gesprächen oder Artikeln wird der Unterschied von den Leuten sehr wohl wahrgenommen. Und zumindest in Holland knüpft dies an einen antifaschistischen Konsens an.
Auch wenn es hier immer mehr Leute gibt, die die unbedingte Meinungsfreiheit einfordern. Auch für Leute, die auf der Straße „Eigen Volk zuerst“ rufen. Dennoch glaube ich, daß die Mehrheit in Holland diese Parolen ablehnt und die Verhältnisse wie vor 50 Jahren nie wieder wollen.
Wenn du mit ihnen sprichst, sind sie deiner Meinung. Gehst du auf die Straße, bist du für sie das Gleiche wie ein Faschist.
Jeroem: Natürlich ist es auch wichtig wie Du auftrittst. Im Gegensatz zu Rotterdam arbeiten wir in Utrecht sehr offen. Das hat viel mit Publizität zu tuen. Bei den Übergriffen in Utrecht auf die Antifas mußte sich die Polizei öffentlich entschuldigen. In Rotterdam nicht. Es kommt auch ein bischen auf deine Arbeit und dein Auftreten an, wieweit dich die Polizei kriminalisiert.
Willem: Naja, die 150 Leute von Rotterdam waren aber auch mit Helmen, Knüppeln und Katerpulten bewaffnet. In Utrecht wurden ja schon die Leute verhaftet die Blumen an dem Mahnmal für Anne Frank niederlegten. Sie wurden deshalb in das Stadion gesperrt.

***Lotta**: Wieviele Gruppen sind in der Anti Fascistischen Aktie organisiert?*

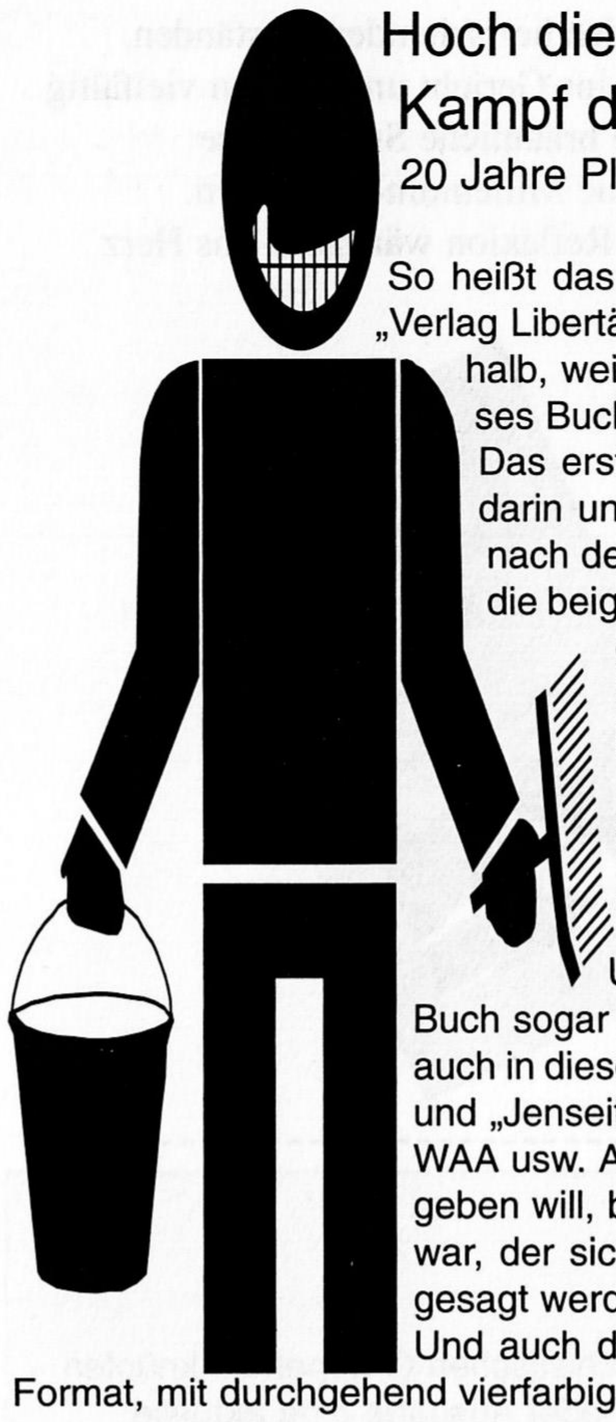
Willem: Seit 1992 gab es einige Veränderungen. Am Anfang waren es 20 bis 25 Gruppen, die lokale Arbeit leisteten und mit anderen Gruppen noch zusammenarbeiteten. Wie wir schon sagten, gab es die schwierige Zeit 1995/96, in der auch viele Strategiedebatten stattfanden. Viele Gruppen verschwanden. Danach gab es kaum noch Gruppen. Es gab das landesweite Büro und die Gruppe in Utrecht, einige lokale Gruppen und viele Einzelpersonen in vielen Städten. Jetzt nach der letzten erfolgreichen Aktion gegen Voorpoost entstanden neue Gruppen und viele Leute haben Kontakt zu AFA aufgenommen.
Unser Utrechter Büro ist zwei Tage in der Woche geöffnet und wird von ca 5 Personen betreut. Einmal im Monat gibt es ein landesweites Treffen bei denen ca 20 bis 30 Personen die verschiedenen Städte vertreten. Es gibt Informationsaustausch, Diskussionen und Strategiedebatten. Aber vorwiegend geht es um Öffentlichkeits- und Informationsarbeit. Nur wenige Highlights werden organisiert. Generell ist es momentan schwierig.
Jeroem: Neue Gruppen, mit neuen Leuten entstehen. Aber diese haben zumeist keine Erfahrungen aus den schon geführten Kämpfen. Sie sind stimuliert durch die letzte Aktion gegen Voorpoost. Wie die Erfahrungen vermittelt werden können und die Zusammenarbeit wird, werden wir sehen. Vom Beginn der 90iger bis 1996 wuchs die extreme Rechte an, trat an die Öffentlichkeit mit Demonstrationen und Propaganda. Es war wichtig immer da zu sein und sie total zu blockieren. Momentan sind sie klein, desorganisiert und unwichtig. Ich denke, daß momentan und für die nächste Zeit es wichtig ist, sie zu beobachten, uns gegen sie zu schulen und ein bis zweimal im Jahr äußerst aktive Aktionen gegen sie zu starten. Aktionen, die ihnen sehr schaden. Gegen ihre Parteistruktur oder ihre Kader. Und natürlich die Öffentlichkeitsarbeit. Die Mixtur wird wichtig werden. Und was wirklich wichtig ist, ist die antirassistische Politik in der Linken zu forcieren.

Willem: Wir werden uns auf jeden Fall auch auf den neurechten Diskurs der Faschisten einstellen müssen. Debatten wie Globalisierung, Tierrechte, etc.. Dies beginnt gerade in Holland und ist hier neu.
In Holland war die CD mit ihrem Rassismus in Europa als die erste rechtsextreme Partei im Parlament. Alle waren geschockt und wir haben lange nach Möglichkeiten gesucht sie zu stoppen. Jetzt suchen wir nach Wegen gegen die Neue Rechte anzugehen. Wir sehen jetzt Voorpoost auf diesem Weg und wir haben das Gefühl, Zeit zu haben, uns gegen sie präparieren und etwas gegen sie unternehmen zu können.



Anti - Fascistische Aktie
Landelijk Secretariaat
Postbus 2884
3500 GW Utrecht
Tel/Fax: 030 - 2314596
e-mail: alert@afa.vuurwerk.nl
Web-site: http://www.vuurwerk.nl/~afa/

Antifascistische Onderzoeksgroep Kafka
Postbus 14710
1001 LE Amsterdam
Tel:06 - 51682822
e-mail: kafkanet@dds.nl
Web-site: http://www.antifa.net/kafka



Hoch die... Kampf dem...

20 Jahre Plakate automomer Bewegungen

So heißt das „Autonome Bilderbuch“ das die Herausgebergruppe HKS 13 des „Verlag Libertäre Assoziation“ im letzten Monat veröffentlicht hat. Bilderbuch deshalb, weil sich an meiner WG sehr gut feststellen läßt, welche Wirkung dieses Buch hat.

Das erste war, daß jede/r versuchte das Buch für sich zu rekrutieren, um darin ungestört schmökern zu können. Von vorne bis hinten zog sich eine nach dem anderen die 600 abgebildeten Plakate aus 20 Jahren sozialer Kämpfe rein. Anschließend wurde die beigelegte CD ROM in den PC geschmissen und die auf der CD befindlichen weiteren 2400 Plakate aufgerufen.

Es war schnell klar, worum es zuerst ging: Die Suche nach Bekanntem. Und so waren die ersten Bemerkungen: *“Ey guck, das Plakat kenn ich. Das hab ich auch mal plakatiert.“*, *„Hey, das ist ja aus unserer Stadt.“* und *„Auf der Demo war ich. War total klasse, weil...“* usw. usf.. Und gelobt und getadelt wurde: *„Dat sieht ja voll Scheiße aus“*, *„ Boa ey, super. Müssen wir auch mal machen.“*, *„Sieh Dir mal das an!“*, *„Was soll das denn sein?“*, *„Die AA/BO mit ihrer stalino-realsozialistischen Macker-Kacke. Ich könnt kotzen.“*

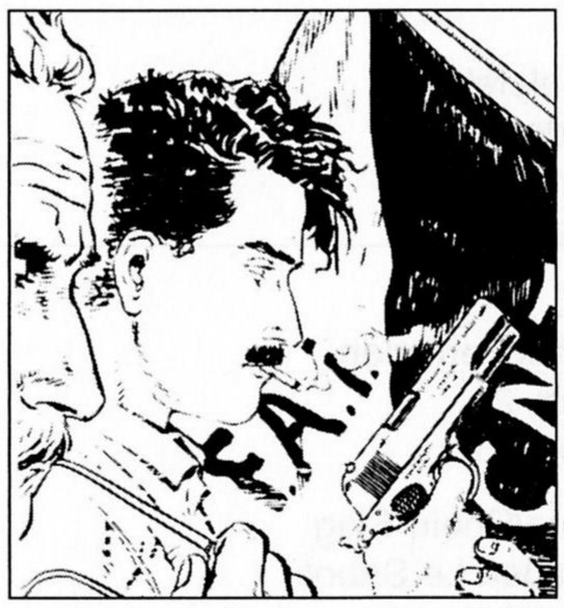
Und nachdem man/frau sich ausgetauscht und seine Lieblingsplakate gekürt hatte, wurde in dem Buch sogar gelesen. Denn, wer hätte das von Linken gedacht, was zum Reflektieren und Nachdenken gibt es auch in diesem Buch. Es soll da Kapitel geben wie „Den Mauern einen Sinn geben“, „Nie wieder erwachsen sein“ und „Jenseits von schönen Plakaten“. Auch themenbezogene Kapitel wie Antifa, Häuserkampf, Antirassismus, WAA usw. Aber ehrlich gesagt, gelesen habe ich das alles noch nicht. Weil Klaus mir das Buch solange nicht geben will, bis ich ihm nicht die CD rausrücke. Und die kriegt er so lange nicht, bis er endlich zugibt, daß er es war, der sich beim letzten Plakatieren so blöd benommen hat, daß wir erwischt wurden. So, das mußte mal gesagt werden.

Und auch das muß gesagt werden. Nämlich, daß das Buch für 240 Seiten im Hardcover und 21 mal 22 cm Format, mit durchgehend vierfarbigen Abbildungen und CD ROM schlappe 39,80 DM kostet. Also kaufen! Lohnt sich!

Loius Mercier Vega:

"Reisende ohne Namen"

"Die Organisationen funktionierten nicht mehr. Durch die Mobilisierung hatten sie ihren Sinn verloren, die polizeiliche Überwachung hatte sie lahmgelegt. Die wenigen geöffneten Versammlungslokale waren bekannt und wurden wie Fallen gemieden..."



So beginnt der autobiographische Roman "Reisende ohne Namen" des Anarchisten Louis Mercier Vega.
Louis Vega, geboren 1914, war als Freund Durrutis, ein Begründer der Internationalen Gruppe in der Kolonne Durruti und selbst Kämpfer im spanischen Bürgerkrieg. Darüber hinaus war er Mitarbeiter zahlloser anarchistischer Zeitungen in aller Welt und Autor mehrerer Bücher über den Anarchosyndikalismus, sowie über die ArbeiterInnenbewegung in Lateinamerika.

Eindrucksvoll beschreibt der Verfasser am Beispiel seiner eigenen Flucht die Situation Europas nach der Niederlage der spanischen Republik, der Ausbreitung des Faschismus und den Beginn des zweiten Weltkriegs. "Reisende ohne Namen", das sind eine Gruppe von AnarchistInnen auf der Flucht, die geprägt ist von der Erinnerung an die gerade vergangenen Kämpfe in Belgien, Frankreich und im spanischen Bürgerkrieg. Die beschriebene Gemeinschaft der Emigranten, Flüchtlinge und Deserteure gewährt tiefe Einblicke in die internationalistische ArbeiterInnenbewegung der 30er Jahre.

An dem Roman fasziniert besonders seine Authenzität, gepaart mit der meist indirekten Schilderung der historischen Situation. Jeder Ort an welchem die Gruppe während ihrer "Reise" Station macht, ist zugleich ein Punkt der Reflexion und der Erinnerung. Ob Marseille, Paris, Brüssel und Antwerpen - von dem aus schließlich an Bord eines "Seelenverkäufers" die Flucht nach Südamerika gelingt - in Europa; oder Buenes Aires und Santiago de Chile in Lateinamerika, ständig erhält der/die LeserIn interessante Einsichten sowohl in den Alltag der Gruppe, als auch in die historische Situation in den einzelnen Städten. Besonders auch im zweiten Teil des Buches, in dem das Engagement der Flüchtlinge in der südamerikanischen Linken und deren Lage um 1940 herum geschildert wird.

Schwerpunkt sind vor allem die Diskussionen unter den Flüchtenden, über den Faschismus, den Krieg und die Perspektiven der Linken.

Neben dem Übersetzer verdient auch die Gestaltung des Nachwortes großes Lob, stellt dieses doch unter dem Titel "Der bittere Stolz auf den eigenen illusionslosen Klarblick" eine hervorragende Ergänzung zum Text dar, in dem es das Leben des Autors nachzeichnet, der 1939 schrieb *"die abscheuliche Gewohnheit, die sich die meisten Revolutionäre - unter dem Einfluß der weinerlichen und reaktionären Demokratien - zu eigen gemacht haben, die Tatsachen nur noch nach Maßgabe ihrer passiven Sentimentalität zu betrachten ... Die sozialen Kämpfe zu bestehen , indem man Tag für Tag eine Antwort auf die anstehenden Probleme findet; mit der Gewißheit zu kämpfen, daß man für jeden Schlag, den man austeilt, auch einen einsteckt; eine Theorie aufzustellen , ohne den Boden unter den Füßen zu verlieren und die Realität aus reiner Prinzipienreiterei zu verleugnen, so lautet das Programm, das jeder beherzigen sollte, der politisch aktiv ist."*

Ferner sind dem Bericht eine Reihe von Artikeln angegliedert, die der Autor 1936 über den spanischen Bürgerkrieg schrieb. Sowie einige zeitgenössische Fotos von Stationen der "Reise".

Alles zusammen ergibt ein Buch, zudem vor allem ein Begriff paßt: "faszinierend", in jeder Hinsicht.

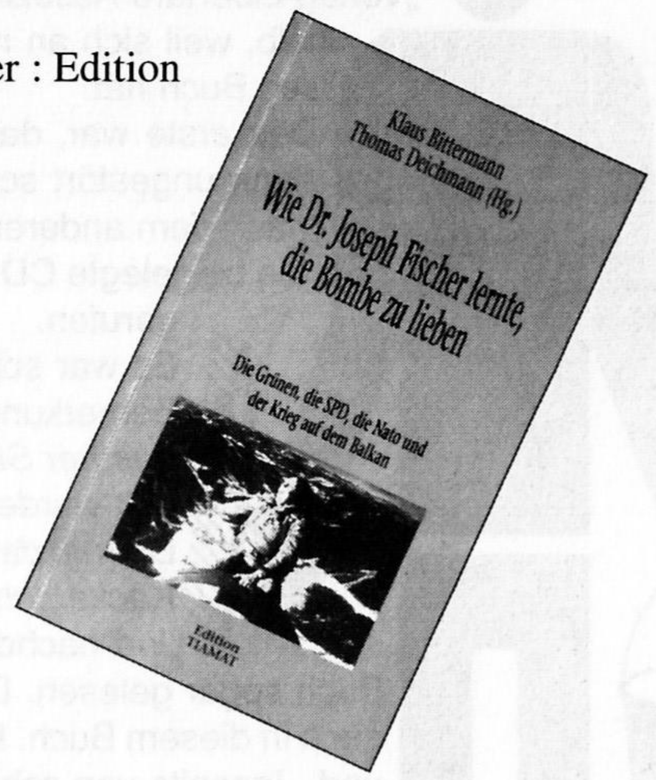
Louis Mercier Vega: "Reisende ohne Namen",
erschienen in der: Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenburg, Am Brink 10, 21029 Hamburg, Preis: 29,80 DM

Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben

Die Grünen, die SPD, die NATO und der Krieg auf dem Balkan

Für alle, die sich wundern wie „normal“ alles wieder in Deutschland vonstatten geht. Normal, nachdem Deutschland an die drei Monate Krieg in diesem Jahr geführt hat. Nachdem dies das dritte Mal in diesem Jahrhundert war, wo Deutschland als Angreifer über ein anderes Land herfiel. Nachdem dafür UNO-Charta und Grundgesetz seitens des Bundestages einfach mißachtet wurde. Nachdem der Holocaust seitens der Sozialdemokraten und Alternativen für einen Angriffskrieg instrumentalisiert wurde.
Für alle die kann man dieses Buch als Sammlung von Analysen und Beiträgen verschiedenster in- und ausländischer AutorInnen empfehlen. Analytisch bis poentiert sarkastisch gehen AutorInnen wie Günther Amendt, Mira Beham, David Chandler, Noam Chomsky, Wiglaf Droste, Georg Seeeßlen und viele andere mehr mit den herrschenden Zuständen, Parteien und PolitikerInnen ins Gericht und weisen vielfältig auf, welche imperialistische bräunliche Suppe diese Herrschaften uns für das neue Millenium kredenzen.
Für jede/n zur Analyse und Reflexion wärmsten ans Herz gelegt.

Erschienen bei der : Edition Tiamat, 30,- DM



Service pur: Der Antifa-Kiosk

Kontakte
Die Rubrik „Kontakte“ auf unseren Service-Seiten sollen es einfacher machen, Kontakte zu antifaschistischen Gruppen zu knüpfen und soll der besseren Vernetzung zwischen diesen Gruppen dienen. Wir werden uns bemühen, in jeder Ausgabe eine aktuelle Fassung der uns bekannten öffentlichen Anschriften von Gruppen in NRW zu veröffentlichen. Wenn Ihr Eure noch nicht aufgeführte Gruppe aufnehmen lassen wollt, meldet Euch! Ebenso, wenn Euch auffällt, daß Gruppen fehlen und wenn unvollständige oder gar fehlerhafte Angaben enthalten sind. Teilt uns bitte auch mit, wenn Ihr regelmäßige öffentliche Termine habt, z.B. Antifa-Cafès. Ebenso, wenn Ihr Telefonummern, Faxnummern, Email-Adressen und Homepages veröffentlicht haben wollt. Wir werden diese Rubrik nach und nach ausbauen, so daß demnächst z.B. auch Infoläden, antirassistische Gruppen u.ä. aufgenommen werden (Meldet Euch!!).

Unabhängige ANTIFA-Gruppen in NRW

antifaschistisches bündnis aachen
c/o rotes büro
Charlottenstr. 6
52070 Aachen

Antifa Bocholt
c/o KS
Postfach 300132
46383 Bocholt

Antifa-Ak Castrop Rauxel
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum

Antifa Dortmund-Nord
c/o Langer August
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

Antifa-KOK Düsseldorf/Umland
c/o AStA FH D
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf

RAI
c/o Fabrik
Grabenstr. 20
47057 Duisburg

Antifa Essen-Süd
c/o Cafe Spunk
Julienstr. 39-41
45139 Essen

Antifa West
c/o BI Bürgerwache e.V.
Rolandstr. 16
33615 Bielefeld

Die kleinen Strolche
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum

Antifa-Cafè A.N.D.E.R.S.
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum

Antifa Basta
c/o Geschichtswerkstatt
Wellinghoferstr. 44
44263 Dortmund

ANTIFA-AK an der FH Düsseldorf
c/o AStA FH D
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf

MAD
c/o Fabrik
Grabenstr. 20
47057 Duisburg

Unabhängige Antifa Aktiv
c/o Falkenheim Frohnhausen
Thiesbürgerweg 24
45144 Essen

Fantifa Bielefeld
c/o Infoladen
Heeperstr. 132
33607 Bielefeld

F.A.U.S.T.
c/o Regenbogenladen
Eibergerstr. 2
44795 Bochum

Antifa Bonn/Rhein-Sieg
c/o Buchladen Le Sabot
Breite Str. 76
53111 Bonn

Antifaschistische Aktion Düsseldorf
c/o Büro für ständige Einmischung
Oststr. 37
40211 Düsseldorf

Antifa Duisburg
c/o Fabrik
Grabenstr. 20
47057 Duisburg

Fantifa Towanda c/o Freiraum e.V.
Impatienta/Genarchiv
Friederikenstraße 41
45130 Essen

Antifa Gelsenkirchen
c/o Infoladen Augusta & Moritz
Augusta Str. 24
45894 Gelsenkirchen

Netzwerk gt / Antifa-Kreisplenum
Bogenstr. 8
33330 Gütersloh

Antifa Hamm
c/o Jugendzentrum
Südstr. 28
59065 Hamm

Antifa Hemer
c/o JUZ
Karnacksweg 44
58636 Iserlohn

Antifa Kamen
c/o Grüner Laden
Weststr. 54
59174 Kamen

Unabhängige Antifa "No Pasaran"
c/o Bücherladen Am Rathaus
Stephanstr. 89
47798 Krefeld

Antifa K
c/o Jugendclub Courage
Steinbergerstr. 40
50733 Köln

Antifa Leverkusen/Langenfeld
c/o Büro für ständige Einmischung
Oststr. 37
40211 Düsseldorf

QuerdenkerInnen
c/o B90/Die Grünen
Am Ramsberg 44
58507 Lüdenscheid

Autonome Antifa Lüdenscheid
c/o B90/Die Grünen
Am Ramsberg 44
58507 Lüdenscheid

Initiative Antifaschistisches Sauerland
Postfach 1319
59853 Meschede

Ya Basta! - Junge Linke HSK
Pf. 1326
59853 Meschede

Antifa Moers
c/o Barrikade
Bismarckstr. 41 a (HH)
47443 Moers

Antifa (mehrere Gruppen)
c/o AZ Mülheim
Auerstr. 51
45468 Mülheim

M.A.f.i.A.
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster

Antifa xy
c/o Fachschaft Soziologie
Scharnhorststr. 100
48151 Münster

Link
c/o Projekt Archiv
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Antifa (X)
c/o Attatroll
Hernestr. 16
45657 Recklinghausen

Antifa Remscheid
c/o Jugendzentrum Lennep
Wallstr. 54
42897 Remscheid

AAntifa Rheine
c/o A.B.W.
Kugeltimpen 7
48431 Rheine

ANTIFA-AG an der GH Siegen
c/o VEB
Marienbornerstr. 16
57076 Siegen

Antifaschistische Aktion Siegerland
c/o VEB
Marienborner Str. 16
57074 Siegen

AJP Soest
c/o Alter Schlachthof
Vor dem Ulrichertor 4
59494 Soest

Antifa Bergisches Rheinland
c/o Infoladen
Postfach 100931
42609 Solingen

Antifa Unna
c/o SpontUN
Gesellschaftsstr. 15
59423 Unna

Junge Linke Wesel
c/o Fabrik
Grabenstr. 20
47057 Duisburg

Antifa Wermelskirchen
c/o AJZ Bahndamm
Wolfhagener Str. 11
42929 Wermelskirchen

Antifa Witten
c/o Trotz allem
Herbederstr. 8
58455 Witten

Antifaschistische Aktion Wuppertal
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal

Autonome Antifa Wuppertal
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal

Kontakt zu den lokalen VVN/BdA – Gruppen über:
VVN/BdA Landesgeschäftsstelle NRW
Gathe 55
42107 Wuppertal
Tel. + Fax: 0202 / 450629

(Antifa)-Archive in NRW:

Notstandc/o AStA RUB
Referat für Grund- und Freiheitsrechte
Universitätsstr. 150
44801 Bochum

Antifa-Archiv Dortmund
c/o Langer August
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

Projekt Archiv
c/o Druckluft
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Antifa-Archiv Düsseldorf
c/o AStA FHD
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf

Artheprax
c/o Fabrik
Grabenstr. 20
47051 Duisburg

Hartmut-Meyer-Archiv
c/o VVN/BdA NRW
Gathe 55
42107 Wuppertal

Zeitungen in NRW

Linksabbieger - Antifaschistische Zeitung aus dem Münsterland
Pf. 2337
59256 Beckum

SchlagNach
c/o BI Bürgerwache
Rolandstr. 16
33615 Bielefeld

Antifa-Jugendinfo Bonn/Rhein-Sieg
c/o Buchladen Le Sabot
Breite Str. 76
53111 Bonn

Zündstoff - Informationen aus dem westlichen Ruhrgebiet
c/o Fabrik
Grabenstr. 20 47051 Duisburg

Gegendruck - Zeitung für eine linke Jugendbewegung
c/o Fabrik
Grabenstr. 20 47051 Duisburg

TERZ - Düsseldorfer Stattzeitung
Himmelgeisterstr. 107 A
40225 Düsseldorf

KRASS
c/o Infoladen
Ludolf-Camphausenstr. 36
50672 Köln

Antifaschistische Nachrichten
c/o GNN-Verlag
Zülpicherstr. 7
50674 Köln

Zeitzünder - Infoblatt des AZ Wuppertal
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal

Service/Termine

Diese Rubrik ist natürlich nicht zur Ankündigung von spontanen Aktionen geeignet, sehr wohl aber für langfristig geplante. Schickt uns, was ihr angekündigt haben wollt. Kürzungen behalten wir uns vor!

Demo 19. Nov. 18^{00} Uhr, Göttingen 17.11.89 • 10. todestag der antifaschistin conny

17.11.99 • der kampf geht weiter

kein friede mit kapitalismus und polizeistaat

Nähere Infos unter: www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/

„...dass Auschwitz nicht noch einmal sei – aktiv gegen Krieg, Rassismus und Sozialabbau"

Antifaschistischer Bündniskongreß vom 19.- 21.11.1999 im Clauberg-Gymnasium in Duisburg.

Federführend organisiert von der LandesschülerInnenvertretung (LSV) NRW
Nähere Infos und Anmeldung (20,- DM) beim:
Ludwig-Quidde-Forum, Kielerstr. 29 c, 42107 Wuppertal, Tel.: 0202 / 455054, Fax: 0202 / 451123

Demo 20. Nov. 13^{00} Uhr, Münster (Hindenburg Platz)

„Gegen den rassistischen Normalszustand! Für eine offene Gesellschaft, die ohne Sexismus, Rassismus, Faschismus und nationalen Wahn auskommt! Grenzen auf für alle!

(www.nadir.org/aktuell)

Informationsveranstaltung:

Die extreme Rechte in Osteuropa

Weniger als zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes drohen Kräfte der extremen Rechten diese ehemals stabile Region mit ethnischen, rassistischen und nationalistischen Konflikten in Flammen zu setzen. Faschistische Wahlparteien haben den Weg in die Parlamente gefunden, Nazi-Skinheads mit weitreichenden Kontakten zu ihresgleichen im Westen schossen wie Pilze aus dem Boden etc.. Für viele Menschen im Westen sind diese Veränderungen nur mit großen Schwierigkeiten nachzuvollziehen. Von Wladimir Schirinowsky haben schon viele etwas gehört; wie aber sieht es mit anderen Kräften der extremen Rechten und offen auftretenden Nazis in Rußland, Ungarn, Polen, Rumänien, Tschechien und in anderen osteuropäischen Ländern aus?
Es besteht die Gefahr, daß die Situation außer Kontrolle gerät. Die extreme Rechte und ihre Ideologie gewannen durch die wirtschaftliche Krise und die Enttäuschung über die neue kapitalistische Ordnung an Einfluß, oftmals kombiniert mit einer Nostalgie für ein autoritäres nationalistisches und stalinistisches Regime. Verbunden mit einer wiederbelebten antisemitischen Tradition und einem immer stärker werdenden Rassismus stellt die Situation schon heute eine hochexplosive Mischung dar.
Neben einer Darstellung der Situation in den osteuropäischen Ländern soll in der Veranstaltung auch der Frage nach den Ursachen für diese Entwicklung nachgegangen werden.
Der Referent Graeme Atkinson, Mitherausgeber und Europa-Korrespondent des internationalen antifaschistischen Magazins "Searchlight" (London), bereiste die osteuropäischen Staaten und baute dort Kontakte zu und zwischen AntifaschistInnen aus Polen, Tschechien und der ehemaligen UdSSR auf.

Mittwoch, **24.11.1999, 20^{00} Uhr, Düsseldorf**, Bürgerhaus Bilk („Salzmannbau"), Himmelgeisterstr. 107 A (Busse 835 und 836 und Straßenbahn 706 bis Kieferklinik).
Veranstalter: ANTIFA-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf, ANTIFA-KOK Düsseldorf/Umland, Arbeitsstelle Neonazismus FH Düsseldorf, AStA FH Düsseldorf

Donnerstag, **25.11. 1999, 20^{00} Uhr, Bochum**, Bahnhof Langendreer, Halle, Wallbaumweg 108
Veranstalter: F.A.U.S.T. (Bochum), ANTIFA Dortmund-Nord, Antifa-Referat AStA Uni Dortmund

Konzert - De Kift (antifaschistisches/antimilitaristisches Musiktheater)

Sa, den 27. 11. 20^{00} Uhr im Bahnhof Langendreer, Bochum

Veranstaltung:

Jenseits des Nationalismus –

Ideologische Grenzgänger der „Neuen Rechten"

Referent: Andreas Speit

Mittwoch, 8.12.99, 20.00 Uhr, Buchladen BiBaBuZe, Aachener Str. 1, Düsseldorf-Bilk

Veranstalter: ANTIFA-AK an der FH Düsseldorf in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf und dem Buchladen BiBaBuZe